

Peter Helmes

CORONA- HYSTERIE

**Kritische
Tagebuchnotizen**



Peter Helmes

Corona-Hysterie

Kritische Tagebuchnotizen

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Eine Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage Juni 2020

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	7
Corona und die geplante(?) Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung	14
Gottvertrauen? Oder benötigen wir keine Hilfe in der Krise?	24
Katholischer Priester überläßt sein Beatmungsgerät einem Jüngeren und verstirbt.	30
Eine Provokation: Coronavirus – absichtlich von Menschenhand verursacht?	31
Habt Vertrauen und Zuversicht! Eine Liebeserklärung an Nachbarn und Freunde	38
Dortmund: Festi Ramazan abgesagt – Vorwurf eines „Fakes“ zurückgewiesen	40
Zahlen-Chaos: Robert-Koch-Institut schätzt plötzlich viel mehr Genesene	41
Nein zu Zwangsimpfungen + Sonst droht nach Covid-19 noch die permanente Überwachung durch ID 2020! Gastbeitrag von Freddy Kühne	42
Corona-Panik: Vernunft schrumpft, Angst wächst	47
„Mein Name ist Bond, Ursula von den Bonds; ich beende Euro-pa!“	50
Kunst ist NICHT verzichtbar, Frau Merkel! Gastbeitrag von Renate Sandvoß	56
Gottesdienstverbot verletzt Kernbereich der Religionsfreiheit	57
Das Versagen der „Fachleute“ – eine heitere und sehr ernste Betrachtung	61
Ein offener Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), von Klaus Hildebrandt	62
Na sowas: Schwedens Corona-Sonderweg scheint zu funktionieren	64

Kurz, knapp, präzise – Fahrplan politischer Hilflosigkeit	66
So, ihr Vögel aus Berlin ... Gastbeitrag von H.-W. G.	68
In Deutschland ist Sicherheitsvorsorge keine „Chefsache“ – sondern „Nebensache“. Gastbeitrag von Dieter Farwick	70
Die Menschheit soll durch unter Haut gespritzte Chips und durch 5-G-Technologie überwacht werden. Gastbeitrag von Freddy Kühne	77
Ein ganzes Volk auf Sigmund Freuds Couch. Gastbeitrag von Michael van Laack	80
Widerspruch zur Maskenpflicht. Gastbeitrag von Toni Trixi	84
IG MED: „Verschlepptes Krisenmanagement und grobe Fehleinschätzungen“ – Vernichtende Kritik an Bundesgesundheitsministerium und -minister	86
Zum Schluß: Fehler, Verantwortung, Konsequenzen – eine schonungslose Betrachtung	97
Der Autor	109

Einleitung

Corona und die Folgen – ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus

Von Peter Helmes

Der geneigte und langjährige Leser meiner Artikel weiß, daß ich eher zu den Frohsinnsnaturen gehöre denn zu den Paniktreibern. Und auch Trübsinn ist gewiß nicht meine Leidenschaft. Trotzdem, ein Träumer war ich nie, sondern habe immer darauf geachtet, die Bodenhaftung zu behalten. Deshalb hier ein paar kritische Bemerkungen zur Situation in Deutschland und der Welt sowie zu der darob entstandenen ungezügelter Diskussion.

Leider schaut es so aus, als ob uns die Diskussion um die Herausforderungen, vor die uns das Coronavirus stellt, ein großes Stück Optimismus wegnimmt. Hiobsbotschaften, wohin man schaut! Hinzu kommt noch etwas, das offensichtlich zu der Menschen gepflegtesten Eigenschaften gehört: die Erfindung, Entwicklung oder Übernahme z. T. abenteuerlicher Verschwörungstheorien. Der „gesunde Menschenverstand“ liegt in Quarantäne, darf nicht raus und hat Kontaktverbot zu Menschen mit Geist und Hirn.

Was mich sehr bedrückt: Welche Rolle maßt sich der Staat in diesem Falle an? Wer hätte sich je träumen lassen, daß wir in einem Staat leben, in dem Bürger kriminalisiert werden, nur weil sie sich frei im öffentlichen Raum aufhalten!

Im Kampf gegen Corona haben wir Methoden eingeführt, die an einen brutalen Polizeistaat erinnern.

Leider war es das verantwortungslose Verhalten einiger weniger Personen, das zu diesen strengen Verboten geführt hat. Es mag Gründe geben, sie vorübergehend zu akzeptieren, **aber wir dürfen uns auch nicht an der Diskussion darüber hindern lassen, ob sich die Staatsmacht während der Krise unnötige Befugnisse angeeignet hat.** Wird aus unserem Staat mit einer zuverlässigen Polizei ein Polizeistaat? Und wie ist es mit dieser App, die die Bewegungen der Leute registriert, um im Fall eines Kontakts mit einem Infizierten zu warnen? All dies muß sofort wieder verschwinden, wenn das Land die akute und chaotische Phase hinter sich gelassen hat.

Ich gestehe, daß ich die Vorgänge für höchst besorgniserregend halte. Aber muß man sie schwärzer malen als schwarz? Ist, wer Hoffnung äußert, unrealistisch – und nur der, der an den Untergang der Welt glaubt, ein Realist? Wenn das so sein sollte, sitze ich im falschen Film.

Aber eines gehört gewiß zur Wahrheit: Widersprüche, Zickzackkurs, Anordnungen und Gegenbefehle bestimmten lange die Reaktionen der Regierungen. Man konnte und muß den Diskurs auch unserer Regierung kritisieren; denn sie

vermittelte nicht selten den Eindruck einer permanenten Überforderung. Mal sind Masken unnötig, dann unerlässlich. Erst soll die Lockerung der Einschränkungen regional geschehen, dann national, dann wieder nur auf Gemeindeebene. Die Liste all dieser Ankündigungen löste zuweilen Schwindel aus. Die Gesundheit muß die Oberhand über die Wirtschaft gewinnen, sagt man. Aber eine zerstörte Wirtschaft bedroht auch die Gesundheit. Die Regierung muß zwischen zwei Risiken entscheiden, die Wissenschaftler und Ökonomen nicht mit Gewißheit einschätzen können.

Die Pandemie befindet sich noch immer in einer frühen Phase, und deshalb ist es zu früh zu sagen, welches Land das Virus am erfolgreichsten bekämpft. Die Abwägungen fallen weiterhin schwer, und die wissenschaftliche Grundlage bleibt dünn. Das Fazit wird also wohl erst in ein paar Jahren erfolgen können.

Im Folgenden habe ich – unsystematisch und ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit – notiert, was mir an globalen und nationalen Problemen auffällt. Soviel Realismus muß sein, daß man die Augen nicht verschließt – eine Übung, zu der uns die Herrschenden nur allzu gerne verführen wollen. Doch die Probleme sind da, z. B.:

Erst allmählich anlaufende europäische Zusammenarbeit – nicht zu verwechseln mit der Aufgabe oder Leugnung der nationalen Identität

Die gegenseitige Hilfe kommt erst nach einer Zeit, in der die Solidarität und das Gemeinschaftsgefühl stark gelitten haben. Erst jetzt zeigt sich wieder, daß die EU-Staaten zur selben Gemeinschaft gehören und sich umeinander kümmern. Doch was geschieht, wenn die EU aus welchem Grund auch immer erneut ihre Gemeinsamkeiten hintanstellt? Kann man sich überhaupt langfristig auf eine solche Staatengemeinschaft verlassen? Es geht um europäische Solidarität – nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Jeder Politiker in Regierungsverantwortung ist gezwungen, nach einem Weg zwischen den beiden Extremen, **Schutz der Gesundheit und Rettung der Wirtschaft**, zu suchen. Befürworter maximaler Lockerungen unterschätzen häufig die Gefahren des Virus, deren größte wohl eine gedankenlos herbeigeführte Überlastung des Gesundheitssystems ist. Diejenigen wiederum, die fordern, die Bevölkerung so lange wie möglich in ihren Wohnungen zu halten, können die Frage nicht beantworten, woher die Menschen dann das Geld für ein normales Leben nehmen sollen.

Das Virus wird noch lange aktiv bleiben, und es wird lange dauern, bis die Krankheit verschwunden ist. Noch haben wir eine Überlebenschance. Aber kein Land kann seine Wirtschaft allein wiederaufbauen. Es nützt nichts, staatliche Mittel in Unternehmen zu pumpen, wenn diese hinterher ihre Produkte nicht in (z. B.) Spanien verkaufen können oder ihre Zulieferer in Italien und Deutschland inzwischen pleite sind. Wir sind abhängig vom Handel, auch bei unserer Lebensmittelversorgung. In Europa ist jeder auf jeden angewiesen, wenn wir

durch die Krise kommen wollen. Eben deshalb müssen wir das Notwendige gemeinsam tun.

Staatsgeld kann Umsätze auf Dauer keineswegs ersetzen

Je länger der Shutdown andauert, desto weniger Unternehmen werden die künstliche Beatmung durch den Staat überleben. Es wird jetzt sehr darauf ankommen, einen Mittelweg zwischen notwendigen Gesundheitsmaßnahmen und notwendiger Wiederbelebung der Wirtschaft zu finden. Es wird auch darauf ankommen, Geld nicht mehr ungeprüft ins Gelände zu schütten. Und dazu gehört ein Weiteres:

Schuldenvergemeinschaften ist keine Lösung

Der Ankauf von Anleihen verschuldeter Staaten durch die Europäische Zentralbank macht süchtiger als harte Drogen. Niemand glaubt mehr, daß von der EZB aufgekaufte Titel – wie ursprünglich einmal geplant – wieder in den Markt zurückgeführt werden. Schließlich kaufte die EZB bereits Anleihen für 20 Milliarden Euro im Monat, als die Wirtschaft noch boomte und selbst in China noch niemand von Corona gehört hatte. Die EZB handelt, weil die EU-Politiker keine Lösung finden. Sie streiten über Notfall- oder Wiederaufbaufonds, Coronafonds oder Eurobonds. Die nördlichen Länder sind der Meinung, daß der Süden nicht sparsam genug war. Und die südlichen Länder haben das Gefühl, daß der Norden zu wenig Einfühlungsvermögen zeigt. „Coronabonds“ klingt verlockend, führt aber noch mehr in die Krise.

Denn unterdessen haben Lobbygruppen die Chance erkannt, den Staat unter dem Deckmantel der Krise ungebührlich anzuzapfen. Wir werden Steuersenkung und Deregulierung brauchen, um die Unternehmen wieder in Schwung zu bringen. Aber wir werden sehr darauf achten müssen, daß es dann überhaupt noch genügend von ihnen gibt, die die Kraft haben, diesen Wiederaufbau in Angriff zu nehmen. Zu Tode gefürchtet, ist nämlich auch gestorben.

Kultur als Seelenwärmer

Ein (vermeintlicher) Nebeneffekt wird leider viel zu wenig wahrgenommen, obwohl er die Seele einer jeden Nation berührt: Schauspieler, Musiker und viele andere Künstler stehen vor einem Sommer der erzwungenen Untätigkeit. Das ist schrecklich für sie, aber auch für uns alle. Denn Kultur heißt Gemeinschaft. Sie wärmt unsere Seelen. Ohne Kultur verlieren wir einen Teil von uns selbst. Wer die Kultur aufgibt, gibt seine Natur auf.

Süd gegen Nord?

Zum Beispiel Frankreich: Das Coronavirus holt Macron auf den Boden der Tatsachen zurück. Während des EU-Videogipfels trat der französische Präsident im Grunde als Vertreter des südeuropäischen Lagers auf. Seit langem fordert er die Schaffung von Eurobonds. Er zieht an einem Strang mit Italien und Spanien. Das markiert eine ungewöhnliche Änderung in der Haltung Frankreichs.

Seit der Gründung der EU galt das Land eigentlich immer als Partner Deutschlands – zu Beginn in einer stärkeren, später in einer gleichberechtigten, zuletzt in einer etwas schwächeren Position. Angesichts der größten Rezession seit den 1930er Jahren befindet sich der französische Präsident nun aber in der Defensive. Bis vor kurzem wollte er noch die Welt retten. Jetzt versucht er nur noch zu verhindern, nicht dauerhaft zum ‚Süden Europas‘ gezählt zu werden, auf den Frankreich bislang stets herabgeschaut hatte.

Eine schrittweise Lockerung der Beschränkungen in Europa

In Europa zeichnet sich nach der dramatischen Anfangszeit vor allem in Italien, Spanien und Frankreich nun doch so etwas wie ein gemeinsamer Weg ab. Die erste Phase des nur nationalen Handelns ist vorbei. In den Hauptstädten und in der EU-Kommission stellt man sich bereits auf Phase zwei ein: Das Coronavirus wird uns noch lange begleiten. Wir müssen daher damit beginnen, den Neustart des Wirtschaftslebens anzugehen und gleichzeitig die Schutzmaßnahmen EU-weit zu koordinieren und abzustimmen.

Wir sollten allmählich sorgfältig über eine Exit-Strategie nachdenken. Studien zeigen, daß Isolationsmaßnahmen – wenn sie zu lange dauern – viel negativere Folgen für die Gesundheit der Bürger haben können als die zu bekämpfende Epidemie selbst. Außerdem verhindern zu strenge Ausgangssperren, daß in der Bevölkerung die notwendige Immunität geschaffen wird. Solange es noch keinen Impfstoff gibt, kann im Grunde nur eine Herdenimmunität die Pandemie stoppen.

Viele Menschen sind bereits in einer wirtschaftlichen Notlage, nicht jeder kann schließlich von zu Hause arbeiten oder seine Dienste online anbieten. Niemand bestreitet, daß es gilt, im Kampf gegen den unsichtbaren Feind Menschenleben zu retten. Man muß aber auch daran denken, wie wir nach der Pandemie wieder arbeiten können. Dazu reicht es nicht, einfach abzuwarten und sich darauf zu verlassen, daß „Brüssel“ schon irgendwie helfen wird. Nach der Virus-Krise kommt unvermeidlich die wirtschaftliche. Und wir entscheiden jetzt darüber, wie schlimm sie wird.

Die steigenden Corona-Infektionszahlen in ärmeren, bevölkerungsreichen Ländern

Während man in den Industrieländern bereits über eine Lockerung der Beschränkungen diskutiert, steht für einen Großteil der Welt der Albtraum noch bevor:

Die Warnung der Vereinten Nationen, daß die Preise für Grundnahrungsmittel steigen werden, ist sehr ernstzunehmen. Denn in der Coronakrise liegt die Produktion weltweit weitgehend still, die Lieferketten sind unterbrochen. Viele Länder haben bereits Exportverbote für knappe Güter wie Reis, Eier, Getreide und Kartoffeln verhängt. Insofern ist die Warnung der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft durchaus realistisch.

Das Corona-Virus trifft die Entwicklungsländer sehr hart, und die Situation ist ernst. Viele ärmere Länder verfügen nicht über die Mittel, etwas dagegen zu tun. Und auf noch mehr Hilfe aus den reichen Nationen können sie kaum noch zählen. Eine Ausbreitung des Corona-Virus in Ländern mit Bürgerkriegen und überfüllten Flüchtlingslagern, in Mega-Cities wie Mumbai oder Rio de Janeiro wäre nicht nur für die Betroffenen verheerend, sondern auch für den Rest der Welt. Die Versorgung mit Rohstoffen würde unterbrochen, schwache Wirtschaften würden zusammenbrechen, Autokraten gestärkt. Außerdem könnte das Virus auf diesem Weg in den Norden zurückkehren.

Indien z. B. fehlt es vielleicht nicht am Willen, die Krise in den Griff zu bekommen, aber ganz sicher an den Ressourcen. Die Reaktion der Regierung, eine Kombination aus maximalen Einschränkungen für die Bevölkerung und minimalem Handeln – zu wenige Tests, Mangel an medizinischer Ausrüstung und ein viel zu kleines Hilfspaket – belegt dies. Da große Teile der Wirtschaft stillstehen, einschließlich der Landwirtschaft und grundlegender Dienstleistungen, muß die Regierung jetzt vor allem dafür sorgen, daß aus der Gesundheitskrise keine Wirtschaftskrise wird. In den Städten droht den Armen und den Tagelöhnern bereits der Hungertod.

Oder z. B. **Mexiko**: Auch in diesem Land ist man sich wohl durchaus bewußt, daß das Schlimmste noch bevorsteht. Die Zahl der Infizierten wird in die Höhe schnellen, die Krankenhäuser werden sich füllen, und dann wird es an Beatmungsgeräten und Intensivbetten fehlen. Zu den guten Nachrichten gehört immerhin, daß Privatkliniken Betten zur Verfügung stellen werden, außerdem kann Medizinbedarf aus China importiert werden. Aber die Einschränkungen werden sicher nicht im Mai oder Juni aufgehoben werden können.

Zusätzlich 130 Millionen Menschen sind weltweit als Folge der Corona-Krise vom Hungertod bedroht. Die Nahrungsmittelhilfe in Bürgerkriegsländern wie dem Jemen, Syrien und Afghanistan kommt zum Stillstand, wenn Geberländer Hilfen kürzen und Handelsbarrieren errichtet werden. Aber auch anderswo ist die Versorgung mit Lebensmitteln durch protektionistische Maßnahmen und die rapide sinkende Kaufkraft als Folge der Abriegelungen bedroht. Die für Ernährung zuständigen Organisationen der UNO warnen davor, daß eine Hungerpandemie mehr Todesopfer fordern könnte als Covid-19.

Besorgniserregend ist, daß es Staaten, die zur Zeit einen Kurssturz der eigenen Währung erleben, immer schwerer fällt, Staatsanleihen zurückzuzahlen. Der Internationale Währungsfonds hat bereits entschieden, seinen Katastrophenhilfsfonds zu erweitern. Aber das reicht nicht aus.

Fast ins Nichts fallende Ölpreise

Als ob es der Probleme nicht genug gäbe, kommen die seit Wochen dramatisch fallenden Ölpreise hinzu. Selbst Wirtschaftswissenschaftler geben sich verwundert und fragen sich, was da eigentlich vor sich geht.

Wie es aussieht, wird der Ölpreis sogar noch weiter fallen. Das dürfte zur Pleite vieler Ölkonzerne führen, aber auch zu einer Wirtschaftskrise in den Förderländern. Als der Ölpreis in der Vergangenheit jahrelang stieg, führte das zu Problemen in den Abnehmerländern. Jetzt durchleben die Ölförderländer diesen Stress.

Dabei ist die Erklärung ganz einfach. Die weltweite Corona-Pandemie hat die Wirtschaft zum Stillstand gebracht und zu einem derartigen Nachfragerückgang bei Erdöl geführt, daß ihm selbst mit einer drastischen Senkung der Fördermenge nicht beizukommen ist. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, daß ein Preisverfall beim Rohöl stets mit einem Konjunkturereinbruch einherging. **Der negative Ölpreis ist ein nicht zu übersehendes Menetekel für die gesamte Weltwirtschaft,** und es bedarf radikaler, konzertierter Gegenmaßnahmen der Staatengemeinschaft. Wir brauchen nun einen globalen Schulterschluß.

Zum Schluß eine zur Zeit noch hypothetische Frage:

Wer könnte die Welt aus der Corona-Pandemie führen? Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat ihre Prüfung nicht bestanden, EU-Kommissionschefin von der Leyen auch nicht, sie war dazu gezwungen, sich für Brüssels späte Reaktion in der Corona-Krise zu entschuldigen. In Deutschland wartet man darauf, wie es nach Angela Merkel mit dem politischen System weitergeht. Im reichen Paris rufen Demonstranten dem Präsidenten zu, daß sie hungern. usw., usw.

Woher sollen also die Impulse kommen, um unsere westliche Zivilisation aus der Pandemie und der Rezession zu führen? Die Persönlichkeiten und Lösungen müssen aus dem transatlantischen Raum kommen. Er ist ein Markt für

gemeinsame Ideen, Normen und Werte. Im 20. Jahrhundert kamen die USA uns viele Male zu Hilfe. Heute ist Europa wohlhabend und nicht zerstört. Es braucht trotzdem einen Partner. Washington bleibt der Hauptkandidat für eine gemeinsame Führung.

Aber – dieses „Nachsetzen“ sei erlaubt: Ist das noch das Amerika, das man als die stärkste und reichste Nation kennt? Zweifellos verfügen die USA über erstklassige Virologen und Epidemiologen. Ihre Krankenhäuser und medizinischen Ausrüstungen sind die modernsten. Aber Präsident Trump ist weitgehend beratungsresistent, und seine Entscheidungen kommen häufig unreflektiert. Wenn er keinen Erfolg hat, ist's für Korrekturen zu spät.

Wohlgemerkt, das Vorstehende erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, aber es soll einen Einblick geben in die Probleme und Schwierigkeiten, vor die Politik, Wirtschaft und Bürger gestellt sind.

Wie unsicher die Politik bisher auf die Herausforderungen reagiert hat, mag man auch an den folgenden Notizen erkennen, die ich in den letzten Wochen (seit Bekanntwerden der Corona-Probleme) verfaßt habe – inklusive einiger Gastbeiträge, für die ich mich bei den Autoren bedanke. (Die Beiträge sind „von hinten nach vorne“ – also vom Erkennen der Pandemie an gesehen – hier wiedergegeben.)

Dank

Mein besonderer Dank gilt meinem langjährigen Freund, dem Arzt und Philosophen Enrique Comer, für die vielen Texthilfen und besonders für seine Beratung in den schwierigen Gesundheitsfragen.

Peter Helmes

Hamburg, 5. Mai 2020

Corona und die geplante(?) Zerstörung unserer Gesellschaftsordnung

Die Virus-Pandemie zeigt: Die „Große Transformation“ ist die schlimmste und gefährlichste politisch-ideologische Irrlehre seit Hitler und Stalin

Warum traf uns – wie ein Blitz aus heiterem Himmel – die Corona-Pandemie als neues Mittel finsterner Mächte, unsere demokratischen Staatsstrukturen, unsere freie Gesellschaft und unser Wirtschaftssystem mit seiner bewährten Sozialen Marktwirtschaft zu stürzen und durch global ausgerichtete, freiheitsvernichtende autoritäre Regierungsformen zu ersetzen?

Versuch einer Antwort auf die Herausforderung

Nachdem Karl Polanyi 1944 seine linkssozialistische Vision von der „Großen Transformation“ veröffentlicht hatte und nachdem die Welt ein Jahr später in die Blöcke „Ost und West“ geteilt war, versuchte Polanyi alles, um seine Ideologie vom „demokratischen Sozialismus“, einem pseudodemokratischen totalitären Kommunismus, europaweit und auf dem ganzen amerikanischen Kontinent durchzusetzen. Aufgrund des „Kalten Krieges“ bis 1989 scheiterte die Beachtung dieser Ideologie an den real bestehenden Machtverhältnissen.

Es entwickelten sich in all diesen westlichen Ländern starke Nationen mit Wohlstand für alle garantierenden Marktwirtschaften, die niemand bereit war, einer hirnrissigen Ideologie wie der Utopie von einer „Großen Transformation“ zu opfern.

Dennoch gaben die seit mehr als hundert Jahren im Geheimen operierenden Kräfte – unter ihnen – die Aktivisten der Rockefeller-Familie und viele andere mit ihnen Verbündete nicht auf, machthungrig über eine bereits in der „Großen Transformation“ vorformulierten „New World Order“ den Griff zur Weltherrschaft zu wagen, zumindest beginnend in der westlichen Welt, vor allem in den USA.

So versuchte man, z. B. mit Hilfe des 1947 gegründeten Tavistock-Instituts, subversiv und manipulativ großen Einfluß zu nehmen auf politische Institutionen und auf Entscheidungen verschiedener Regierungen. Führende Köpfe und Mitbegründer des Tavistock Institutes waren Brigadegeneral John Rawlings-Rees, Autor von *The Shaping of Psychiatry by War* („**Die Veränderung der Psychiatrie durch den Krieg**“) und Kurt Lewin, ein Mitglied der Berlin-Frankfurter Schule mit ihrer „experimentellen Psychologie. (vgl. Max Wertheimer u.a.).
https://de.wikipedia.org/wiki/The_Tavistock_Institute

Kurz bevor Karl Polanyi am 23. April 1964 starb, wies der damalige **US-Präsident John F. Kennedy** in einer berühmten Rede vor Journalisten am 27. April 1961 auf einflußreiche „Gruppierungen“ hin, die im Geheimen und im Verborgenen seit Jahren Demokratie-vernichtende Pläne schmiedeten, um die Verfassung der USA zu stürzen, und um eines Tages die Weltherrschaft zu erringen unter Zugrundelegen einer „New World Order“.

Kennedy sagte wörtlich:

„.... Denn wir stehen rund um die Welt einer monolithischen und ruchlosen Verschwörung gegenüber, die sich vor allem auf verdeckte Mittel stützt, um ihre Einflußsphäre auszudehnen – auf Infiltration anstatt Invasion; auf Unterwanderung anstatt Wahlen; auf Einschüchterung anstatt freier Wahl; auf nächtliche Guerillaangriffe anstatt auf Armeen bei Tag.

Es ist ein System, das mit gewaltigen menschlichen und materiellen Ressourcen eine eng verbundene, komplexe und effiziente Maschinerie aufgebaut hat, die militärische, diplomatische, geheimdienstliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Operationen kombiniert.

Ihre Pläne werden nicht veröffentlicht, sondern verborgen, ihre Fehlschläge werden begraben, nicht publiziert, Andersdenkende werden nicht gelobt, sondern zum Schweigen gebracht, keine Ausgabe wird infrage gestellt, kein Gerücht wird gedruckt, kein Geheimnis wird enthüllt. Sie dirigiert den »Kalten Krieg« mit einer, kurz gesagt, Kriegsdisziplin, die keine Demokratie jemals aufzubringen erhoffen oder wünschen könnte...“

(John F. Kennedy)

Hier unter dem Link weiterlesen – es lohnt sich:

Quelle: <http://www.politaia.org/wirtschaft/banken/die-rede-von-john-f-kennedy/>
<https://www.youtube.com/watch?v=HcGHixMZ524>

Am 22. November 1963 wurde John F. Kennedy bei einem Attentat in Dallas/Texas ermordet, wobei man heute davon ausgehen muß, daß auch diese Rede Kennedys vor Journalisten am 27. April 1961 ein Haupt-Motiv als Grund für seine Ermordung war.

Club of Rome-Gründung

Aurelio Peccei von der FIAT-Firmenleitung in Italien erhielt ein Spezialtraining vom Tavistock-Institute, um kurze Zeit später – 1968 – den „Club of Rome“ zu gründen. Während des Zweiten Weltkrieges schloß er sich der Partisanengruppe Giustizia e Libertà (deutsch: Gerechtigkeit und Freiheit) an.
https://de.wikipedia.org/wiki/Aurelio_Peccei

Mit dem 1972 veröffentlichten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (der Eheleute Meadows) erlangte der Club of Rome für kurze Zeit die Aufmerksamkeit verschiedener links-intellektueller Gruppen, denen bei ihrem antikapitalistischen Kampf – vor allem in Zeiten des „Kalten Krieges“ – die Zerstörung des wirtschaftlichen Wachstums in den prosperierenden demokratischen Gesellschaften das vorrangigste Ziel auf dem Weg in eine sozialistische Gesellschaft war.

Nicht zuletzt durch manipulative Strategien – wie wir sie z. B. vom Tavistock-Institut her kennen – war man zur Auffassung gekommen, daß nur durch entsprechend drastische Horrorszenarien, die mit der Wirklichkeit nicht überein-

stimmen müssen, aber deren Gegenteil sich von Laien nur umständlich beweisen läßt, die demokratische Gesellschaft auseichend stark beeinflusst werden kann, freiheitlich demokratische und marktwirtschaftliche Prinzipien und Werte aufzugeben und der Irrlehre von den behaupteten „Grenzen des Wachstums“ zu folgen.

„Fast alle Prognosen des Hauptwerks `Die Grenzen des Wachstums` stellen sich als falsch heraus. Bereits im Jahr 2000 sollten die meisten Bodenschätze erschöpft, die Umwelt unrettbar verschmutzt und die übergroße Bevölkerung dem Hunger ausgesetzt sein. Alles falsch, obwohl erstmals Computer die Werte hochrechneten.“

<https://www.eike-klima-energie.eu/2019/06/14/der-friedhof-der-prognosen/?print=print>

Nachdem die „**Grünen**“ als Partei – damals noch als „Alternative Liste“ – von hauptsächlich radikalen Rechtsextremen (z. B. von ehem. NSDAP-Mitgliedern!) gegründet worden war – darunter Joseph Beuys, der bei den Bundestagswahlen 1976 noch als Spitzenkandidat der rechtsradikalen Partei „AUD“ – Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher“ angetreten war, war die rechtsradikale AUD auf Antrieb von der Ideologie des Club of Rome begeistert.

„Als 1972 der Club of Rome durch seine Veröffentlichung `Die Grenzen des Wachstums` der Konsumkritik der AUD auch eine wissenschaftliche Grundlage verschaffte, wurde der Umweltschutz in Verbindung mit einer angestrebten gesamtgesellschaftlichen Neuordnung zum neuen Schwerpunkt, dem Haußleiter in seiner Zeitung, die seit 1967 die unabhängige Parteizeitung der AUD war, immer mehr Raum einräumte und für den er auch Autoren aus der Umwelt- und Bürgerinitiativenbewegung (Carl Amery, Herbert Gruhl, Roland Vogt) für Veröffentlichungen gewinnen konnte.

Seit ihrer Gründung 1965 bis in die 1970er Jahre hinein wurde die AUD vom Verfassungsschutz beobachtet und in ihren Berichten unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt“.

Zitiert aus: https://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsgemeinschaft_Unabhängiger_Deutscher

Der Club of Rome versuchte in der Folgezeit, sog. „Umwelt-Themen“ als Katalysator für seine öko-sozialistischen Forderungen zu instrumentalisieren. Erinnerung sei vor allem an die gewaltsamen, illegalen Aktionen von „Green-Peace“ und an Demonstrationen der Grünen zusammen mit linken Gruppierungen wie der KPD/ML, KBW, der ANTIFA, den Jusos, der DKP bis hin zum DGB.

Nach dem totalen Zerfall der KPdSU, des Comecon und des Warschauer Pakts im Jahr 1989, als die Berliner Mauer fiel, entstand bezüglich des Marxismus-Leninismus ein ideologisches Vakuum, das die meisten ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten mit der Bildung demokratischer Staaten beantworteten – oft unter Beitritt zur NATO.

Gleichzeitig entwickelte der Club of Rome (CoR) eine Neu-Ausrichtung seiner Strategie, Macht und Einfluß zu gewinnen, ohne sich als „Partei“ irgendwelchen

freien Wahlen stellen zu müssen. Man sah sich als "Denkfabrik" (Thinktank), als Kaderschmiede, als Vereinigung mit – in Deutschland – nur ca. 40 aktiven Mitgliedern, die einzeln den Auftrag hatten und haben, in möglichst vielen bereits bestehenden Institutionen infiltrativ hohe Schlüsselpositionen einzunehmen, um diese Institutionen „auf Kurs“ zu bringen und nach der Ideologie des Club of Rome inhaltlich auszurichten.

Gleichzeitig empfand es der Club of Rome als zwingend geboten, neue Institutionen und Vereinigungen zu gründen, die sich als Ideologie-Hot-Spots – oft unter dem Mäntelchen der „Wissenschaft“, der „Pseudo-Wissenschaft“ von Umwelt-Wetter-Klima-Anti-Atombewegung und Ressourcen- und Artenschutz“ – vor allem als hochbezahlte „Regierungsberater“ und „Gutachter“ auf höchster Regierungsebene als nie vom Volk gewählte Politik-Manipulateure „einnisten“ sollten.

Besonders stolz ist der Club of Rome auf all die Funktionärs- und Beraterposten, die eines seiner besten ideologischen „U-Boote“ durch strategisch geschickte Unterwanderung erschleichen sollte, was er dann in der Tat erreicht hat: Es handelt sich um den „Commander“ – wie er sich selbst nennt –, den Chef-Ideologen Hans-Joachim Schellnhuber, genannt „John“, der seine Mitgliedschaft im Club of Rome auf seiner wiki-page bis heute schamhaft verschweigt. Er weiß warum – aber der Club of Rome selbst hebt ihn auf dessen Homepage als „Führungsperson“ besonders hervor:

„Prof. Hans Joachim Schellnhuber has been Director of the Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) since he founded the institute in 1992. He holds a Chair in Theoretical Physics at Potsdam University and is an External Professor at the Santa Fe Institute (USA). Currently he serves as Co-Chair of the German Advisory Council on Global Change (WBGU) and Governing Board Chair of the Climate-KIC of the European Institute of Innovation and Technology (EIT).

Schellnhuber has been appointed to a number of prestigious academies such as the Pontifical Academy of Sciences, the US National Academy of Sciences (NAS), the Academia Europaea, the German Academy of Sciences (Leopoldina), and the Max Planck Society. He has been a long-standing member of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) and has served as principal advisor to top policy-makers like Angela Merkel, Chancellor of Germany, and José Manuel Barroso, former President of the European Commission, and Pope Francis in the context of his Encyclical Laudato Si’.

<https://clubofrome.org/member/schellnhuber-hans-joachim/>

Weitere, vom Club of Rome größtenteils beeinflusste Institute, Unternehmen usw. sind die Mercator-Stiftung, die Hertie School, das Alfred- Wegener-Institut, die Helmholtz-Gemeinschaft, Fridays for Future, Plant for the planet,

Scientists for Future, und last not least die Bertelsmann-Stiftung durch das Ehepaar Mohn, die beide im Club of Rome Mitglieder sind/waren.

In enger Zusammenarbeit in Deutschland mit der Partei: „Bündnis 90/ die Grünen“ und mit der politisch ihnen zuzurechnenden „Heinrich-Böll-Stiftung“ sowie mit weiten Bereichen der „politischen Linken“ sowie in enger „intimer“ Freundschaft zur Umweltministerin Svenja Schulze (SPD), die ihn z. B. bei Pressekongressen mit hochrotem Kopf geradezu anhimmt, hat Schellnhuber die Ideologie des Karl Polanyi zusammen mit der Ideologie des italienischen Links-Partisanen und Gründers des Club of Rome, Aurelio Peccei, verschmelzen lassen im von Schellnhuber und seinen CoR-Freunden (u.a. Claus Leggewie, Stefan Rahmstorf, Uwe Schneidewind, Dirk Messner, Claudia Kemfert, Maja Göpel, Max Schön, Mojib Latif, Frithjof Finkbeiner, F.J. Radermacher u.v.m.) verfaßten „Gutachten des WBGU“ mit dem Titel: **„Ein neuer Gesellschaftsvertrag – die Große Transformation“** (WBGU-Hauptgutachten 2011). Schellnhuber veranstaltet immer wieder Lesungen – auch zu Ehren von Aurelio Peccei, sogenannte: „Aurelio-Peccei-Lectures“:

<https://www.youtube.com/watch?v=Rtg5QJlb484>

Seit 1992 ist Schellnhuber in „Diensten“ der damaligen Arbeits- und Sozialministerin und Umweltministerin, der späteren „Dauer“-Kanzlerin Angela Merkel. Er berät sie permanent – wie es scheint, in allen Fragen ihrer Politik. In der Flüchtlingspolitik wurde Merkel zusätzlich vom sog. „Kanzlerflüsterer“ Gerald Knaus „gesteuert“, der zu 100% von George Soros bezahlt wird, um dessen „Malta-Plan“, das „Fluten“ Europas mit Migranten aus Asien und Afrika, zu realisieren.

Bei der Realisierung der systemverändernden Ziele des Club of Rome, aber auch vieler weiterer, zum Teil höher anzusiedelnder Welt-Veränderer wie Bill Gates und Rockefeller über die entsprechenden Stiftungen (Bill&Melinda Gates-Foundation; Rockefeller-Foundation, World Economic Forum (Davos); Johns-Hopkins-University; Open Society-Foundation u.v.m.), zog der Club of Rome im Prinzip am gleichen Strang.

Die „Katalysatoren“ zur Motivation der Bevölkerung, den geforderten Systemwandel, die Beschneidung der demokratischen Freiheitsrechte unserer Bürger, die Vernichtung unsere Marktwirtschaft und die Vernichtung unserer Energie-Gewinnung durch Abschaffung von Atom- und Kohlekraftwerken – jedoch unter strikter Schonung von z. B. China, von denen das alles nicht gefordert wird – vor allem deshalb nicht, weil die chinesische Diktatur die Blaupause darstellen soll für das in Zukunft angestrebte politische Weltregierungssystem!

Diese asymmetrische „Schonung“ Chinas bei der Umsetzung von umweltfreundlichen Maßnahmen im Vergleich zur westlichen Welt führt permanent zu einer Wettbewerbsverzerrung auf dem internationalen Markt.

Gezielte Panikmache

Eine wesentliche strategische Komponente zur „Motivation“ z. B. der deutschen Bevölkerung, all diese unsinnigen Transformationsvorschläge und Demokratie-Zerstörungs-Pläne zu akzeptieren, ist die Panikmache!

Durch Angst und Schrecken soll ein hysterischer Dauerschrei der Bevölkerung erzeugt werden gegen die vom Club of Rome gerade als Angstmacher verwendeten Lügen von der bevorstehenden Apokalypse, dem drohenden Weltuntergang, vor dem uns nun der neue „Messias“ in Gestalt des bekennenden Agnostikers Schellnhuber rettet und bewahrt.

So versuchte der Club of Rome, durch die Argumentation mit dem „immer größer werdenden Ozonloch“ durch die „bösen Deo-Sprays und Klimaanlageanlagen und deren Treibgase“ in uns allen Todesängste zu schüren, weil wir ja ohne „schützende Ozonschicht“ alle „sterben“!

Plötzlich – wie ärgerlich für die „großen Transformer“ – war das Ozonloch nicht mehr nachweisbar, so wie sich vorher bereits die Prophezeiungen der „Grenzen des Wachstums“ als falsch und nicht eingetreten offenbarten.

Ein neuer „Angstmacher“ mußte her: „Das Waldsterben“. Wir erinnern uns alle noch lebhaft an die Massendemos von Grün-Rot: „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch!“

Und wieder war auch dieser Versuch, uns in Panik zu versetzen, ein Rohrkreier.

Also formulierte Schellnhuber 1994 (und das ließ er so stehen bis ins Jahr 2008), daß weit über 10.000 Wissenschaftler ganz sicher und ohne irgendeinen Irrtum festgestellt hätten, daß der Anstieg des „menschengemachten“ CO₂ in unserer Luft von 0,038% auf 0,039% in einhundert Jahren unsere Erde zum „Glühen“ bringt und daß wir alles daran setzen müssen, diesen CO₂-Anstieg so zu stoppen, damit sich die Erde bis zum Ende des 21. Jahrhunderts höchstens um vier Grad erwärmen möge.

Nachdem Schellnhuber 1992 Direktor des von ihm jahrelang geleiteten PIK (Potsdam Institute for Climate Change) war und nachdem er 14 Jahre später Leiter des IPCC wurde (Stichwort: Klimakonferenz), und nachdem der Faktor „Angst und Panik“ bei der Bevölkerung ausgeblieben war ob des „gefährlichen CO₂“, dramatisierte er die uns „drohende Erderwärmung“ erneut und sagte dieses Mal, daß weit mehr als 10.000 Wissenschaftler fehlerfrei und ganz, ganz sicher und zuverlässig vorausgesagt hätten, daß bis zum Jahr 2050 durch das CO₂ die Erd-Temperatur im Durchschnitt, jetzt plötzlich, nicht um mehr als zwei Grad steigen darf, weil wir sonst alle sterben!

Was passierte? Die Panik der Bevölkerung blieb aus. Die Tsunami-Schäden am Kühlturm des AKW in Fukushima (eine harmlose Knallgas-Explosion – aber mit beeindruckenden Bildern des hochkatapultierten Kühlturms) verwendete Mer-

kel, um den Grünen die „Butter vom Brot“ zu nehmen und den totalen Atomausstieg für Deutschland zu verkünden.

Nebenbei bemerkt: Im Jahr 2018 beschlossen die finnischen Grünen, fünf Atomkraftwerke unter der Stadt Helsinki NEU bauen zu wollen, da sie sonst bis 2050 keine „CO₂-Neutralität“ erreichen würden. Seht Ihr, Ihr Grünen? Es geht also doch!

<http://www.klimaretter.info/energie/hintergrund/23877-klimaneutral-bis-2045-aber-mit-kernkraft>

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wie-finnland-bis-2035-klimaneutral-werden-will-100.html>

Es folgte „Kattowitz“ (2018), und dort postulierte Schellnhuber seine neuesten Erkenntnisse, mit denen er den Eindruck erweckte, alles sei „unfehlbar, absolut korrekt von über 10.000 Wissenschaftlern fehlerfrei ermittelt“:

Die Erde darf sich bis 2050 nicht um mehr als 1,5 Grad Celsius durch zu hohes CO₂ erwärmen – und kurze Zeit später forderte er die absolute Klima-Neutralität des CO₂, ja sogar eine negative CO₂-Bilanz....

Die „Pariser Klimaziele“ seien einzuhalten, sonst drohe der „Weltuntergang“. Das schüchterte manch einen Bürger schon etwas ein – bis die absolute Witzfigur der Grünen auf der Bildfläche erschien, die (damals) knapp 16 Jahre alte (kranke) Greta Thunberg. Sie wollte doch ernsthaft uns erwachsene, gebildete Menschen als „Besserwisserin“ in „Dorfschul-Lehrerinnen-Manier“ ermahnen, daß wir doch gefälligst ihren Parolen folgen sollen.

Spätestens, als sie die Show mit dem Segelboot und ihrer Atlantik-Überquerung abzog, spätestens als sie beim Weltwirtschaftsgipfel „How can you dare!“ mit wutverzerrtem Gesicht ins Mikro brüllte in sonst selten bei gesunden Menschen zu sehender Hysterie und bei fehlender guter Kinderstube, und spätestens, nachdem die mit ihren Shows erzielten zweistelligen Millionenbeträge bekannt wurden, glaubte weltweit niemand ernsthaft noch an „Gretas Prophezeiungen“ und „Urschreie“. Gretas Benehmen zerstörte restlos die im Pariser Klimagipfel aufblitzende „Pseudo-Ernsthaftigkeit“ der Falschbehauptungen zum „Klimawandel durch CO₂“!

Doch machen wir uns nichts vor: Bestimmt gibt es auch in Zukunft den ein oder anderen („grün-roten“) Mitbürger – am unteren Intelligenzrand – den Greta doch noch etwas beeindrucken kann. Fanatismus übertüncht oft grenzenlose Dummheit!

1994 bereits veröffentlichte der Club of Rome seine „Mao-Bibel“, seine politische Umsturz-Ideologie vom weltweiten Staatsstreich – mit dem Titel: **„Die erste globale Revolution“**.

In dieser revolutionären Kampfschrift findet jeder aufmerksame Leser, was der Club of Rome mit uns allen vorhat, und mit welchen strategischen volksverdummenden Methoden er das erzielen will!

Fest steht: Spätestens mit „Greta“ hat der Club of Rome auch noch den allerletzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielt.

Das merkt man derzeit besonders daran, daß die eigentlichen „Haupt-Denker“ und Ideologen der „Großen Transformation“ in den Medien immer weiter in den Hintergrund gedrängt wurden, um der dritten und vierten, nicht mehr ganz so überzeugenden Linie der „Getreuen“ den „Vortritt“ zu überlassen.

Dabei setzt der Club of Rome auf die Überzeugungskraft des „ewig Weiblichen“ mit den CoR-Madonnen Claudia Kemfert und Maja Göpel. Sie wird in Interviews dem Fernsehpublikum als „**Transformationsforscherin**“ präsentiert! Aber Hallo! Was ist denn das?

Dabei ist es wurscht, was sie da gerade inhaltlich von sich gibt. Da hört sowieso niemand mehr zu. Selbst unser „moderner Philosoph“ Richard David Precht, der sie zum Interview geladen hatte, schaute wie gebannt auf ihre weiblichen Reize und ihr (wirklich sehr hübsches) Gesicht und merkte nicht, welchen Unsinn die Dame da vom Stapel ließ.

Richard D. Precht – Maja Göpel / Ein Widerspruch, Ökonomie und Ökologie? – ZDF 15.03.2020

<https://www.youtube.com/watch?v=Uvai3gSvwyo>

Es bleibt festzuhalten: Aus Sicht der anderen, höher stehenden, mächtigeren Personen in dieser Welt – ich denke u.a. an Bill Gates – hat der Club of Rome es nicht geschafft, mit schnellen Lösungen in der Frage der „Großen Transformation“ Erfolge zu erzielen, die mit der gewünschten Schnelligkeit eine New World Order (NWO) realisieren könnten – einschließlich der Errichtung autoritär-diktatorischer Systemstrukturen, an deren Spitze dann Personen wie Bill Gates stehen werden.

Selbst Schellnhuber hatte bereits 2011 in seiner 450 Seiten starken Ideologieschrift von der „Großen Transformation“ wiederholt geschrieben, daß „keine Zeit“ mehr bleibt, die Realisierung der „Großen Transformation“ noch für weitere Jahre auf die lange Bank zu schieben. Er schrieb zwar, daß sonst, sinnbildlich, die Erde derart heiß würde, daß „uns die Socken qualmen“. Aber daran glaubt er wohl selbst ebenso wenig wie seine Kritiker.

Nein! Ihn bekümmert ein ganz anderes Problem: Wenn nicht schnellstens diese große Transformation deutschlandweit, europaweit und weltweit als neue Ideologie die einzelnen Staaten, Nationen und Kontinente erreicht und in den Griff bekommt, werden „andere“ aus der Deckung vorsehen, die das Ganze mit drastischeren Mitteln in kürzester Zeit uns allen aufzwingen werden angesichts eines tödlichen Virus-Experiments, bei dessen Pandemie dann in der Tat und in „Echtzeit“ Hunderttausende unschuldiger Menschen ihr Leben verlieren.

Denn – so meinen diese weltverändernden „Hard-Liner“ – angesichts des drohenden Todes durch Virus-Infektionen wird die Menschheit – einschließlich Donald Trump – auf Knien rutschen und um „Gnade“ bitten.

Mindestens seit 2010, und besonders noch einmal im europäischen Schicksalsjahr 2015, wies Bill Gates darauf hin, daß die neuen modernen Kriege in Form von Virus-Epidemien ablaufen werden und daß die Menschheit, um sich davor zu schützen, dann bereit sein würde, erhebliche Veränderungen der politischen Systeme einschließlich des Verzichts auf Freiheit und Wohlstand und einschließlich der Umformung unserer Wirtschaftssysteme hinzunehmen, zu tolerieren, um des „höheren Gutes willen“, des Erhalts und der Sicherung des eigenen Lebens.

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/502949/Bill-Gates-warnt-seit-2010-vor-einer-globalen-Pandemie-und-bereitet-sich-seit-Langem-geschaefentlich-darauf-vor>

Die bisher – z. B. vom Club of Rome – eingesetzten Druckmittel, um Panik in der Bevölkerung zu erzeugen, schlugen alle fehl.

Vom „Baumsterben“ über das „Ozonloch“ bis zur „Erderwärmung durch „menschengemachtes CO₂“ in der „bösen kapitalistischen Wirtschaft“, all das hat keineswegs zu einem schnellen politischen und gesellschaftlichen Wandel geführt! (Zum Glück! – sage ich hier als überzeugter Demokrat und Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft!)

Also zieht Bill Gates, der diesen weltweiten gesellschaftlichen Wandel noch „erleben“ will, sein größtes Ass aus dem Ärmel und installiert jetzt angesichts der Virus-Pandemie seine „Brave New World“ – einschließlich der von ihm gewünschten „**New World Order**“. Seine Machtpositionen innerhalb der „Welt-Reformer“ sind mittlerweile gefestigt. „**Money makes the World go RED**“.

Ihm und seiner Stiftung „unterstehen“ und „gehörchen“ mittlerweile so bedeutende, weltweit etablierte und agierende Institutionen wie die WHO, die Bill Gates mit Milliardenbeträgen sponsert.

<https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2017-03/who-unabhaengigkeit-bill-gates-film>

Ganze Fabriken vieler Impfstoff-Hersteller gehören de facto Bill Gates. Selbst die in Tübingen ansässige Firma des SAP-Chefs Hopp wird von Bill Gates mit Milliardenbeträgen finanziert.

<https://www.bdi.de/politik-und-presse/nachrichten/ansicht/article/gates-und-hopp-investieren-millionen-in-tuebingen-impfstoff-hersteller/>

Auf diese Virus-Pandemie hat sich Bill Gates seit mindestens 2010 intensiv vorbereitet.

Sein Planspiel (Exercise): „Event 201“ vom 18. Oktober 2019 war perfekt geplant.

Auch die Anordnung von Bill Gates, daß im Falle einer entstehenden Virus-Pandemie die von ihm und von Bloomberg massiv finanziell gesponserte Johns-

Hopkins-Universität-CSSE in Baltimore weltweit die einzige zentrale Anlaufstelle für alle Daten aus allen Nationen sein soll, zeigt, wie gründlich Bill Gates vorging und daß er mehr als jeder andere „normal Sterbliche“ von dieser sich ereignenden Corona-Virus-Pandemie wußte.

Warum gab es diese Pandemie ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt?

Was könnten für Bill Gates noch weitere Gründe gewesen sein, sich auf diesen Moment auszurichten in all seinen Aktionen – von „Event 201“ bis zur weltweit zentralen Datenerfassung in der CSSE-Johns-Hopkins-University?

Daß Bill Gates mit seinen Impfkationen und Impfstoff-Produktionen sehr viel Geld weltweit verdienen könnte, steht fest. Aber er will das Ganze ja kostenlos der Menschheit schenken – ob mit oder ohne sog. „Nano-Chip“, das werden wir sehen!

Daß 2020 das Wahljahr für die Wahl des US-Präsidenten ist – und daß ausgerechnet in diesem Jahr die Corona-Pandemie über die Welt kam, das alles muß nicht unbedingt „Zufall“ gewesen sein. Ich glaube, daß dieser Satz Allgemeingültigkeit besitzt und sich je nach weiteren Enthüllungen als wahr herausstellen wird.

Noch ist unklar, ob und in welchem Ausmaß diese Pandemie dem US-Präsidenten schadet. Dann bliebe aber auch die Frage: „Ist Biden besser als US-Präsident geeignet?“ Und das kann man getrost verneinen.

Durch die Virus- Pandemie spricht aktuell niemand mehr vom „Klimawandel“ oder von der CO₂-Steuer. Diese Themen haben die Bürger endgültig satt.

Und ich glaube kaum, daß unser Land überhaupt noch finanzielle Mittel zur Verfügung haben dürfte, die angeblich für die Bekämpfung des Klimawandels „notwendigen“ riesigen Summen, die der WBGU und die Umweltministerin Schulze errechnet haben, aufbringen zu können.

Die „Grünen“ sind in der Wählergunst rasant nach unten gerauscht; das Thema „Klimawandel“ ist endgültig „mega-out“.

Die (grün-rote) Revolution frißt ihre Kinder – von Habeck bis Baerbock!

Die Virus-Pandemie hat den Plänen zu einer jetzt ganz sicher auf Jahrhunderte hinaus nicht mehr bezahlbaren „Großen Transformation“ den Todesstoß versetzt.

Das einzige, was jetzt hilft, unser Land, ganz Europa und die Welt mit unserer Sozialen Marktwirtschaft freiheitlich-demokratisch wieder aufzubauen,

DAS IST DIE RÜCKBESINNUNG

- auf die stets erfolgreiche repräsentative Demokratie,
- auf unsere soziale Marktwirtschaft und unser Grundgesetz,
- auf den Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip,

- auf den Willen, die Disziplin und die Schaffenskraft der Deutschen, mit ihren Tugenden „Fleiß“ und „Zuverlässigkeit“, was uns ermöglichen wird, Deutschland in der Zeit nach der Pandemie wieder aufzubauen und vielleicht auch wieder zu neuer Blüte zu bringen.

Damit das erreicht werden kann, müssen wir alle noch verfügbaren Finanzmittel, die wir haben, für unsere Landsleute zusammenhalten und müssen die unerträglich gewordene Freigiebigkeit des „Zahlmeisters Deutschland“ in der Welt beenden.

Die Wirtschaft – und hier vorrangig der Mittelstand – müssen bei ihrem Wiederaufbau vom Staat finanziell entlastet werden durch eine deutliche Reduzierung aller Abgaben und Steuern sowie mit zinslosen Wiederaufbau-Krediten.

Demokratiefeindliche Ideologien wie die „Große Transformation“ sind Gift für die Gesellschaft und müssen verboten werden. Die Propagandisten und Urheber dieser Irrlehren müssen als Demokratie- und Staatsfeinde zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir müssen uns rückbesinnen auf unsere Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft und Zusammenhalt der Bürger sowie unsere repräsentative Demokratie mit allen Mitteln schützen und gegen diese Staatsfeinde verteidigen.

Und noch etwas – für Christen und Humanisten gleichermaßen:

Im Mittelpunkt unseres Gesellschaftsbildes steht der Mensch, nicht der Staat. So muß es bleiben, wenn wir nicht endgültig im Sozialismus verkommen wollen.

Gottvertrauen? Oder benötigen wir keine Hilfe in der Krise?

25. März 2020

„Die Zahl der Kircheng Austritte ist in diesem Jahr in Köln erneut deutlich gestiegen“, meldet der Kölner Stadtanzeiger, und ähnliche Meldungen dürfte es auch aus anderen Landesteilen geben.

Klar, die Meldung aus Köln dürfte dem „allgemeinen Volksempfinden“ entsprechen: **„Verdammter Coronavirus! Und was ist mit Eurem Gott? Wie kann er eine solche Pandemie zulassen? Ich denke, Gott liebt uns? Nein, er muß uns lassen; denn sonst hätte er uns vor einer solchen Qual bewahrt...“.**

So oder ähnlich dürften viele Menschen in unseren Landen denken. Erst recht jene, die mittel- oder gar unmittelbar vom Coronavirus betroffen sind. „Gott ist

allmächtig“, haben wir weiland im Religionsunterricht gelernt. Ja wirklich? Und wo ist er jetzt?

Und da die anderen, die Atheisten. Sie empfinden Bestätigung, vielleicht sogar Genugtuung ob der Situation. „Haben wir doch schon immer gesagt, daß es Gott nicht gibt!“

Ich will das jetzt nicht vertiefen. Es mag jeder mit sich selbst ausmachen. Aber eine Bemerkung sei mir erlaubt: Alle diese Meinungen gehen von einer falschen Voraussetzung aus:

Es gibt keinen Wunsch-Gott! Keinen „gütigen Gott, der dort oben im Himmel thront, seinen langen, weißen Rauschebart streichelt und huldvoll auf die Menschheit herabblickt...“ Nein, Gott kommt nicht, wenn wir ihn rufen. Es wäre aber auch zu einfach. Nein, Gott ist der Herr über Leben und Tod, über Krankheit und Not – und kein Zauberwesen.

Ich muß nicht an ihn glauben, ich muß ihn nicht fühlen und hören. Aber ob ich will oder nicht, er ist da. „Er ist da“, ist eine rein metaphysische Betrachtung. Ich kann Gott nicht anfassen. Aber ich kann zu ihm beten. Nicht frömmelerisch, sondern Halt suchend. Wenn ich glaube, weiß ich, daß er da ist.

Ob „die Kirche“ mir dabei hilft? „Not lehrt beten“, heißt es. Ja, aber wo sind denn die Kirchen in dieser Notlage, wo beten sie? Wo spenden sie Trost? Oder machen wir es uns zu einfach? Motto: Wenn die Lage schwierig ist, muß Gott helfen. Muß er?

Gottvertrauen

In verschiedenen Religionen, erst recht im Christentum, gibt es das „Gottvertrauen“, die Hingabe an einen Gott. Auch nach der Ideologie des Islam gibt es die Hingabe an Allah und an seinen Propheten, im Judentum das Vertrauen auf Jahweh. In östlichen Religionen, beispielsweise im Buddhismus, Konfuzianismus oder Daoismus, gibt es das Vertrauen und die Hingabe in das Werden und Vergehen und die Reinkarnation (Wiedergeburt) oder an eine natürliche Ordnung (etwa als Dao).

In einigen ethnischen Religionen gibt es das Ideal vom Leben im Einklang mit der Natur und das Vertrauen auf die natürliche Ordnung der Dinge – eine andere Art des Vertrauens auf höhere Mächte. Also: Im Menschen scheint es eine Sehnsucht nach Gott zu geben, nach seinem Segen, seinem Schutz.

Doch vielen Christen scheint dieser Glaube abhandengekommen zu sein, als ob sie sich seiner schämen. Doch jetzt, in der Krise, besinnen sich viele Christen wieder auf Gott und erleben seine Hilfe. Zwar treten viele aus der Kirche aus, aber heißt dies, sie seien nicht mehr gläubig? Ist es nicht viel mehr so, daß sie (ver)zweifeln an der aktuellen Haltung der Kirche und erst recht ihrer Repräsentanten? Geben die Kirchenmänner noch Halt? Verkünden Sie noch den Glauben an Gott, oder vertiefen sie die Zweifel?

Wenn die aktuelle Krise ein Gutes hat, dann dies: Die Menschen denken wieder nach „über Gott und die Welt“. Sie denken wieder nach über ihren Glauben und ihre Kirche. Zu hoffen ist, daß die Kirchen die damit einhergehende Chance kapieren und nutzen, sich lösen von ihrer weltlichen Gebundenheit, zurückfinden zu Gott und seinem Gebot – und den Gläubigen wieder Rat und Trost spenden, anstatt ihnen immer mehr Zweifel einzusäen.

Wie schön, daß Geistliche – in der nämlichen Dözese, die jetzt vermehrte Kirchenaustritte meldet – in festlichen Meßgewändern durch rheinische Städte prozessieren, die Monstranz vor sich hertragend. Das erfordert und verlangt Mut!



Siehe: <https://philosophia-perennis.com/2020/03/23/corona-priester-tragen-den-eucharistischen-christus-segnend-durch-die-leeren-strassen/>

Muezzinruf – ein Schlachtruf

Die Moslems machen es uns vor: Sie besitzen die Kühnheit, die Krise auszunutzen und ihre Muezzinrufe über Deutschland erschallen zu lassen. Überall in Deutschland sprießen nicht nur Moscheen aus dem Boden unserer Städte, sondern auch Minarette, aus denen der Ruf des Muezzin fünfmal täglich erschallt. Man wähnt sich im Orient, erwacht aber schnell aus dem Märchen von tausend und einer Nacht; denn der Muezzinruf ist kein Abend- oder Morgengebet, sondern ein Schlachtruf, ein Aufruf zum Kampf.

Jedes Minarett, aus dem ein Muezzin ruft, steht symbolisch (und faktisch) für einen Eroberungstützpunkt einer totalitären Gewaltideologie. Doch wir schlafen weiter. Der Islam hat eine hohe Durchsetzungsaggressivität, trifft aber auf mangelhafte Verteidigungsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung. Das ist deutscher Alltag. Und damit ist auch die Frage beantwortet, ob Deutschland islamisiert wird.

Und: Der Muezzinruf erlaubt keine Zweifel – auch nicht die Frage nach dem Coronavirus. „Allah ist der Allmächtige“.

Der Muezzinruf – das islamische Herrschaftszeichen

Die „Schahada“, also der Ruf des Muezzins – von arab. šahida = bezeugen (auch im juristischen Sinne) abgeleitet ist das Glaubensbekenntnis des Islam. Sie ist die erste der fünf Säulen des Islam und entspricht einem auf den Propheten Mohammed zurückgeführten Hadith: **„Wenn der Diener (Gottes) sagt: ‚Es gibt keinen Gott außer Allah‘, dann spricht der erhabene Gott: ‚Meine Engel, mein Diener weiß, daß er keinen anderen Herrn außer mir hat. Ihr seid meine Zeugen, daß ich ihm (deshalb) vergeben habe.‘“**

Der Muezzinruf im Wortlaut:

Beim Gebetsruf (Adhan) werden nach dem viermaligen Takbir beide Teile der Schahada, eingeleitet mit aschhadu an bzw. anna. „Ich bezeuge, daß ...“, jeweils zweimal gesprochen.

Die Schahada im Adhan lautet: „Aschhadu an la ilaha illa ,llah (zweimal). Aschhadu anna Muhammadan rasulu ,llah (zweimal). Hayya'ala s-salat (zweimal). Hayya ,ala al-falah“ (zweimal). Auf Deutsch: „Ich bezeuge, daß es keinen Gott außer dem (einzigen) Gott (Allah) gibt (zweimal). Ich bezeuge, daß Muhammad der Gesandte Allahs ist (zweimal). Eilt zum Gebet (zweimal). Eilt zur Seligkeit“ (zweimal).

Quelle: wikipedia.org/wiki/Adh%C4%81n#Wortlaut

Der Dschihad ist greifbar

Sagen wir es deutlich: Wozu sprechen wir dann noch von einem barmherzigen Allah? Der Islam ist eine geladene Waffe. Was soll das Gefasel von einem „barmherzigen Allah“? Allah kann nämlich nur barmherzig gegenüber Gläubigen sein, also nur zu Muslimen. Alle anderen sind die „Ungläubigen“, die man entweder zwingt, zum Islam zu konvertieren, oder wenn sie das nicht wollen, bekämpft – auch mit dem Schwert. Ein (gegenüber Ungläubigen) „friedlicher Islam“ wäre ein Widerspruch in sich und müßte auf seinen Beherrschungsanspruch („Es gibt nur EINEN Gott, Allah...“) verzichten, wäre dann aber kein Islam mehr.

Die Schahada ist das Ur-Glaubensbekenntnis des Islam! Im Klartext: Wo die Schahada erschallt, unterwirft man sich dem Islam.

Gelassenheit in Gott

Ich sehe das gelassen und danke Gott jeden Tag, daß ich den heutigen Tag noch erleben darf.

Ich könnte mir vorstellen, daß die gegenwärtige Coronaphobie viel Anschauungsmaterial für Psychiater und Psychologen bietet, die das alles aufarbeiten müssen, sobald sich der gesunde Menschenverstand wieder durchgesetzt hat.

Es gilt herauszufinden, wie ein Massenwahn gefördert wird, und wie er sich ausbreitet, wobei der Massenwahn gefährlicher ist als eine Corona-Infektion. Der Corona-Virus ist eine Mutation des altbekannten Influenza-Virus. Letzterer hat Jahr für Jahr weltweit bis zu eine halbe Million Menschenleben gekostet, allein in Deutschland starben daran bis zu 25.000 Bürger.

„In Nachtwächterstaaten vergangener Jahrhunderte, in der noch nicht für jedes private Problem eine öffentliche Lösung erwartet wurde, war das anders: die sog. „Russische Grippe“ forderte in den Jahren zwischen 1889 und 1895 etwa eine Million Tote, die „Spanische Grippe“ 1918/19 sogar mindestens 25 Millionen (bei einer Weltbevölkerung von 1,65 Milliarden), die „Asiatische Grippe“ Ende der 50-er Jahre des letzten Jahrhunderts immerhin zwei Millionen (davon 30.000 in Deutschland), die sog. „Hongkong-Grippe“ vor gut 50 Jahren noch einmal eine Million (davon 40.000 in Deutschland). Verglichen mit diesen Zahlen nehmen sich die knapp 15.000 weltweiten Todesopfer, die bisher (Stand Montag, 23.3.) Opfer von Covid-19 geworden sind, vergleichsweise bescheiden aus und sind mit ein Grund dafür, warum nicht nur Verschwörungstheoretiker, sondern auch einige ausgewiesene Experten (wie der Lungenfacharzt Wolfgang Wodarg) die ganze Aufregung um den Coronavirus für ein „Riesenfake“ halten, ein Phantom, für dessen Bekämpfung die Politiker ohne Rücksicht auf Verhältnismäßigkeit bereit sind, nicht nur die Freiheit seiner Bürger sondern die gesamte Volkswirtschaft und damit die Grundlage unseres Wohlstandes aufs Spiel zu setzen...“, relativiert Notan Dickerle die aktuellen Zahlen. Daß bald wieder der Verstand einsetzt, wäre ein echtes Gebetsanliegen.
<https://conservo.wordpress.com/2020/03/25/corona-pandemie-einstieg-in-den-totalitaeren-ueberwachungsstaat/>

Ein alter Priester opfert sich

Jörgen Bauer ist meinen Lesern seit vielen Jahren durch seine regelmäßigen „**Gedanken zur Woche**“ bekannt. In jedem seiner Beiträge fragt er: „**Was kann vom Wort Gottes dazu gesagt werden?**“ Heute berichtet er von einem besonderen Zeugnis Gottes – dem ergreifenden Bericht des Arztes Julian Urban, 38 Jahre alt – Arzt in der Lombardei:

„Niemand in meinen dunkelsten Albträumen habe ich mir vorgestellt, daß ich sehen und erleben könnte, was hier in unserem Krankenhaus seit drei Wochen geschieht. Der Albtraum fließt, der Fluß wird immer größer und größer. Am Anfang kamen einige von ihnen, dann Dutzende und dann Hunderte, und jetzt sind wir keine Ärzte mehr, sondern wir sind zu Sortierern auf dem Band geworden, und wir entscheiden, wer leben und wer zum Sterben nach Hause geschickt werden soll, obwohl all diese Menschen ihr ganzes Leben lang italienische Steuern gezahlt haben.

Bis vor zwei Wochen waren meine Kollegen und ich Atheisten; das war normal, weil wir Ärzte sind und gelernt haben, daß die Wissenschaft die

Gegenwart Gottes ausschließt. Ich habe immer über den Kirchgang meiner Eltern gelacht.

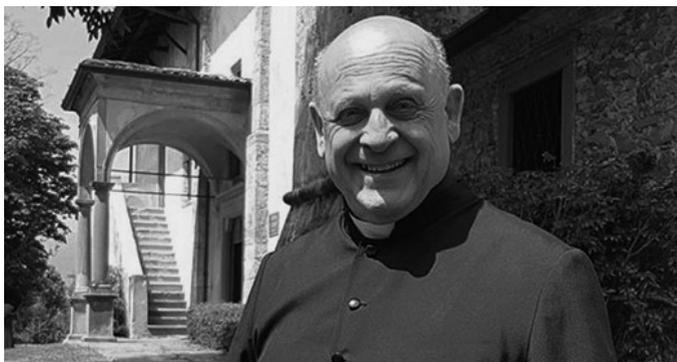
Vor neun Tagen kam ein 72 Jahre alter Pastor zu uns; er war ein freundlicher Mann, er hatte ernsthafte Atembeschwerden, aber er hatte eine Bibel bei sich, und wir waren beeindruckt, daß er sie den Sterbenden vorlas und ihre Hände hielt.

Wir waren alle müde, entmutigt, psychisch und physisch erschöpft, als wir Zeit hatten, ihm zuzuhören. Jetzt müssen wir zugeben: Wir als Menschen sind an unsere Grenzen gestoßen, mehr können wir nicht tun, und jeden Tag sterben mehr und mehr Menschen.

Und wir sind erschöpft, wir haben zwei Kollegen, die gestorben sind, und andere sind infiziert worden. Wir haben erkannt, daß dort, wo das, was der Mensch tun kann, endet, wir Gott brauchen, und wir haben begonnen, Ihn um Hilfe zu bitten, wenn wir ein paar Minuten Zeit haben; wir reden miteinander, und wir können nicht glauben, daß wir als wilde Atheisten jetzt jeden Tag auf der Suche nach unserem Frieden sind und den Herrn bitten, uns beim Widerstand zu helfen, damit wir uns um die Kranken kümmern können. Gestern starb der 75jährige Pastor, der bis heute, obwohl wir hier in drei Wochen mehr als 120 Tote hatten und wir alle erschöpft, zerstört waren, es geschafft hatte, uns trotz seines Zustands und unserer Schwierigkeiten einen FRIEDEN zu bringen, den wir nicht mehr zu finden hofften.

Der Pastor ist zum Herrn gegangen, und bald werden auch wir ihm folgen, wenn er so weitermacht. Ich war seit 6 Tagen nicht zu Hause, ich weiß nicht, wann ich zuletzt gegessen habe, und mir wird meine Nutzlosigkeit auf dieser Erde bewußt, und ich möchte meinen letzten Atemzug der Hilfe für andere widmen. Ich bin glücklich, zu Gott zurückgekehrt zu sein, während ich vom Leiden und Tod meiner Mitmenschen umgeben bin.“

Zeugenaussagen gesammelt von: Gianni Giardinelli



(c) Oratorio Casigno

Die gleiche Geschichte übermittelt mir Dr. David Berger:

Corona: Katholischer Priester überläßt sein Beatmungsgerät einem Jüngeren und verstirbt

Von David Berger

In Italien ist ein an Corona erkrankter katholischer Priester, der das Beatmungsgerät, das die Gemeinde für ihn gekauft hatte, einem jüngeren Kranken zur Verfügung stellte, an den Folgen der Virusinfektion verstorben. In aller Welt zeigen sich Menschen nun fasziniert von der heiligmäßigen Heldentat des Priesters.

Krisenzeiten sind auch immer Zeiten der Scheidung der Geister. Zeiten, in denen Niedertracht, aber auch Heiligkeit blühen. Als ein solches Vorbild der Heiligkeit feiern die Italiener derzeit den katholischen Priester Pater Giuseppe Berardelli.

Pater Giuseppe Berardelli: Bei der Seelsorge infiziert

Der katholische Priester Berardelli aus Casigno/Bergamo verstarb letzte Woche im Alter von 72 Jahren. Er hatte sich – wie viele in der Region, u.a. auch zahlreiche Priester bei ihrem pastoralen Einsatz – mit dem Corona-Virus infiziert.

Die Gemeinde hatte dem von ihr hoch geehrten Priester daraufhin rasch ein Beatmungsgerät gekauft, um sein Leben zu retten. Doch Pater Berardelli lehnte es ab und gab es stattdessen einem jüngeren Patienten, der ihm völlig unbekannt war.

„Er war ein einfacher, geradliniger Mensch, mit einer großen Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber allen, Gläubigen und Nicht-Gläubigen“, sagte Giuseppe Imberti, der Bürgermeister von Casnigo, der italienischen Nachrichtenwebsite Araberara.

Italien feiert den heiligmäßigen Priester

Obleich es kein öffentliches Begräbnis für den Priester gab, standen nahezu alle Bewohner der Stadt auf ihren Balkonen und applaudierten, als sein Sarg auf den Friedhof überführt wurde.

Die Heldentat des Priesters hat sich inzwischen weit über Italien hinaus herumgesprochen. Der sehr bekannte katholische Geistliche James Martin aus den USA verbreitete heute die Nachricht auf seinem Twitteraccount und löste damit in den USA einen Sturm der Begeisterung für den katholischen Priester aus, den jetzt schon viele als heiligmäßigen Märtyrer feiern:

„Niemand hat eine größere Liebe denn der, der sein Leben gibt für seine Freunde“ zitiert Martin das Johannesevangelium.

Original: <https://philosophia-perennis.com/2020/03/24/corona-katholischer-priester-ueberlaesst-sein-beatmungsgeraet-einem-juengeren-und-verstirbt/>

Für mich, liebe Leser, muß ich die Frage meines Gottvertrauens nicht weiter untersuchen, sie hat schon lange eine Antwort gefunden. Aber vielleicht führt die Geschichte des alten Priesters den einen oder anderen Zweifelnden dazu, darüber erneut nachzudenken.

Ich bin kein Priester und kein Missionar. Jeder muß sich selbst eine Antwort geben. Für mich aber ist dies eine der eindrucklichsten Geschichten, die mich wieder einmal zum Innehalten gezwungen haben.

Eine Provokation: Coronavirus – absichtlich von Menschenhand verursacht?

29. März 2020

Die Corona-Virus-Pandemie ist der größte, die Menschheit des ganzen Globus umfassende Angriff auf unser aller Leib und Leben. Viele Aktionen verschiedener milliardenschwerer sog. „Gutmenschen“, die global über eine „New World Order“ nach der Weltherrschaft streben, verdichten sich in langsam bis zu uns durchsickernden, schockierenden Nachrichten zur unweigerlichen Annahme, daß diese Corona-Pandemie von solchen Aktivistinnen absichtlich und von „Menschenhand“ künstlich verursacht wurde.

Die Ziele lauten:

A. Unsere Demokratien durch die „Virus-Gefahr von außen“ in autoritäre Regime umzuwandeln durch einen „starken Staat“, der ab sofort über uns herrschen soll, ohne daß wir dem widersprechen können.

Diese „Notstandsgesetze“ mit weitgehenden Ermächtigungen und Sonderrechten sowie Zuteilung von Sonder-Befugnissen und -Rechten an die Regierenden unter zeitlich begrenztem Ausschluß jedes Widerspruchs, der streng sanktioniert werden soll, hebeln massiv unsere im Grundgesetz garantierten Rechte als Bürger aus.

Ob diese über das Ziel einer wirkungsvollen Bekämpfung der „Corona-Virus-Epidemie“ weit hinausgehenden **Beschneidungen unserer Bürgerrechte** auf eine finale Systemänderung hinauslaufen, die ein autoritär herrschendes Regierungssystem zum Ziel hat, das ist kein unbegründeter Verdacht.

B. Unser sozialmarktwirtschaftliches System, das neben den großen Schlüsselindustrien (Automobil-Industrie/Werkzeug-Hersteller/ high-tech-Technologie/ moderne Energiewirtschaft usw.) auf einem starken Mittelstand basiert, soll sukzessive in eine staatsgelenkte Planwirtschaft um-transformiert werden. Jedes Wirtschaftswachstum, jede Gewinnabschöpfung sollen vernichtet, der Mittelstand soll weggeriert werden.

C. Die Familie – Basis und Ur-Zelle einer demokratischen Gesellschaft – soll transformiert und abgeschafft werden. Das Erziehungsrecht der Eltern und der Erhalt der Großfamilie „in einem Haus“ sollen zerstört werden.

D. Die bisherige Bindung der Bürger an ihre christliche Religion und Werte soll lächerlich gemacht und torpediert werden. Hierzu wird versucht, den Bürger auf „neue atheistisch-humanistisch“ formulierte, linksorientierte „Konsensus-Ethik-Werte“ einzuschwören und zu verpflichten – u.a. durch ein sog. „neues, links-grünes Bewußtsein“.

Das sind nur einige wesentliche System-Änderungs-Ziele der „weltverbessernden Gutmenschen“ zur Aushebelung unserer demokratischen Bürgerechte.

Diese links-grünen „Weltverbesserer“ haben bereits vor der Corona-Virus-Pandemie massives Unheil über unsere Gesellschaft gebracht. Hierüber besteht mittlerweile bereits ein breiter Konsens in der Gesamtbevölkerung, die sich danach sehnt, die freiheitlichen Bedingungen in Politik und Wirtschaft so schnell wie möglich zurückzuerlangen, die unserer Bundesrepublik Deutschland von Anbeginn bis ca. 1998 ein Garant für Wohlstand, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden für alle waren.

Auch die in den Regierungen nach 1998 gegen Wohlstand und Freiheit unternommenen Angriffe verschiedener links-grüner Antidemokraten konnten u.a. durch unser föderalistisches System und unsere Gewaltenteilung größtenteils abgemildert und teilweise erfolgreich abgefedert werden.

Durch verschiedene neue Gesetze auf europäischer Ebene in den Verträgen von Maastricht und noch viel drastischer im Vertrag von Lissabon (z. B. durch Festlegung der „Zivilbevölkerung“ als „geschlossene Gesellschaft“ aus z.T. vom Ausland gesteuerte und finanzierte sog. NGOs und „Thinktanks“) wurden parlamentarische Entscheidungsgremien wie das Europa-Parlament und viele Nationalparlamente in erheblichem Maße entmachtet zugunsten der EU-Kommission, des Europarats und – auf nationaler Ebene – zugunsten der unsere Gesetze vordiktierenden Wissenschaftlichen Beiräte (WB).

Im Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltfragen (WBGU) übernahm sogar der nie hierzu demokratisch legitimierte Ideologie-Diktator, der „Club of Rome“, die Hebel der Macht. Aber nicht nur hier kam es zunehmend zu einer institutionellen Korruption durch diese Systemveränderer mit ihrer Ideologie von der „Großen Transformation“ und der „Urbanisation“.

Als der Club of Rome nach seinen ersten Flop-Versuchen, unsere Demokratie „zu transformieren“, scheiterte, weil die hierzu ausgerufenen „Notstände“ vom „Ozonloch“, vom „Waldsterben“, von der „Nuklearenergie“, von der „Artenvielfalt“ und vom „Genderismus“ restlos scheiterten, gelang eine Umstimmung in

der Bevölkerung auch nicht mit der Behauptung, der Anstieg des CO₂ in der Luft von 0,038% auf 0,039% würde die Erde verglühen lassen. Dem „Klimawandel-CO₂-Narrativ“ gab dann die psychisch kranke und oft unbeherrscht schreiende minderjährige Greta Thunberg den Rest, auch wenn sich ihre deutschen Mentoren Felix und Frithjof Finkbeiner (Club of Rome) intensiv bemühten, das total ins Negative abgerutschte Image dieser mittlerweile als völlig uncool erlebten Greta wieder aufzubessern.

Und genau in diese Negativstimmung gegen Gretas „Klimawandel-Argumente“ bezüglich der transformativen, links-grünen Systemveränderung hinein veranstaltete die Bill&Melinda Gates-Stiftung zusammen mit der Johns-Hopkins-Universität und zusammen mit dem von Gates bezahlten „World Economic Forum“ am 18. Oktober 2019 ein strategisch-politisches Planspiel zur Austestung der „Belastbarkeit“ unserer demokratischen Systeme – weltweit.

Das Treffen hochrangiger Strategen und „Spezialisten“ aus Politik, Wirtschaft und aus dem Gesundheitswesen (u.a. WHO) nannte sich: „**EVENT 201**“.

Es ging um folgende von Bill Gates so vorformulierte Frage: **Was wäre, wenn ein CORONA-Virus in Kürze eine Pandemie auslösen wird:**

* Wie reagiert dann die Politik auf nationaler und internationaler Ebene auf die Pandemie?

* Wie reagiert die Wirtschaft?

* Was machen die einzelnen Nationalstaaten? Europa? USA? China?

* Kann diese Katastrophe die einzelnen Staaten (außer dem „**heute bereits vorbildlichen China**“ natürlich) zu einem Systemwandel hin zu autoritären Regierungsformen bewegen?

Man nahm als auslösendes Virus im Planspiel am 18. Oktober 2019 die Corona-Viren, die nur als meist völlig harmlose Viren bekannt waren, die von Tier zu Tier springen, den Menschen aber bisher keine größeren Schäden zugefügt haben.

Warum nahm man für dieses strategisch-politische Planspiel EVENT 201 nicht Influenza A-Viren? Masern-Viren? Ebola-Viren? **Im Oktober 2019** waren diese Viren doch in aller Munde – hochaktuell!

Acht Wochen nach dem „Event 201“, also zwei Monate später (Anfang Dezember 2019) brach dann doch tatsächlich die Corona-Virus-Epidemie in Wuhan/Hubei/China aus!

Textseite des EVENT 201: <http://www.centerforhealthsecurity.org/event201/>

Hier der LINK des „von Bill-Gates-gesponserten Center for Health Security“ – zu den Original-Videos des „Event 201“ (insgesamt sechs Videos auf dieser Seite):

<http://www.centerforhealthsecurity.org/event201/videos.html>

Die Videos

Bill Gates ließ die Virus-Pandemie im Planspiel am **18. Oktober 2019** in Südamerika ausbrechen, obwohl **Bill Gates in Wuhan/China** ein virologisches Labor sein eigen nennt. Seine Privat-Firma – 2018 gegründet – heißt:

WuXi PharmaTech Inc. 666 Gaoxin Road East Lake High-tech Development Zone Wuhan 430075, China. Die Daten der Firma inkl. der Adresse stehen übrigens ordnungsgemäß im Firmenregister der Provinz Hubei.

<https://www.wuxiapptec.com/about/location>

Nochmal: Masern- oder Ebola-Viren als „Modell-Viren für das Planspiel“ zu nehmen, das wäre **aktuell** am 18. Oktober 2019 **viel naheliegender** gewesen im Falle **einer in Kürze drohenden Pandemie**. So sagten es jedenfalls selbst die meisten deutschen Virologen ... auch angesichts der aktuellen Masern-Impf-Pflicht-Gesetze weltweit.

Aber: Es waren in diesem sog. „global pandemic exercise“, im „Planspiel“ des Bill Gates am 18. Oktober 2019, merkwürdigerweise CORONA-VIREN(!) und keine Masernviren(!), an denen von den Event-Teilnehmern „geübt“ wurde.

Diese „**global pandemic exercise**“ war eine Art „**Manöver**“ am Fall eines **fiktiven Corona-Virus**, das sich „im Modellversuch“ rund um die Welt ausbreitet. An diesem Treffen nahmen teil: Repräsentanten der größten Banken weltweit, Vertreter des chinesischen Gesundheitswesens und Vertreter der USA-Gesundheitsbehörden, Regierungschefs (welche?), dann: die Chefs weltweit operierender Unternehmen – Vertreter aus Deutschland: Martin Knuchel/Lufthansa Airlines – und Vertreter der WHO!

Diese Corona-Viren vom Typ 2019-nCoV-2 (auch COVID-19-Virus oder WUHAN-Virus (in USA genannt) waren am 18. Oktober noch NICHT bekannt und traten erstmals Anfang Dezember 2019 in der Stadt Wuhan in der Provinz Hubei in China auf.

In Wuhan befindet sich auch das von Bill Gates finanzierte „Virologische Privatlabor“ neben dem staatlich-chinesischen Wuhan-Labor.

Es wird gemunkelt, auch George Soros habe Gelder in dieses Wuhan-Labor investiert.

<https://threadreaderapp.com/thread/1221581746027675648.html>

Die zentralen Fragen lauten:

* Warum verwendet Bill Gates in seinem „exercise“, seinem Virus-Pandemie-Planspiel Event 201 am **18. Oktober 2019**, acht Wochen **vor** dem ersten Auftreten dieser Viren in Wuhan, ausgerechnet das Corona-Virus als „Musterbeispiel“?

* Wieso bricht dann Anfang Dezember 2019 – **nur acht Wochen nach „Event 201“** – genau diese Corona-Virus-Erkrankung in der Stadt **Wuhan** aus, in der Bill Gates ein privates Virus-Labor betreibt und besitzt?

* Wieso sind die von den „Planspiel-Beteiligten“ beim Event 201 ausgearbeiteten „politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen“ und deren „Auswirkungen“ auf uns **fast deckungsgleich** zum heute existierenden realen Pandemie-Verlauf mit all den beschlossenen Notstandsgesetzen?

* Warum müssen alle weltweit erhobenen Daten zusammenlaufen im (u.a.) von Bill Gates finanzierten **Johns-Hopkins-Center in Baltimore**? Wer hat das so entschieden?

Da eine Anreicherung der 2019-nCoV-2-Viren (COVID-19-Viren) technisch sehr schwierig ist – übrigens auch eine artifiziiell herbeigeführte Infektiosität vom „Tier“ auf den „Menschen“ – stellt sich die Frage, ob es möglicherweise relativ leicht zu bewerkstelligen sein könnte, diese Viren in hoher Zahl **synthetisch – ohne mühselige natürliche Anreicherung** – herstellen zu können?

Diese Frage kann man mittlerweile relativ leicht beantworten:

Ja, es ist innerhalb von acht Tagen im Berner Virologie-Institut der Schweiz – in Mittelhäusern im Kanton Bern – möglich gewesen, diese 2019-nCoV-2 Viren synthetisch herzustellen, so sagte es der dortige Chef-Virologe Prof. Volker Thiel: Ich denke, die hochspezialisierten Virologen des Bill-Gates/Soros-Virus-Labors in Wuhan konnten das ebenfalls.

https://science.apa.at/rubrik/medizin_und_biotech/Coronavirus_wird_auch_in_Berner_Hochsicherheitslabor_erforscht/SCI_20200303_SCI39371351253516548

Am „World Economic Forum“ und dessen „Exercise-Planspiel“ (dem „Event 201-a global pandemic EXERCISE“ – so der offizielle Titel) nahmen etwa 25 hochkarätige Persönlichkeiten aus der ganzen Welt teil:

Hier die Teilnehmerliste:

Tom Inglesby (Moderator) – Direktor des „Johns Hopkins Center for Health Security of the Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health“.

Adrian Thomas (Johnson & Johnson) – Vice President for J&J Global Public Health.

Jane Halton – seit 2016 im Vorstand der ANZ Bankgroup – ehemalige Leiterin des australischen Gesundheitsministeriums.

Sofia Borges – UN-FOUNDATION, Senior Vice-President and Head of the New York Office.

Christopher Elias (einer der Wortführer) – Bill & Melinda Gates Foundation, President of the foundation’s Global Development Program, früherer President and CEO of the „Program for Appropriate Technology in Health“, auch bekannt als **PATH-Family Planning 2020 (FP2020)**, Co-Vorsitzender of the reference group.

Martin Knuchel – Lufthansa Airlines, Senior Director and Head of Crisis, Emergency & Business Continuity Management for Lufthansa Group Airlines. Er ist

verantwortlich für „strategic development of crisis and emergency procedures“, „emergency field organization“ and „care organization procedures“ für die Luft-hansa group.

Eduardo Martínez – President of the UPS Foundation. Seit 1976 Seniorpositionen in „Corporate Accounting and Finance, Risk Mgmt and Acquisitions“; UPS corporate counsel, Director „Philanthropy and Corporate Relations of the UPS Foundation“, UPS-Repräsentant, Logistics Emergency Team, World Economic Forum, uvm.

Avril Haines – 2010 bis 2013: juristische Beraterin von US-Präsident Barack Obama im Weißen Haus. 2013-2015: stellvertretende Direktorin der Central Intelligence Agency/CIA – former Deputy National Security Advisor to the President.

George Gao – China, CDC (General-Director Chinese Center for Disease Control and Prevention; Professor im Institute of Microbiology, Chinese Academy of Sciences; President of the Chinese Society of Biotechnology; and President of the Asian Federation of Biotechnology (AFOB).

Brad (Bradford) Connett – President and Generalverantwortlicher für die Henry Schein Medical Group (\$2.5 Billion in Sales).

Chen Huang – GNN Anchor – China.

Stephen Redd – US-CDC, US-Physiker, Director of the CDC’s Influenza Coordination Unit, Unfallbeauftragter für die 2009-2010 H1N1 Pandemic-Influenza.

Tim Evans – Senior Director of Health, Nutrition and Population at the World Bank Group. Stellv. Gaeneral-Director der World Health Organization (WHO). Director of the Health Equity Theme at the Rockefeller Foundation.

Matthew Harrington – Welt-President of Edelman & COO, Spezialist in “corporate positioning and reputation management“, Zusammenarbeit mit einigen der Welt größten und komplexesten Organisationen. Und er ist erfahren in Krisen-Kommunikation, merger and acquisition etc.

Latoya Abbott – Senior Director of Global Occupational Health Services for Marriott International.

Zusammenfassung:

Am 18. Oktober 2019 fand im Johns-Hopkins-Center for Health Security ein Treffen im Rahmen des von der Bill&Melinda-Gates-Foundation-Rockefeller Foundation finanzierten „**World Economic Forum**“ statt, bei dem in einem strategischen Planspiel das Katastrophen-Szenario einer weltweiten Corona-Virus-Pandemie „durchgespielt“ wurde einschließlich der Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, auf die Gesundheit der Weltbevölkerung und die Reduzierung der Anzahl an Menschen, die auf dieser Erde leben. Es wurden auch die politischen Folgen beleuchtet, wobei man hier zu **folgenden Ergebnissen** kam:

Bei einer solchen weltweiten Corona-Virus-Pandemie werden – nach Hochrechnungen – binnen 18 Monaten 65 Millionen Menschen (Zahl wurde von Bill Gates nach unten korrigiert – s.o.) an der todbringenden Lungenentzündung (SARS-severe acute respiratory syndrome) sterben. **„Die Virus-Pandemie wird über Jahre (a decade!) nicht in den Griff zu bekommen sein“, sagte Bill Gates.**

Es wird u.a. durch extrem hohe neue Staatsverschuldungen zu einer nie da gewesenen Weltwirtschaftskrise kommen, bei denen unsere bisherigen Wirtschaftssysteme total zusammenbrechen werden oder können, einschließlich aller multinationalen und nationalen wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Börsenkurse werden massiv nach unten fallen.

Innenpolitisch – in den einzelnen Ländern – wird es zu einer Isolation der Bürger zu Hause kommen (Anm.: **nennt sich bei uns: Ausgangssperre/Kontakt-sperre**), einer „Quarantäne“, die **mehrere Jahre** andauern kann. Die direkte zwischenmenschliche Kommunikation wird zum Erliegen kommen – alles nach Meinung von Bill Gates und seinem „Intimus“ Christopher Elias (s.o.)

Ob es eine effektive Impfung gegen Corona-Viren geben wird, „ist noch nicht vorherzusehen“. Das Gleiche gilt für eine rasche und erfolgreiche, zu 100% sichere Therapie dieser Erkrankung“.

Die **Versorgung der Bevölkerung** mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Lebens einschließlich einer ausreichenden Energieversorgung **wird über kurz oder lang möglicherweise völlig zusammenbrechen.**

Das Bildungswesen mit Schulen, Universitäten, Lehranstalten – aber auch das System der KITAs und Kindergärten – wird **total lahmgelegt werden** für viele Jahre.

Das gilt auch für **das Gesundheitswesen**, das durch die Katastrophe zum Erliegen kommen wird. Kurz: **Es droht dann ein Horrorszenario sondergleichen.**

Wir alle sind gefordert, uns gegen drohende Überreaktionen seitens der Gesetzgeber zu wehren. Der FDP-Vorsitzende **Christian Lindner** warnte die Regierung, die beschlossenen Sondergesetze zeitlich über die Maßen zu verabschieden und diese zeitlich nicht streng zu begrenzen und die Notwendigkeit der erlassenen Gesetze nicht ständig zu überprüfen. Auch der Abbau der föderalen Ebenen bei ihrer gesetzgeberischen Zuständigkeit dürfe keine „Entscheidung für alle Zeiten“ sein, da der Föderalismus in der Bundesrepublik den Erhalt der repräsentativen Demokratie und des Grundgesetzes zusammen mit anderen Schutzmaßnahmen garantieren würde.

Denn: Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!

Habt Vertrauen und Zuversicht! Eine Liebeserklärung an Nachbarn und Freunde

2. April 2020

Ich werde überflutet mit Geschichten, Erfahrungen, Leid und persönlichen Rückschlägen, die viele meiner Leser erleben. (Und ich selbst bin auch nicht verschont.) Viele, die mir (ganz lieb) schreiben, suchen Trost, Worte der Anerkennung, aufbauende Worte. Unflätig ist bei mir bisher noch niemand geworden. (Das ist eine außerordentlich schöne Erfahrung in dieser schweren Zeit!)

Aber offen gestanden, was soll ich diesen lieben Menschen schreiben? Ich bin selten ratlos, schon gar nicht sprachlos. Aber die Situation, die wir alle jetzt erleben, verlangt unmenschliche Kraft, wenn man versuchen will, auch andere mit HOCHZUREISSEN. Denn darauf kommt es an. Am Boden liegenbleiben ist keine Lösung.

Aber es gibt auch positive Stimmen, Stimmen, die Mut machen – selbst aus einer inneren Verzweiflung heraus. Hier ist ein solches Beispiel:

„Ihr Lieben, auf diesem Weg möchte ich Euch allen Kraft, Hoffnung und ganz viel Gesundheit wünschen. Ich denke, jeder für sich macht jetzt eine schlimme Zeit durch. Wir kämpfen wohl ganz unterschiedlich mit dem Alleinsein, mit der Angst, sich anzustecken, aber auch mit den Sorgen, wie geht es weiter mit uns allen. Leider ist jedem von uns in gewisser Weise das Ruder aus der Hand genommen worden, und ich für meinen Teil finde auch gerade keinen Weg, wie man in dieser Situation etwas steuern könnte: Trotzdem kämpfe ich, wie wir wohl alle, mit der ganzen Misere fertig zu werden und zuversichtlich auf ein Ende zu hoffen. So wünsche ich Euch von ganzem Herzen, laßt den Kopf nicht hängen, bleibt gesund und achtet auf Euch. Alles Liebe. Michael Dunkel“

Unglaubliche Hilfsbereitschaft

Nein, nur bei oberflächlicher Betrachtung könnte der Eindruck entstehen, Deutschland sei verzweifelt, und jeder zöge sich in sein schützendes Schneckenhaus zurück.

Das mag im Einzelnen so sein, und ich verhehle nicht, zuweilen pauschaliter über die „unfreundlichen Deutschen“ geschimpft zu haben. Als Mensch, der das Glück hatte, jahrzehntelang durch die ganze Welt gereist zu sein, glaubte ich, mir ein Urteil leisten zu können, bei dem vor allem südliche Länder wegen ihres Frohsinns und ihrer Gastfreundlichkeit stets besonders gut wegekamen.

Ich tröstete mich mit den vorbildlichen deutschen Tugenden – Fleiß, Zuverlässigkeit usw. – aber mir fehlte immer der Charme mancher Völker anderer Länder. Es gibt ihn aber:

In dieser schwierigen Zeit zeigt sich mehr und mehr eine Welle der Hilfsbereitschaft im Großen und besonders im Kleinen. Ich bin gerührt über die vielen

Hilfsangebote, die ich für mein Alltagsleben erhalte. Unglaublich, was ich nicht nur bei mir, sondern auch bei vielen anderen erlebe.

Viele wissen, daß meine Krebs-erfahrene Frau (Lymphom) besonders Corona-gefährdet ist und ich selbst nicht nur zur gefährdeten Altersgruppe, sondern mit meiner Herzkrankheit ebenso zur Hochrisikogruppe gehöre. Seit die Corona-Pandemie nicht mehr ignoriert werden konnte, häufen sich bei uns die Hilfsangebote – oft von Menschen, die ich überhaupt nicht kenne, aber zu meinen Lesern zähle. Die typische Frage ist: „Kann ich etwas für Sie tun?“

Und hinzu kommt die nächste Überraschung: Alle meine Nachbarn, mit denen wir hier in gutem Einvernehmen zusammenleben, fragen, ob sie für uns einkaufen gehen können, ob sie mich zum Arzt fahren sollen usw. Sie bringen frisches Obst, selbstgebackenes Brot, Kuchen oder eine Flasche Wein vorbei. Es sind Menschen darunter, zu denen wir nur losen Kontakt halten. Und sie alle helfen.

Eine besonders schöne Erfahrung:

Einer meiner langjährigsten Freunde, K.D., lebt seit vielen Jahrzehnten überwiegend in den USA. Er schrieb mir in der letzten Woche aus den Staaten u.a.:

„...Mein Sohn wohnt nicht weit von Dir (rund 25 km). Ich habe ihn gebeten, sich ein wenig um Dich zu kümmern. Er könnte doch für Dich die Einkäufe erledigen und sie an Deiner Haustür hinterlegen (um unnötigen Kontakt zu vermeiden)....“

Ein Mensch im fernen Amerika denkt an mich und will helfen! Liebe Leser, das rührt mich, das bewegt mich, das ist wie ein Gottesgeschenk.

Ich höre solche Erfahrungen auch von vielen Freunden. Es ist, als ob in großen Teilen unserer Gesellschaft neue Familien entstanden seien – mit Menschen, die keine Bedingungen stellen, die einfach nur helfen wollen. Das ist eine Solidarität, die nicht verordnet oder befohlen werden kann. Einfach großartig!

Die unübertreffliche Vera Lengsfeld hat einen besonderen Aspekt dieses Verhaltens herausgestellt und in ihrem neuen Artikel treffend beschrieben:

„...Mehrere Studien scheinen das zu bestätigen, zuletzt vom amerikanischen Wissenschaftler David Newmann von der „University of Southern California“ in Los Angeles. In einer groß angelegten Studie wertete Newmann die Ergebnisse von Befragungen in 16 verschiedenen Ländern über vier Jahrzehnte aus.

Das Ergebnis: Konservative Menschen erreichen im Schnitt eine höhere Lebenszufriedenheit als Linke.

Diese ist jedoch nur teilweise ihrer vergleichsweise häufigeren Religiosität geschuldet. So erwächst das Wohlbefinden von Konservativen aus ihrer stärkeren Einbettung in die Familie und ihrem sozialen Umfeld beziehungsweise dem Zuwachs an sozialem Status, den ihre Verankerung in der Gemeinde, in der Nachbarschaft und im regionalen Vereinswesen bietet.

Konservative versuchen, ihre inneren Überzeugungen äußerlich mit ihrem Leben in Einklang zu bringen. Die so gewonnene Stabilität und Stimmigkeit läßt sie gelassener auf die Unabänderlichkeiten des Lebens und von Naturerscheinungen reagieren...“

(Quelle: freiewelt.net)

Liebe Leser,

bitte verzeihen Sie mir diesen Anflug von Sentimentalität. Aber angesichts der vielen auch positiven Meldungen ist's mir warm ums Herz. Und ich lade Sie ein, sich ein wenig von dieser Stimmung mitnehmen und trösten zu lassen.

Dem einen mag der liebe Gott Kraft und Zuversicht geben, dem anderen vielleicht der schiere Überlebenswille. Aber uns alle sollte eine Grundhaltung einen: Man darf hinfallen! Man muß nur wieder aufstehen können!

Und ich füge für mich hinzu: Mit Gottes Hilfe.

Euch allen, Ihr lieben treuen Seelen, wünsche ich: Bleibt gesund, behaltet Vertrauen – zumindest in Euch selbst!

Herzlich grüßt

Peter Helmes

P.S.: Ein Volk, dem so viel menschliche Wärme innewohnt, kann nicht schlecht sein. Es lohnt sich, wieder Mut zu fassen und stolz auf unser Vaterland zu sein!

Dortmund: Festi Ramazan abgesagt – Vorwurf eines „Fakes“ zurückgewiesen

7. April 2020

Offensichtlich haben die bundesweiten Proteste gegen die Abhaltung einer Massenveranstaltung zum Ramadan Früchte getragen. Nach etlichem Hin und Her ist das Fest jetzt definitiv abgesagt.

Lange war die Lage unklar, so daß es in den Medien – auch hier – zu Irritationen kommen mußte. Im Nachhinein melden sich nun – aus klar zu definierbarer politischer Richtung – Stimmen, die Dr. David Berger und mir die „Verbreitung von Fake-News“ vorwerfen.

Diese Vorwürfe weise ich mit Entschiedenheit zurück!

„Fake News“ sind gefälschte Nachrichten. Philosophia Perennis und ich haben aber keine Nachrichten „gefälscht“. Die Wahrheit ist einfach zu erklären: Bis Montag und Dienstag dieser Woche war die Lage unklar – siehe auch die untenstehende Meldung des WDR. Meldungen über „Durchführung ja“ und Ab-

sage hielten sich fast die Waage. Wir haben also nichts anderes gemacht, als diese Lage zu schildern.

Erst am späten Dienstag wurde offiziell, daß die Veranstaltung abgesagt ist. David Berger hat dies sofort gemeldet, ich einige Stunden später, da ich nicht im Büro war.

Von „Fake“ kann also keine Rede sein!

Wer dies uns dennoch vorwirft, ist unseriös und betreibt ein schmutziges Geschäft.

Hier die Meldung des WDR:

Das muslimische „Festi Ramazan“ findet 2020 in Dortmund definitiv nicht statt.

Wegen der Corona-Pandemie kann es nicht wie geplant Anfang Mai in den Westfalenhallen stattfinden. Die Entscheidung stehe bereits seit vergangener Woche fest. Das hat der Veranstalter am Dienstag (07.04.2020) bestätigt, nachdem die Stadt Dortmund das Aus per Tweet am Montagnachmittag (06.04.2020) mitgeteilt hatte. Es war die Antwort auf diverse Fake-News in sozialen Medien.

Eigentlich war geplant, das Fest Anfang Mai zum Fastenmonat nicht mehr unter freiem Himmel, sondern in den Westfalenhallen 7 und 8 zu feiern.

Bis Dienstag keine Information auf der Internetseite des Veranstalters

Für Irritationen hatte unter anderem gesorgt, daß der Veranstalter erst am Dienstag auf der Internetseite des Festi Ramazan die Absage bekannt gegeben hat. Laut Veranstalter gebe es dafür aber eine Erklärung. Der Homepageadministrator habe die letzten Wochen im Ausland in Quarantäne verbracht.

Quelle: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/festi-ramazan-in-westfalenhallen-100.html>

Zahlen-Chaos: Robert-Koch-Institut schätzt plötzlich viel mehr Genesene

9. April 2020

Das Robert-Koch-Institut gerät immer mehr in die Kritik

Die von der Kanzlerin abhängigen Berater und Zahlen-Jongleure haben mit ihren täglichen Statistiken bereits jetzt schon sehr viel Schaden angerichtet, einfach, weil ihre Daten irrelevant sind und überhaupt nichts über das wahre Ausmaß dieser Corona-Krise aussagen.

Jetzt rudern sie schon wieder zurück:

Das RKI hat nun plötzlich seinen Algorithmus zur Abschätzung der Genesenen verändert und schätzt die Zahl deutlich höher ein. Nach Angaben vom Mittwoch geht das Institut von 46.263 Menschen aus, die nach einer nachgewiesenen Infektion mit dem Coronavirus bereits wieder gesund sind – mit Stand 8. April, 0 Uhr. Am Dienstag war die Zahl noch auf ca. 33.300 geschätzt worden.

Die dts Nachrichtenagentur hatte die Zahl der Genesenen hingegen mit Stand Dienstagabend, 20 Uhr, bereits auf 43.757 hochgerechnet – basierend unter anderem auf den Angaben aus den 401 Städten und Landkreisen, der durchschnittlichen Krankheitsdauer und den Todesfällen. Damit verdeutlicht sich, daß die Zahl der aktiven Infektionen in Deutschland mindestens stagniert.

Bis Mittwochabend, 20 Uhr, waren zwar 112.889 Personen in Deutschland positiv auf das Coronavirus getestet, 5,4 Prozent mehr als am Vortag:

Aber auch die Zahl der Genesenen schnellte nach oben, nach dts-Hochrechnung auf nunmehr 54.067, wobei die neue RKI-Schätzung allerdings auch einen Einfluß hat und die Angabe nach oben treibt.

Die Zahl der akut an Covid-19 Erkrankten liegt damit nur noch bei 56.584 – rund 8 Prozent unter der Schätzung vom Dienstag. Gleichzeitig war der 8. April aber auch der bislang tödlichste Corona-Tag in Deutschland: 278 Menschen starben innerhalb von 24 Stunden mit einer Coronavirus-Infektion, mehr als je zuvor. Die Gesamtzahl der Toten stieg damit hierzulande binnen eines Tages um 14 Prozent auf 2.243.

Wobei natürlich immer noch nicht klar ist, wie viele Menschen durch oder mit dem Virus sterben.

Quelle: dts – <https://www.journalistenwatch.com/2020/04/09/zahlen-chaos-rki/>

Nein zu Zwangsimpfungen + Sonst droht nach Covid-19 noch die permanente Überwachung durch ID 2020!

Von Freddy Kühne *)

13. April 2020

Alles nur Sciencefiction? Oder doch schon Realität? + Was ist die Agenda ID2020?

Bürgerrechte und Freiheit in Gefahr

Es hört sich an wie im Science-Fiction Thriller V for Vendetta: In diesem Thriller von Anfang 2000 wird durch einflußreiche Mächtige in der Bevölkerung ein Vi-

rus verbreitet, um im Anschluß durch Zwangsimpfungen den Menschen einen Überwachungschip unter die Haut zu spritzen.

Das ist jetzt aber ein bißchen dick aufgetragen und hört sich nach Verschwörungstheorie an, meinen Sie? Ja, stimmt – es hört sich so an. Aber es steckt mehr dahinter...

Obwohl ich persönlich stets ein Befürworter der Nutzung von neuen Technologien bin, bin ich dennoch nicht so naiv anzunehmen, daß neue Technologien nicht auch von Menschen dazu mißbraucht werden können, andere Menschen zu überwachen. Denken Sie nur daran, welch großer technologischer, personeller und finanzieller Aufwand in der DDR getrieben wurde, um die Menschen zu überwachen. Dasselbe geschieht heute wieder in China – und stets mit modernster Technologie.

Die Technologie an sich muß nicht per se schlecht sein. Denken wir beispielsweise an Messer: Sie sind nützliche Werkzeuge. Und sie werden täglich sinnvoll benutzt. Dennoch kann man mit ihnen auch Schlechtes im Sinn führen.

Nun eignen sich Messer jedoch nicht für eine kleine Gruppe von Mächtigen, um Milliarden von Menschen zu kontrollieren und zu überwachen.

Dazu eignen sich aber andere Technologien. Vor allem eignet sich dazu moderne Funk- und Speichertechnologie, wie die moderne neue 5G – Technik.

Bei der 5G Technologie wird quasi an jeden Laternenmast in unseren städtischen Straßen ein Sende- und Empfangsgerät montiert. Mal ganz abgesehen von der gesundheitlichen Strahlungsbelastung, die da auf uns Menschen zukommen wird: Im Verbund mit der 5G-Technologie könnten Menschen sekundengenau überwacht werden, jeder Schritt könnte überwacht werden. Nun: Mobilfunkgeräte kann man ausschalten oder auch liegenlassen. Man muß diese nicht mit sich führen.

Und was genau müßten nun Machteliten wie diese des Science-Fiction Thriller „V für Vendetta“ tun, um dennoch ihr politisch-psychologisch-wirtschaftliches System der Menschheitskontrolle durchführen zu können?

Richtig: Sie erfinden einen – durchaus echten – Virus, der Menschenleben bedroht und dahinrafft. Durch Panikmache in den Medien, durch Ausgangssperren oder -beschränkungen werden die Menschen dahin gebracht, sich selbst einer Massenimpfung zu unterwerfen. Und dies alles in der Hoffnung, ihre durch das Virus verlorene Freiheit wiederzuerlangen...

Doch die Menschen wurden betrogen, irreführt und verführt. Sie glaubten der Illusion der Mächtigen und ließen sich impfen. Doch damit gewannen sie ihre Freiheit nicht zurück, sondern sie verloren ihre Freiheit für immer.

Denn mit dem neuen Impfstoff, den man ihnen mit guten Versprechen der Rückerlangung all ihrer Freiheiten zwangsweise injizierte, wurde ihnen zugleich ein Überwachungschip unter die Haut eingespritzt.

Ist das alles nur Fantasie, Verschwörungstheorie und Science-Fiction?

Eine berechnete Frage, die ich mir auch stelle! Doch gibt es wirklich so viele Zufälle auf einmal?

In dem Artikel „Eine Provokation: Coronavirus – absichtlich von Menschenhand verursacht?“ stellt uns Peter Helmes unter anderem dar, daß bereits am 18. Oktober 2019 im John-Hopkins-Center for Health-Security unter dem Dach des World Economic Forums (WEF) ein Planspiel mit dem Titel „Event 201“ stattfand, in welchem die weltweite pandemieartige Ausbreitung eines Corona-Virus simuliert wurde. In dieser Simulation ging man von 65 Millionen Toten binnen 18 Monaten aus und man erörterte die Fragen, welche Auswirkungen das auf die Demokratie haben könnte.

Tatsächlich verbreitet sich dann nur einige Wochen später wirklich ein solches Virus, auch noch eines der Corona-Viren, von China aus in die ganze Welt.

Und – kaum zu glauben – die Demokratien erteilen Ausgangsbeschränkungen aller Art, schränken die Grundrechte aller Art ein und wollten teilweise sogar das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit auf unbegrenzte Zeit aussetzen, um dann die Bevölkerungen mit eventuellen Zwangsimpfungen angeblich zu immunisieren.

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen jedenfalls hatte genau dies in ihrem ersten Notfall-Gesetzentwurf so vorgesehen: Die unbefristete Aussetzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

Nun – dies könnte ja reiner Zufall gewesen sein. Und zum Glück gibt es ja noch die Opposition, die hier wachsam mahnend dagegen argumentiert. Ob sie mit ihren guten Argumenten jedoch auch politisch – also legislativ – etwas bewegen kann ?

Das ist in Zeiten der Krise für die Opposition durchaus schwierig bis unmöglich, da die vor dem Virus in Angststarre und Panik versetzten Menschen nun ihre Sicherheit und Zuflucht bei den Mächtigen suchen: Von diesen erwarten die Menschen, daß sie sich um ihren Schutz und ihre Sicherheit kümmern.

Ist die Massenimpfung die Rettung vor dem Virus? Wirklich?

Und genau durch dieses Panik-Szenario könnte die – de facto politisch erzwungene und trotzdem von vielen Menschen ersehnte – Massenimpfung die vermeintliche „Rettung vor dem Virus“ und damit die „Rettung der Freiheit und Normalität“ sein.

Wirklich ?

Neuesten Berichten zufolge sollen sich BigPharma und Microsoft-Gründer Bill Gates und andere zu einer Agenda ID 2020 zusammengeschlossen haben. Big-Pharma geht diese Kooperation vielleicht mit der – mehr oder weniger – verständlichen Absicht ein, die biometrischen Daten des menschlichen Körpers

zu überwachen. Aber durch eine so entstehende globale Identifizierungsmatrix können die Menschen dann auch weltweit überwacht werden – anfänglich vor allen Dingen in den hochindustrialisierten und hochentwickelten Ländern.

Natürlich wird man uns und ihnen dies so niemals verkaufen. Niemand wird eine Überwachung der Menschheit durch unter die Haut gespritzte Mikrochips zugeben wollen. Alles wird stets nur zu unserem Besten dienen. Natürlich...

Was ist die Agenda ID2020 ?

Dazu zitieren wir wie folgt auszugsweise aus dem Artikel „Die Coronavirus COVID-19-Pandemie: Die wahre Gefahr ist der Plan der Elite „Agenda ID2020,, aus dem Blog Friedliche-Loesungen. Org Zitat:

„Was ist die berüchtigte ID2020? Es ist eine Allianz öffentlich-privater Partner, einschließlich UN-Organisationen und der Zivilgesellschaft. Es handelt sich um ein elektronisches ID-Programm, das die allgemeine Impfung als Plattform für die digitale Identität verwendet.

Je mehr über die Ursachen des Coronavirus geschrieben wird, desto mehr werden die schriftlichen Analysen von Propaganda und einem angstmachenden Hype überschattet. Fragen nach der Wahrheit und Argumente, wo nach den Ursprüngen gesucht werden kann, und wie sich das Virus verbreitet haben könnte, und wie man es bekämpfen kann, gehen im Lärm des mutwilligen Chaos verloren.

Aber ist es nicht das, was die „Schattenmänner“ hinter dieser beabsichtigten Pandemie wollen – Chaos, Panik, Hoffnungslosigkeit, die zu menschlicher Verwundbarkeit führt – ein Volk, das zu einer leichten Beute für Manipulationen wird?

Jetzt hat die WHO das Coronavirus COVID-19 zur „Pandemie“ erklärt – obwohl es nicht die geringste Spur einer Pandemie gibt. Eine Pandemie kann der Zustand sein, wenn die Todesrate bis zur Infektionsrate mehr als 12% erreicht. In Europa liegt die Sterblichkeitsrate bei etwa 0,4% oder weniger. Mit Ausnahme von Italien, einem Sonderfall, bei dem die höchste Sterblichkeitsrate 6% betrug.

China, wo die Sterblichkeitsrate vor wenigen Wochen mit etwa 3% ihren Höhepunkt erreichte, liegt wieder bei 0,7% – und geht rapide zurück, während China die volle Kontrolle über die Krankheit übernimmt – und das mit Hilfe eines nicht gewöhnlichen Medikaments.

Das vor 39 Jahren von Kuba entwickelte Produkt „Interferon Alpha 2B (IFNrec)“ ist sehr wirksam bei der Bekämpfung von Viren und anderen Krankheiten. Es ist jedoch weltweit nicht bekannt und wird nicht eingesetzt, da die USA unter dem illegalen Embargo Kubas die Medikamente nicht zulassen und international vermarktet werden.

Die WHO hat höchstwahrscheinlich Befehle von „oben“ erhalten, von jenen Menschen, die auch Trump und die „Führer“ (sic) der Europäischen Union und

ihrer Mitgliedsländer verwalten, von denen, die die Welt mit Gewalt kontrollieren wollen – die Neue Weltordnung. Dies ist seit Jahren auf dem Reißbrett so (Neue Weltordnung in den Startschuhen).

Die endgültige Entscheidung, jetzt fortzufahren, wurde im Januar 2020 auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos getroffen – natürlich hinter verschlossenen Türen. Die Gates, GAVI (ein Verband von impfstofffördernden Arzneimitteln), Rockefellers, Rothschilds, etc., sie alle stehen hinter dieser Entscheidung – der Umsetzung der Agenda ID2020 – siehe unten.

Eine andere Hypothese, zu diesem Zeitpunkt nur eine Hypothese, aber eine realistische, ist, daß zusammen mit der Impfung – wenn nicht mit dieser, dann möglicherweise mit einer späteren – ein Nano-Chip injiziert werden kann, der den zu impfenden Personen unbekannt ist. Der Chip kann mit all Ihren persönlichen Daten, einschließlich Bankkonten – digitalem Geld – aus der Ferne belastet werden. Ja, digitales Geld ist das, was „sie“ anstreben.

Sie haben also wirklich keine Kontrolle mehr über Ihre Gesundheit und andere vertrauliche Daten, sondern auch über Ihre Einnahmen und Ausgaben. Ihr Geld könnte blockiert oder weggenommen werden – als „Sanktion“ für Fehlverhalten, wenn Sie gegen den Strom schwimmen. Sie können ein bloßer Sklave der Meister werden. Der Feudalismus mag vergleichsweise wie ein Spaziergang im Park erscheinen.

Nicht umsonst sagte Dr. Tedros, Generaldirektor der WHO, vor einigen Tagen, wir müssen uns dem digitalen Geld zuwenden, da physisches Papier- und Münzgeld Krankheiten, insbesondere endemische Krankheiten wie das Coronavirus, verbreiten kann.

Ein Vorläufer für die kommenden Dinge? Oder für Dinge, die schon hier sind? In vielen skandinavischen Ländern ist Bargeld weitgehend verboten, und selbst ein Schokoladenriegel kann nur elektronisch bezahlt werden.

Wir bewegen uns in Richtung eines totalitären Staates der Welt. Dies ist Teil der Agenda ID2020 – und diese Schritte müssen jetzt umgesetzt werden –, die seit langem vorbereitet wurden, einschließlich der Coronavirus-Computersimulation bei Johns Hopkins in Baltimore am 18. Oktober 2019, die vom WEF (World Economic Forum) und der Bill and Melinda Gates Foundation gesponsert wurde.

Bill Gates, einer der wichtigsten Befürworter von Impfungen für alle, insbesondere in Afrika, ist auch ein großer Befürworter der Bevölkerungsreduzierung. Bevölkerungsreduzierung gehört zu den Zielen der Elite innerhalb des WEF, der Rockefellers, Rothschilds, Morgens – und einiger mehr. Das Ziel: Weniger Menschen (eine kleine Elite) können mit den reduzierten und begrenzten Ressourcen, die Mutter Erde großzügig anbietet, länger und besser leben.

Zwei Wochen nach der Computersimulation im Johns Hopkins Medical Center in Baltimore, Maryland, die 65 Millionen Todesfälle (!) „produzierte“ (auch

bekannt als simuliert), trat das COVID-19-Virus erstmals in Wuhan auf. Inzwischen ist es fast sicher, daß das Virus von außen nach Wuhan gebracht wurde, höchstwahrscheinlich aus einem Biokriegslabor in den USA.

Siehe: <https://www.pravda-tv.com/2020/03/wissenschaftler-einer-elite-universitaet-sagt-coronavirus-sei-ein-schwindel-des-tiefen-staates-notstand-in-den-usa-die-pandemieplaene-der-behoerden-existieren-offenbar-nur-auf-dem-papier/>

Zitatende.

Der soeben zitierte Artikel enthält noch weitere aufschlussreiche Informationen. Siehe: <https://friedliche-loesungen.org/feeds/coronavirus-covid-19-pandemie-wahre-gefahr-ist-plan-elite-agenda-id2020>

Die Regierung Bangladeshs kooperiert indes bereits mit den Drahtziehern der Agenda ID2020, so daß die Menschen Bangladeshs so etwas wie die Teilnehmer eines großen Versuchslabors sind.

Übrigens: In Kuba existiert ein sehr wirksames Arzneimittel gegen das Coronavirus: Das Therapeutikum Alfa 2B. Doch seltsamerweise darf ein deutscher Unternehmer diesen Wirkstoff nicht importieren, die Mühlen der deutschen Zulassungsbürokratie mahlen sehr langsam ...

Siehe: <https://www.epochtimes.de/politik/welt/kuba-setzt-therapeutikum-interferon-alfa-2b-gegen-das-coronavirus-ein-a3185004.html>

Sowie: <https://www.dw.com/de/kommt-ein-corona-medikament-aus-kuba-nach-deutschland/a-53003683>

Die Panikmache vor dem Coronavirus dagegen geht weiter. Einem Virus, das zumindest in Deutschland bislang die Sterbezahlen keinesfalls im Vergleich zum Jahr erhöht hat.

****) Freddy Kühne betreibt das Blog <http://99thesen.com> und ist regelmäßiger Kolumnist bei uns.***

Corona-Panik: Vernunft schrumpft, Angst wächst

14. April 2020

Coronavirus und die Entdeckung ungelöster hausgemachter Probleme

Wohin man schaut, wohin man hört: Angst regiert das tägliche Dasein der Menschen. So scheint es jedenfalls, wenn man auch das irrationale Verhalten der Konsumenten dazurechnet. Zwar warnt das Robert Koch-Institut (RKI) vor einer übertriebenen Angst und erst recht vor Panik – und das RKI hat in den Debatten zu den Problemen der Corona-Pandemie viel Vertrauen verspielt. Der Mensch fühlt offensichtlich anders – und handelt anders.

Zeitweise drohte Panik um sich zu greifen – so, daß Menschen nicht einmal davor zurückschrecken, in Krankenhäusern Desinfektionsmittel zu klauen. Und

das sogar auf Krebsstationen, wo das Überleben schwerkranker Patienten davon abhängt, daß keine Erreger eingeschleppt werden oder sich ausbreiten. Hamsterkäufe nehmen zu statt ab.

Stichworte wie Klopapier, Nudeln oder Mehl fallen sofort, sobald man über das Verbraucherverhalten in diesen Zeiten spricht. Als ernsthaftere Probleme kommen z. B. Pflegenotstand, unterbezahlte Angestellte, Lieferengpässe bei Medikamenten usw. hinzu: **Das Coronavirus deckt viele Probleme auf, die Union und SPD trotz jahrelanger Regierungsverantwortung einfach haben liegen lassen. Und so ist Corona-Politik zum Kampf gegen hausgemachte Probleme geworden.**

Das sah im letzten Jahr um diese Zeit ganz anders aus – und zeigt im Übrigen, wie flüchtig vermeintlich „unaufschiebbare“ Politik sein kann. Fast erinnert man sich schon nicht mehr: Wer denkt denn heute noch an die Jugendlichen der „Fridays for Future“-Bewegung? Die Covid-19-Pandemie hat uns voll im Griff – und die für uns offenbar kaum noch spürbare, hochkomplexe Erderwärmung in den Hintergrund treten lassen.

Ab und an wird in den Debatten zwar nach wie vor fast trotzig behauptet, der Klimaschutz bleibe ein essentielles Anliegen, und hier ginge es nicht um ein Gegeneinander-Ausspielen der Klima- und der Coronakrise. Doch der Vergleich heute gegen gestern mag helfen, unsere Wahrnehmung in der aktuellen Situation zu schärfen.

Es kommt noch ein wichtiges Moment hinzu: das der Ernsthaftigkeit. In der Klimadebatte spielten sich manche Klima-Apostel auf wie Regisseure einer neuen Welt, denen das tumbe Volk gefälligst andächtig – und verängstigt – zu folgen habe. „Corona“ ist jedoch ein anderes Stimmungsbarometer, das zeigt: Angst und Panik dürfen nicht das Gebot der Stunde sein, Wachsamkeit aber sehr wohl, um sich und andere zu schützen.

Aber zur bitteren Erkenntnis gehört ebenso: Die Bundesregierung versucht nicht nur mit milliardenschweren Hilfspaketen, sondern auch mit drastischen Einschränkungen der Freiheitsrechte ihre Schritte zu begründen. Das aber bedeutet in einer wachen Gesellschaft: Widerspruch tut gerade jetzt besonders not, die Wächterfunktion von Opposition und Zivilgesellschaft ist wichtiger denn je.

Die Grünen machen das vor, indem sie klimafreundliche Konjunkturpakete fordern, die FDP wacht derweil über den Umgang mit den Grundrechten und fordert eine klare Kommunikation, wie lange die Freiheitsbeschränkungen gelten sollen. Die Linke schließlich warnt davor, aus der Corona- eine soziale Krise zu machen, in der sich die einen bereichern und die anderen leer ausgehen. Teils steinreiche Konzerne wie Adidas, Deichmann und H&M gehen da gerade mit schlechtem Beispiel voran und bleiben die Miete für ihre Ladengeschäfte schuldig – das ist armselig.

Mit Argusaugen blickt gerade die Linke auch auf die Idee, die Mobilfunkdaten von Corona-Infizierten zu sammeln – gerade den Ostdeutschen in der Partei steckt da die Erinnerung an den Überwachungsstaat DDR wohl noch in den Knochen. Sämtliche dieser Debatten rund um die Corona-Pandemie stehen am Anfang und sind von einem klaren Pro oder Contra weit entfernt. Und die ganze Debatte ist überlagert von einer erdrückenden Kernfrage:

Wie halten wir es mit der europäischen Solidarität, in Form von Corona-Bonds? Es ist alles noch offen.

Werden die Probleme jetzt angepackt?

Andererseits wirkt das Virus wie eine Lupe und deckt einen ganzen Haufen von Problemen auf, die Union und SPD trotz jahrelanger Regierungsverantwortung einfach haben liegen lassen: Zum Beispiel das auf Kostenersparnis getrimmte Gesundheitssystem und den Pflegenotstand mit erschöpften, unterbezahlten Angestellten. Beides steht plötzlich auch denen vor Augen, die sonst nie ein Krankenhaus oder ein Altersheim betreten. Und die schon seit langem gefährlichen Lieferengpässe bei Arzneimitteln aus dem Ausland bringen jetzt endlich auch den Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zum Nachdenken, wenn auch bisher nicht zum Handeln. Es bleibt die Hoffnung, daß diese und weitere Probleme jetzt – und nicht erst in 20 Jahren – angepackt werden.

„Fachleute“ trösten sich derweil mit den Bewertungen des Sachverständigenrates – den sogenannten Wirtschaftsweisen, die ein Sondergutachten zu den wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise vorgelegt haben. Bemerkenswert immerhin: Das Gremium schürte keine Panik, obwohl sich Horrorszenarien über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie leicht entwerfen ließen. Schließlich weiß noch niemand, wie sich die gesundheitliche Seite weiter entwickelt. Doch der Versuchung zur Schwarzmalerei haben die Wirtschaftsweisen zum Glück widerstanden.

Dazu gehört die simple Tatsache, daß es im Moment wahrscheinlicher ist, an etwas anderem zu sterben als am Covid-19. Ein hohes Alter (ab etwa 75 Jahren), weitere Krankheiten bzw. Vorerkrankungen und ein zu spätes Eingreifen sind Faktoren der Sterblichkeitsrate. Das ist vielleicht schwierig zu akzeptieren, aber das ist nun einmal die Realität. Das einzige, das in der Debatte interessieren sollte, sind nackte Daten und Fakten. Davon hat sich der Sachverständigenrat offensichtlich leiten lassen.

Ein Blick nach Fernost bestätigt das: Die Japaner haben einen guten Versuch gemacht und die Kreuzfahrer (ab einem Alter von 75 Jahren) auf der Diamond Princess interniert. Man sah sehr wohl, daß es ansteckend ist, 700 Personen haben sich angesteckt. Trotz einer sehr fragilen Population sind aber lediglich ein Prozent gestorben. Das ist die Realität, die man beobachten und messen kann.

Die richtige Frage ist noch immer nicht gestellt: Wie ist dieses Land in einen solchen Zustand geraten, daß man eher auf Leute hört, die keine Ahnung haben, als auf Leute, die wirklich etwas wissen?

Massentests durchzuführen, ist gesunder Menschenverstand. Ich weiß nicht, warum das nicht eine nationale Verpflichtung als Vorgehensweise ist. Es müßte momentan in allen Staaten die wichtigste politische Entscheidung sein.

Die „Wirtschaftsweisen“ haben sich nicht am gefühlten Wettbewerb der immer düsterer werdenden Vorhersagen beteiligt. Optimismus ist gerade jetzt Balsam für die Seele. Gibt es eine realistische Grundlage? Ja, Deutschland kann mit einem tiefblauen Auge davonkommen – eine Botschaft, an die man sich erst gewöhnen muß und die angesichts der weit verbreiteten Horrormeldungen schwer vermittelbar erscheint.

Aber gestandene Ökonomen wie Deutschlands „Wirtschaftsweise“ müssen keine Horrorszenarien an die Wand malen. Die – nach verschiedenen Voraussagen – 2,8 bis schlimmstenfalls 5,4 Prozent, um die die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr schrumpfen könnte, wirken tatsächlich so, als könnte Deutschland in der Corona-Krise noch vergleichsweise glimpflich davonkommen. 2009 mit minus 5,7 Prozent war schlimmer. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

„Mein Name ist Bond, Ursula von den Bonds; ich beende Euro-pa!“

14. April 2020

Auf europäischer Ebene wird gerade über die Einführung von Corona-Bonds*) gestritten

„Das ist alter Wein in neuen Schläuchen. Coronabonds sind nichts anderes als Eurobonds, also eine Vergemeinschaftung von Schulden. Deutschland wird als unsolidarisch dargestellt. Dabei wird außer Acht gelassen, daß der deutsche Steuerzahler die mit Abstand größte Last in der Europäischen Union trägt. Ich erachte es vielmehr als unsolidarisch, daß Länder wie Frankreich oder Italien seit Jahren fortwährend und vorsätzlich gegen die Vorgaben des Euro-Stabilitätspaktes verstoßen. Jetzt wollen diese Länder die humanitäre Not ausnutzen. Hier müssen wir hart bleiben. Eine gemeinsame Aufnahme von Krediten bei getrennter finanzpolitischer Verantwortung in den Mitgliedstaaten – das geht nicht. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Wer die in der europäischen Geschichte beispiellosen Hilfen, die auch jetzt noch zur Verfügung stehen (ESM u. ä.), nachlesen möchte, dem empfehle ich mein Buch „Von Rettern und Rebellen“. Es gehört

***sich schlichtweg nicht, denjenigen, der am meisten beisteuert, als unsolidarisch zu diskreditieren...*“ Klaus-Peter Willsch, MdB**

Nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Europäischen Union legen Regierungen gerade milliardenschwere Hilfsprogramme auf, um einen ökonomischen Absturz abzumildern. Regierungen nehmen hohe Schulden auf, um zumindest einen Teil der Ausfälle zu kompensieren. Schnell und entschlossen handeln die EU-Partner bisher aber ausschließlich auf nationaler Ebene – gemeinsam bringt die Europäische Währungsunion bislang wenig zustande. Im Gegenteil: Alte Fronten brechen wieder auf, vor allem, wenn einige Mitgliedsstaaten jetzt fordern, gemeinsam neue Schulden aufzunehmen – sogenannte Corona-Bonds.

Das EU-Finanzministertreffen ist ohne Einigung zu Ende gegangen. Schuld daran sind aber nicht die angeblich geizigen Nordländer. Die EU-Haushaltsregeln sind bereits weitgehend außer Kraft gesetzt. Alle Mitglieder haben massive Maßnahmen beschlossen, um sich über Wasser zu halten. Niemand in Brüssel kümmert sich jetzt um irgendwelche Defizitgrenzen. Die Europäische Zentralbank hat versprochen, Staats- und Unternehmensanleihen für 750 Milliarden Euro zu kaufen. Wie in der Finanzkrise unternimmt die EZB alles, um das System zu retten.

Damit stellt die Europäische Zentralbank zur Bewältigung der Corona-Krise de facto einen Blankoscheck aus. EZB-Präsidentin Lagarde macht da auch gar keinen Hehl daraus: Sie wird massenweise Anleihen von Staaten und Unternehmen aufkaufen – im Gegensatz zu klassischen Investitionsregeln gerade auch von solchen in finanziellen Schwierigkeiten.

Zauberwort Corona-Bonds

Außerdem gibt es noch den Europäischen Schutzmechanismus, ESM. Aber Italien akzeptiert keine Bedingungen. Außerdem verlangt die Regierung in Rom mit weiteren Ländern die Einführung sogenannter Corona-Bonds. Die gesamte Eurozone soll dafür bürgen, ohne einen Einfluß auf die Verwendung des Geldes zu haben. Unter anderem Deutschland und die Niederlande lehnen das ab. Zu Recht!

Corona-Bonds sind zudem eine höchst unvollkommene Idee, die vor allem viel Potenzial für Mißbrauch böte. Und sie hülfе tatsächlich Menschen in Not nicht (mehr) und verhinderte wohl kaum eine riesige Zahl von Todesopfern. Denn es ist nur allzu wahrscheinlich, daß die rasche Ausbreitung des Coronavirus die Krankenhäuser in fast allen Ländern überfordert.

Die eigentliche Tragödie ist aber, daß sich bei vielen dieser Todesfälle die direkte Folge einer von Anfang an falsch angelegten Europa-Politik zeigt. Nie wurde geklärt, wie die ungleichen Volkswirtschaften aufeinander abgestimmt werden könnten. Und schon gar nicht wurde geklärt, wie das

sorglose Schuldenmachen auf dem Buckel „fleißiger“ und sparsamerer Staaten hätte gebremst werden können.

So schwadroniert z. B. die nicht mehr so neue und schon arg zersauste Euro-Königin Ursula von der Leyen ungeniert:

„Die EU werde daher nun großzügig sein und unter anderem die Verschuldungsregeln für die EU-Staaten lockern. Generell gelte, daß alle Instrumente und Mittel zur Krisenbewältigung geprüft würden: „Was hilft, wird eingesetzt.“ Auch „Corona-Bonds“ seien eine Option...“

Ungeniert plappert von der Leyen weiter (im Dlf): **„Schauen Sie, das Prinzip ist jetzt, wir gucken alle Instrumente an, und das, was hilft, wird eingesetzt. Das gilt auch für Corona-Bonds. Wenn sie helfen, wenn sie richtig strukturiert sind, werden sie eingesetzt. Das gleiche gilt jetzt für die Verschuldungsregeln. Wir lockern sie so weit, daß die Staaten alle Möglichkeiten haben, Finanzmittel einzusetzen, um ihre Wirtschaft zu stärken.**

Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/eu-kommissionspraesidentin-von-der-leyen-wir-erleben-einen.694.de.html?dram:article_id=472924

Der Grünen Traum von Bonds

Und die Grünen, an deren Wesen nicht nur das Klima – weltweit, versteht sich – sondern nun auch die Corona-Gebeutelten genesen sollen, haken nach:

Die **Euro-Bonds**, die ja bisher vor allem durch den Widerstand der Deutschen verhindert wurden, könnten jetzt virusbedingt unter anderem Namen doch kommen. Der Obergrüne Habeck ist einer der eifertigsten Befürworter der Bonds. Sein Parteigenosse, der Europaabgeordnete Sven Giegold, kann ebenso das Wasser nicht halten: Er plädiert für Corona-Bonds. Nicht nur deutsche Unternehmen sollten gerettet werden, sondern auch Unternehmen anderer Staaten, denn sonst könne es später teuer werden.

Angesichts solch grüner Blauäugigkeit fragt man sich, ob Ursula von der Leyen inzwischen bereits zu den Grünen übergetreten ist.

Eigentlich müßte doch jedem einigermaßen kritischen Euro-Menschen klarsein, daß man an einer Grundforderung nicht vorbeikommt – oder man will sich bewußt weiter durchmogeln:

Es sollte selbstverständlich sein, daß z. B. die Finanzhilfen in Italien – wo die Mafia landesweit eine feste Größe ist und nur auf einen neuen Geldregen aus Brüssel wartet – ausschließlich im Gesundheitsbereich ausgegeben werden und nicht in Italiens Sozial- und Steuersystemen landen. Und natürlich müssen die Italiener von Brüssel auch kontrolliert werden und nachweisen, daß sie die Gelder ordnungsgemäß verwenden – was ja nicht gerade eine besondere Tugend dieses Landes ist.

Die Kritiker treibt vor allem die Sorge um, daß Deutschland damit praktisch für die Schulden anderer Länder mit haftet und daraus ein Dauerinstrument wird.

So warnt der Chef der Wirtschaftsweisen, Lars Feld, zu Recht und deutlich:

„Deutschland würde in voller Höhe für den Umfang jeder so gegebenen Anleihe anderer Mitgliedstaaten haften, ohne auch nur ein kleines Wörtchen bei der Finanzpolitik des jeweiligen Landes mitreden zu können.“

Er fürchtet zudem, daß es nicht bei einer Ausnahme in der aktuellen Krise bleiben wird, wie er jüngst der „Börsen-Zeitung“ sagte:

„Zu meinen, man könne solche Bonds nur vorübergehend einführen, ist blauäugig. Sind sie einmal da, bleiben sie...“

(Felds Wort hat besonderes Gewicht. Er ist der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung!)

An dieser Wahrheit dürfen wir uns auch in Zeiten der Not nicht vorbeidrücken:

Haften die Steuerzahler aller Mitgliedsstaaten für Schulden aller anderen Staaten, ist die Einheit von Haftung und Kontrolle durchbrochen. Und für die einzelnen Regierungen sinkt der Anreiz, vernünftig zu haushalten.

Das höchste deutsche Gericht sieht die Gefahr gemeinsamer Schuldenhaftung ebenso:

Bei gemeinsam aufgenommenen Schulden der Eurozone profitiert der Süden von der Bonität des Nordens. Die Kehrseite: Der Norden haftet mit für die gemeinsamen Kredite. Dazu sagt Karlsruhe Nein. Das Budgetrecht liegt bei den nationalen Parlamenten. Eine Vergemeinschaftung der Haftung ist nicht zulässig, also auch keine Corona-Bonds, sofern es Euro-Bonds unter anderem Namen sind.

Nun mag man einwenden, daß die Pandemie ein außergewöhnliches Ereignis ist und alle Staaten ohne eigenes Verschulden trifft. Doch die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß derartige Bonds zu einer Dauereinrichtung würden.

Schon klar – und nicht einfach so dahingesagt: Das von der Viruskrise schwer gezeichnete Italien hat europäische Anteilnahme und Hilfe verdient. Ob das aber gleich in Form von Corona-Bonds, also der Vergemeinschaftung europäischer Schulden, geschehen muß, daran hat sogar der von der SPD gestellte Bundesfinanzminister Scholz seine Zweifel. Zu Recht.

Gemeinsame Schulden zerstören den Anreiz, solide zu wirtschaften, weil im Zweifel das Kollektiv für die Folgen geradestehen hat.

Das wäre – konsequent zu Ende gedacht – das Ende des Euro!

Deshalb sind schnell abrufbare Hilfen aus dem bestehenden Rettungsschirm ESM vernünftiger, weil sie den Schuldner nicht aus der Haftung für sein Tun entlassen.

Dlf-Experte Peter Kapern formuliert es so:

„Der Euro hat Europa enormen Wohlstand verschafft. Aber er hat diesen Wohlstand nicht ansatzweise gleichmäßig über die Euroländer verteilt.“

Obwohl genau dies das zentrale Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion war: Die Konvergenz der Mitgliedstaaten. Stattdessen ist Euroland geteilt: reicher Norden, armer Süden. Der Streit über die Ursachen dieser Spaltung ist fast so alt wie die Gemeinschaftswährung selbst. Die Argumente sind immer dieselben, sie werden nur von Krise zu Krise immer schriller vorgetragen. Der Norden betrachtet die Mittelmeerstaaten als wirtschafts- und finanzpolitische Halbdoris. Und der Süden wirft dem Norden vor, ihm durch seine erdrückende wirtschaftliche Dominanz keine Luft zum Überleben zu lassen.

Seit Jahren werden immer neue Instrumente ersonnen, um diese Spaltung doch zu überbrücken. Das Eurozonenbudget, die Arbeitslosenrückversicherung, die gemeinsame Einlagensicherung, der Rainy Day Fond – all diese Ideen haben zwei Dinge gemeinsam: Erstens, daß sie dem Süden einen wirtschaftlichen Aufholprozeß gestatten, ein noch weiteres Abdriften in der nächsten Krise verhindern sollen. Zweitens: All diese Instrumente sind zerredet, zersetzt oder bis zur Funktionsuntüchtigkeit verzerrt worden...“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

*** Erläuterung:**

Euro-Probleme, Euro-Bonds: Alte Idee, neuer Name

Eine neue Finanz-Debatte kocht: Italien, Spanien und Frankreich fordern Corona-Bonds, während sich etwa Deutschland, die Niederlande und Österreich bislang vehement sperren. Doch was sind eigentlich Corona-Bonds? Ein Überblick.

Europa steuert wegen der Corona-Krise auf eine schwere Rezession zu. Milliarden schwere Hilfsmaßnahmen werden die Staatsverschuldung nach oben treiben. Das trifft vor allem hoch verschuldete Länder wie Italien hart.

Ein Überblick:

Was sind Corona-Bonds?

Bonds sind Wertpapiere mit einem festen Zinssatz. Die europäischen Staaten könnten zusammen solche Anleihen an den Markt bringen: Corona-Bonds. Die Regierungen würden auf diesem Weg gemeinsam Geld an Finanzmärkten aufnehmen, sich also verschulden – und dann gemeinschaftlich für Zinsen und Rückzahlung haften.

Ist die Idee überhaupt neu?

Schon in der Euro-Schuldenkrise, die von 2010 an vor allem Griechenland hart traf, hatte die Idee gemeinsamer Staatsanleihen Anhänger. Damals war von Eurobonds die Rede. Eingeführt wurden diese jedoch nicht, weil es schon damals große Widerstände gab: Wirtschaftlich starke Länder fürchteten, über Jahre für

die Schulden bereits hoch verschuldeter Staaten wie Italien mithaften zu müssen.

Was sollen solche gemeinsamen Anleihen eigentlich bringen?

Hoch verschuldete Staaten könnten auf diesem Weg zu erheblich günstigeren Konditionen frisches Geld von Investoren erhalten. Denn die Bonität der Gemeinschaftsanleihen wäre deutlich besser, wenn zum Beispiel wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland mithaften. Weil solche Papiere somit als sicherer gelten, müßten die Staaten für Corona-Bonds nicht so hohe Zinsen bieten, wie sie das zum Teil derzeit für ihre eigenen nationalen Anleihen tun müssen. Die Schuldenlast würde sinken. Berenberg-Chefvolkswirt Holger Schmieding meint zudem, Corona-Bonds wären ein „Signal der Solidarität“ – gerade an Länder, die sich nach der Euro-Schuldenkrise mühsam zurückgekämpft haben.

Was sagen die Befürworter von Corona-Bonds?

„Die Lösung liegt in Krisen-Gemeinschaftsanleihen, die nur in dieser Situation legitimiert sind. Hier sollte man sich in Berlin nicht sperren, wenn man die Eurozone nicht durch diese Krise in eine existenzielle Gefährdung bringen will“, sagt der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther. Ähnlich argumentiert Berenberg-Ökonom Schmieding: „Mehr als je zuvor müssen sich die Mitglieder des Euroraumes in einer derartigen Krise Geld zu erträglichen Bedingungen leihen können.“

Das sei vor allem für Länder wie Italien, Spanien und Griechenland ein Thema. Um die Zinsen am Kapitalmarkt für diese Länder zu drücken, sind Corona-Bonds aus seiner Sicht effizienter als die milliardenschweren Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB). EZB-Vizepräsident Luis de Guindos befürwortet Corona-Bonds ebenfalls.

Was sagen die Kritiker von Corona-Bonds?

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen hält die Bedenken einiger Länder für berechtigt. Hinter dem Begriff Corona-Bonds stehe doch eher die größere Frage der Haftung: „Und da sind die Vorbehalte in Deutschland, aber auch in anderen Ländern berechtigt.“

Ist der Euro-Rettungsschirm ESM eine sinnvolle Alternative?

Genannt wird immer wieder der Euro-Rettungsschirm ESM, unter den Länder wie Griechenland in der Euro-Schuldenkrise schlüpfen. Allerdings sind Hilfen des ESM an strenge Kriterien gebunden und werden von den betroffenen Ländern als Stigmatisierung empfunden.

Mehr als ein Dutzend europäischer Ökonomen schlägt nun eine Kreditlinie des ESM für alle EU-Mitgliedsstaaten vor. Damit würden sich die Risiken für die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität aller EU-Länder effektiv verringern lassen, sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

(DIW), Marcel Fratzscher: „Das schafft Solidarität und begrenzt den wirtschaftlichen Schaden für alle EU-Mitgliedsländer.“
Quelle: Dlf

Kunst ist NICHT verzichtbar, Frau Merkel!

Von Renate Sandvoß *)

17. April 2020

Deutschland, das Land der Dichter und Denker – das war einmal!

Unter dem Vorwand, daß eine gefährliche Virenepidemie unser Land und unser Leben bedroht, ist man dabei, uns Schritt für Schritt all das zu nehmen, was uns das Leben lebenswert macht. Gemäß Merkel und Konsorten wird es Großveranstaltungen in diesem Sommer nicht geben. Opern, Operette, Musical, Theater, Dichterlesungen, Kabarett, Liederabende, Big-Bands, Schlagerfestivals, Konzerte großer Meister, Irish Folk, Rockkonzerte, Kino, ja noch nicht mal der „große“ Roland Kaiser wird in Zukunft eine Bühne in unseren Landen betreten.

Die Bretter, die sprichwörtlich die Welt bedeuten, bleiben künftig leer

Denn am Mittwoch (15.04.20) verkündete die Bundesregierung zur Eindämmung der „Corona-Pandemie“ ein grundsätzliches Verbot von Großveranstaltungen bis mindestens zum 31. August 2020. Auch „des Deutschen liebstes Kind“, der Fußball, darf nur noch ohne begeistertes Publikum stattfinden. Eigentlich undenkbar! Eine Probe davon zeigte bereits der Wintersport, der ohne Publikum eisiger und stiller war als im letzten Jahr.

Kunst bringt Farbe und Freude in unser Leben

An Konzerte und Festivals erinnern wir uns noch viele Jahre lang. Literaturlesungen können prägend, bereichernd sein. Selbst ein schwungvoller Jazz-Frühshoppen auf einem Marktplatz anlässlich eines Wein- oder Stadtfestes beschwingt und macht fröhlich. All das läßt uns so manche Sorgen vergessen, und ich bin der Meinung, daß es das Leben lebenswert macht.

Viele werden sagen, daß dieses Corona-Virus unser aller Leben bedroht und deshalb alles getan werden sollte, um uns zu schützen. Doch eine etwas geänderte Form des Corona-Virus gibt es schon seit vielen Jahren, bekannt als Influenza (Grippe). Jedes Jahr starben daran Tausende, ja 2017/18 sogar ca. 25.000 deutsche Landsleute. Niemand von uns hat damals davon erfahren. Es wurde alles still und leise hingenommen, ohne mit der Wimper zu zucken.

„Kommendes Horrorszenario“

2013 erreichte die Bundesregierung eine Warnung, die ein „kommendes Horrorszenario“ bereits durchspielte. Keine Reaktion der Kanzlerin und ihrer Gefolgschaft. Doch jetzt schien der richtige Zeitpunkt gekommen, um uns Bürger gefügig zu machen:

Der Focus berichtete von einem Geheimpapier der Regierung, in dem dazu aufgerufen wurde, möglichst viel Panik bei der Bevölkerung auszulösen.

Angst lähmt die Menschen, und sie lassen so alles mit sich machen. Sie lassen sich wochenlang einkerkern. Und wenn sie dann wieder an die Luft dürfen, sind sie so erleichtert, daß sie auf das gesamte Unterhaltungsprogramm, was den Menschen Freude macht, gerne verzichten. Hauptsache, es gibt genügend Toilettenpapier, Mehl, Nudeln – und Alkohol.

Und was machen nun die freischaffenden Künstlerinnen und Künstler, denen die Aufträge wegbrechen? Ganz einfach, sie erhalten keine unbürokratische Hilfe von Bund und Ländern, sondern landen in der Panik.

Ich bin Malerin, Illustratorin, Autorin und habe viele Jahre Theater gespielt. Ich bin Künstlerin durch und durch. Mein Mann ist Musiker mit Leib und Seele. Wir und alle unsere Künstlerfreunde wollen unser Leben zurück. Kunst ist NICHT verzichtbar, Frau Merkel! Kunst und Kultur sind Labsal für die Seele – jedenfalls für Menschen mit Empathie!

*) Renate Sandvoß ist Malerin und Illustratorin sowie seit vielen Jahren Autorin bei Journalistenwatch.

Gottesdienstverbot verletzt Kernbereich der Religionsfreiheit

18. April 2020

Kneifen die Kirchen vor der Beantwortung der Frage: Ist ein Gottesdienstverbot mit Religionsfreiheit vereinbar?

Dieses Verbot, das am Mittwoch letzter Woche (15.4.) von Bund und Ländern vereinbart worden war, untersagt Gottesdienste mit Gläubigen „zum Schutz vor der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus“. (Am 30. April will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erneut mit den Ministerpräsidenten beraten.)

Zuvor hatte Staatssekretär Markus Kerber mit Vertretern religiöser Gemeinschaften gesprochen. Teilnehmer waren Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche, der orthodoxen Christen, des Zentralrats der Juden sowie des Koordinationsrats der Muslime sowie Vertreter dreier Bundesländer.

Die evangelische und katholische Kirche kündigten an, in der kommenden Woche Konzepte mit Abstands- und Hygieneregulungen vorzulegen. Ziel sei es, „möglichst bald“ wieder Gottesdienste abhalten zu können. Ob das schon am ersten Mai-Wochenende der Fall sein könnte, sei offen und gegebenenfalls je nach den Bedingungen der einzelnen Gemeinden regional unterschiedlich, sagte der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Dutzmann, dem Evangelischen Pressedienst.

Auch der Zentralrat der Juden will nach eigenen Angaben ein Hygienekonzept vorlegen.

Der Sprecher des Koordinierungsrats der Muslime, Burhan Kesici, sagte, die muslimischen Glaubensgemeinschaften würden sich an die Beschränkungen halten. Für die Muslime beginnt Ende der kommenden Woche der ihnen heilige Fastenmonat Ramadan. (Man darf gespannt sein!)

Auf einen Protest, gar eine Weigerung seitens der Kirchen brauchte man gar nicht erst zu warten. „Kotau“ kommt zwar aus dem Chinesischen, aber hat längst die Gläubigen und die meisten „BürgerInnen und Bürger“ auch unseres Landes ergriffen. Lediglich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Georg Bätzing, hatte das Gottesdienstverbot im Vorfeld als „unverständlich“ kritisiert. Das war´s.

Vor dem Gespräch hatte die katholische Kirche an ihre grundgesetzlich garantierten Rechte erinnert. Es sei notwendig, daß nicht nur der Einzelhandel öffne, sondern daß auch die Kirchen wieder öffentliche Gottesdienste abhalten könnten und auch die anderen Religionsgemeinschaften – „und zwar ist das notwendig, um das Verfassungsrecht der freien Religionsausübung zu schützen und auch einzufordern“, ergänzte der Erzbischof von Köln, Rainer Maria Kardinal Woelki, bei der ARD.

Dabei blieb´s dann auch:

„Die Religionsvertreter haben deutlich gemacht, daß sie von Anfang an diese Maßnahmen mitgetragen haben, die sehr einschneidend waren für die Menschen“, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Man sei sich einig gewesen, daß nun Wege zu einer schrittweisen Normalisierung des religiösen Lebens gefunden werden müßten, unter Einhaltung der Anforderungen von Gesundheits- und Infektionsschutz.

Eine in Berlin ansässige katholische Gemeinde hatte gegen das Gottesdienstversammlungs-Verbot der Berliner Coronavirus-Eindämmungsverordnung geklagt, hatte aber mit der Klage keinen Erfolg.

SELK-Bischof Voigt übt Kritik an Begründung des Berliner Verwaltungsgerichts

Der leitende Geistliche der **Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)**, Bischof Hans-Jörg Voigt *) , hat in einem Offenen Brief Kritik an der Ur-

teilsbegründung des Berliner Verwaltungsgerichts zum Gottesdienstversammlungsverbot im Rahmen der Coronavirus-Krise geübt, wie in einer Pressemeldung vom 7. April veröffentlicht wurde.

Voigt stellt in seinem Offenen Brief klar, daß sich seine Kritik nicht gegen das Urteil selbst richte. Vielmehr habe seine Kirche das Verbot von gottesdienstlichen Versammlungen mitgetragen und umgesetzt.

Grundsätzlich kritisiert der SELK-Bischof jedoch die Begründung des Urteils, wie sie der Pressemeldung des Verwaltungsgerichts zu entnehmen ist. Dort heißt es:

„Der Kernbereich der Religionsfreiheit werde nicht berührt. Kirchenbesuche zur individuellen stillen Einkehr blieben weiter erlaubt, ebenso private Andachten im Kreis der Haushaltsangehörigen. Ferner bestehe die Möglichkeit, Gottesdienste auf elektronischem Wege zu übertragen und als gläubiger Mensch entsprechende Angebote zu nutzen.“

Damit definiere das Verwaltungsgericht einen Kern der christlichen Religion als „individuelle stille Einkehr“, als „private Andachten im Kreis der Haushaltsangehörigen“ und als „Gottesdienste auf elektronischem Weg“.

Bischof Voigt meint, die Aussage, daß ein „Kernbereich der Religionsfreiheit“ durch das Gottesdienstversammlungsverbot nicht berührt werde, entspreche nicht den Grundsätzen des Grundgesetzes. Für seine Kirche wie für die meisten anderen Kirchen in Deutschland gehörten der öffentliche Gottesdienst und die öffentliche Feier des Abendmahles unbedingt zum „Kernbereich“ der Religionsfreiheit.

Der Bischof schreibt, er beobachte schon seit Längerem, daß in Gerichtsurteilen Grundsätze der Religionsausübung auf ähnliche Weise rein innerlich definiert würden. Eine Definition, was zu den Grundsätzen der Religionsausübung gehört, stehe jedoch ausschließlich den Kirchen und Religionsgemeinschaften selbst zu.

Dazu Voigt wörtlich: „Deshalb widerspreche ich einer solchen verfassungsrechtlichen Grenzüberschreitung.“

Diese Frage sei für seine Kirche von besonderer Sensibilität, da das Grundrecht auf freie Religionsausübung auch für Migrantinnen und Migranten gelte, die zum christlichen Glauben konvertiert sind. Zum Grundrecht der Religionsfreiheit gehöre unabdingbar auch das Recht zur öffentlichen Religionsausübung.

Abschiebungen in Länder, in denen dieses Grundrecht nicht beachtet werde, mit einem Verweis auf private und rein innerliche Religionsausübung halte er in gleicher Weise für nicht grundgesetzkonform. In der Pressemeldung stelle er eine gewisse Widersprüchlichkeit fest, wenn es heiße: **„Diese Regelung verletze nicht die Religionsfreiheit der Antragsteller. Die Bestimmung bedeute zwar einen Eingriff in die Religionsfreiheit.“**

Ein Eingriff in die Religionsfreiheit könne diese aber sehr wohl verletzen, so der SELK-Bischof.

Dem widerspreche zudem das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10. April 2020 (BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 10. April 2020 – 1 BvQ 28/20 – Rn. (1-16), in vergleichbarer Sache.

http://www.bverfg.de/e/qk20200410_1bvq002820.html

Dort heiÙe es, „daÙ die gemeinsame Feier der Eucharistie nach katholischer Überzeugung ein zentraler Bestandteil des Glaubens ist, deren Fehlen nicht durch alternative Formen der Glaubensbetätigung wie die Übertragung von Gottesdiensten im Internet oder das individuelle Gebet kompensiert werden kann. Daher bedeutet das Verbot dieser Feier einen überaus schwerwiegenden Eingriff in das Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 und 2 GG. Das gilt nach den plausiblen Angaben des Antragstellers noch verstärkt, soweit sich das Verbot auch auf Eucharistiefiern während der Osterfeiertage als dem Höhepunkt des religiösen Lebens der Christen erstreckt.“

Bischof Voigt stimmt diesem Weg der Entscheidungsfindung, den das Verfassungsgericht im Sinne einer Güterabwägung zwischen freier Religionsausübung und dem Grundrecht auf Leben wählt, in vollem Umfang zu. Der leitende Geistliche bittet deshalb das Berliner Verwaltungsgericht, die Urteilsbegründung wie auch die Pressemeldung dazu zu korrigieren.

*) Quelle für die SELK-Meldung: <https://charismatismus.wordpress.com/2020/04/17/selk-bischof-voigt-uebt-kritik-an-begrueendung-des-berliner-verwaltungsgerichts/>

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat inzwischen nachgezogen Union: Gottesdienste unter Auflagen zulassen

Im Zusammenhang mit ersten vorsichtigen Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wird auch über die Zulässigkeit der Feier von Gottesdiensten in Kirchen, Moscheen oder Synagogen diskutiert. Dazu erklärt der kirchenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hermann Gröhe**:

„In Gemeinschaft gefeierte Gottesdienste sind wesentlicher Ausdruck der Religionsfreiheit und für viele Gläubige Quelle von Hoffnung und Kraft in schwierigen Zeiten. Sie tun den Gläubigen und damit auch unserem Land gut! Ich hoffe sehr, daÙ die Gespräche zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie den Verantwortlichen auf Länder- und Bundesebene zur Verständigung darüber führen werden, daÙ in Kirchen, Moscheen und Synagogen zeitnah wieder öffentliche Gottesdienste gefeiert werden dürfen. Selbstverständlich müssen im Vorfeld verbindliche Vorgaben zur Gewährleistung des Gesundheits- und Infektionsschutzes verabredet werden. Hier sind auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften

ten gefragt, konkrete Vorschläge zu machen, wie bei der Feier von Gottesdiensten auf die Einhaltung des Mindestabstands geachtet sowie die Möglichkeit der Handhygiene sichergestellt werden kann. Gegebenenfalls sollte auch das verpflichtende Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in Betracht gezogen werden.“

*) Quelle: <https://charismatismus.wordpress.com/2020/04/16/union-gottesdienste-unter-auflagen-zulassen/>

Fazit:

Ich darf bitter resümieren:

- „Natürlich“ darf der Staat Gottesdienstfeiern verbieten
- Die Bekämpfung des Corona-Virus erlaubt die Aushebelung unserer Grundrechte
- Die Staats-Kirchen riskieren keinen Grundsatzstreit
- Wirtschaft (Handel, Handwerk, Dienstleistung und Industrie) wird in „Corona-Zeiten“ gleichgewichtet mit Kirchen. Ein Bekenntnis zur abendländischen Tradition erscheint hiermit vollkommen fehl am Platz. Ladenöffnungszeiten haben den gleichen Stellenwert wie Kirchenöffnungszeiten.

Bischöfe und Kardinäle taugen nicht mehr als Vorkämpfer des Glaubens, sie sind Teil des Systems und bewegen sich, vollkommen angepaßt, in ihm.

Das Versagen der „Fachleute“ – eine heitere und sehr ernste Betrachtung

20. April 2020

„Experten“: Wichtigster, selbsternannte Fachleute und andere, die sich gerne das Siegel der Wissenschaftlichkeit anheften

Mir gingen früher immer die auf die Nerven, die oft nicht richtig Deutsch können und scheinbar von nichts ´ne Ahnung, jedoch zu allem eine Meinung haben, die sie uns dann „lernen“ (statt lehren).

In den letzten Monaten gewinnen in meiner „Unsympathen-Kiste“ allerdings die in der Regel selbsternannten sowie die „wirklichen“ (ebenfalls ernannten) „Experten“ die Oberhand. Sie sondern ja nicht bloß ihr echtes oder eingebildetes Fachwissen ab, sondern stellen jeden als blöd (oder zumindest geistig unbedarft) hin, der ihrer vorgegebenen „Expertise“ nicht zujubelt.

Herausragende Vertreter dieser Spezies fallen vor allem sofort dadurch auf, daß es nicht allein der Erwähnung ihres (unwichtigen) Namens bedarf, sondern dadurch, daß direkt hinter dem Namen der Hinweis folgt: „Experte für...“.

So tummeln sich derzeit in den Medien, aber auch auf meinem und anderen Blogs nicht nur Meiers, Beckers oder Schulzes, sondern vor allem die Hinweise „Mediziner“ oder – aktuell besonders beliebt – „Virologe“. Offensichtlich erwarten diese „Fachleute“ ob der versammelten Kompetenz offene Münder, Augen und Ohren der Bewunderung für so viel Expertise.

Das Fatale: Nachprüfen lassen sich diese Angaben meist nicht – oder nicht exakt. Ich denk mir meinen Teil und – wie die Berliner sagen – „injoriere sie einfach jar nischt“. Aber: Die Dinge sind ernst, sehr ernst, weil zuweilen tödlich. Sei's drum – ein Beitrag beweist, daß man bei all dem Elend den Humor nicht verlieren muß. Lesen Sie selbst!

Noch nerviger sind die „amtlichen“ Experten – die „ernannte Ignoranz“ mit quasi amtlichem Siegel. Sie plustern sich in unübertrefflicher Wichtigkeit auf, runzeln die Stirn, wackeln bedächtig mit dem Kopf – und sondern dann Sprechblasen voll heißer Luft ab, und am nächsten Tag geht's weiter wie bei „...und täglich grüßt das Murmeltier“.

Bitte beachten Sie nachfolgend den offenen Brief an den Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier von unserem Freund Klaus Hildebrandt, der seit vielen Jahren streitbarer Autor der Konservativen ist. Sein Brief spricht Bände aber auch der Zeitungsartikel am Ende des Briefes.

Ein offener Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU)

Von Klaus Hildebrandt

20. April 2020

Sehr geehrter Herr Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier,

Ihre gestrige Botschaft an die Nation, wir bräuchten wegen Corona jährlich bis zu 12 Milliarden Schutzmasken, dient sicherlich der deutschen Wirtschaft und Panikmache, wobei ein verhältnismäßiger Nutzen solcher Masken immer noch umstritten ist. Können Sie sich ein Bild davon machen, wie hoch der Berg alleine für die vielen verbrauchten Masken wäre, wobei vermutlich noch Millionen Kittel, Hektoliter an Desinfektionsmitteln und sonstigen Materialien dazukommen? Ich lasse unsere Umweltministerin Frau Svenja Schulze mal mitlesen.

<https://www.n-tv.de/politik/Altmaier-Brauchen-12-Milliarden-Masken-article21724572.html>

Ich halte die von der Bundesregierung in Windeseile verabschiedeten Maßnahmen für schlichtweg unverhältnismäßig und zum Teil für verfassungswid-

rig (siehe dazu jüngstes Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Demonstrationsverbots). Bis zum heutigen Tage ist mir – abgesehen von der Bundeskanzlerin – aus dem eigenen Bekanntenkreis kein einziger echter Coronafall über den Weg gelaufen. Eindringliche Appelle zum verantwortungsvollen Verhalten gegenüber anderen, wie Abstand halten, gesunde Ernährung, Bewegung und eine allgemein vernünftige Umgangsform wären zur Vorbeugung einer Erkrankung an dem Coronavirus meines Erachtens viel sinnvoller als die von der Bundesregierung so massiv propagierte Globalisierung unseres Planeten, die nur auf Profit (Geld) und Wachstum/Warenaustausch basiert.

Die vielen Unternehmen und Arbeitnehmer, die ihr ganzes Kapital und ihre Arbeitsstelle nun quasi über Nacht verlieren, tun mir leid. Auch die Umwelt wird uns schon bald eines Besseren belehren, dessen bin ich mir sicher. Sie, Herr Altmaier, als ehemaliger Kanzleramtsminister und rechte Hand der Kanzlerin, unterstützten den Globalismus und tragen insofern auch eine Mitschuld an Corona. Ja, auch das dazu passende Flüchtlingsproblem, das unser Land zurzeit von Grund auf spaltet, haben Sie mitinitiiert und verteidigt. Geld ist nicht alles, insbesondere dann nicht, wenn man es den Bürgern in großen Mengen aus der Tasche zieht (siehe Nachtragshaushalt) und dann auch noch an Diktatoren verschenkt, die uns später erpressen.

Diese Bundesregierung arbeitet an viel zu vielen Enden und bedient sich auffällig und zunehmend eines außenpolitischen Populismus. Bitte kümmern Sie sich wieder um die Menschen im eigenen Lande, und nehmen Sie Abschied von Ihren Globalisierungsträumen, die nur Unheil und Spaltung bringen. Das gilt auch für die EU und insbesondere für die deutsche Kommissionspräsidentin von der Leyen, die ihre Aufträge aus Berlin bekommt.

Verstehen wir Corona doch als Warnung an die Menschheit zur richtigen Zeit, und setzen wir wieder auf Demokratie und die Diversität der Völker und Nationalitäten! Es gibt genug Wohlstand im Lande. Nur muß dieser wieder richtig verteilt werden an diejenigen, die ihn erwirtschaften. Politische Bescheidenheit ist zehnmal besser als Hochmut, wie es diese Regierung an sich hat. Man betrachte nur die verfassungswidrige Öffnung unserer nationalen Grenzen und die damit verbundene konsequente Ausschaltung jeglicher Opposition im Lande.

Wer das Migrationsprojekt initiierte und immer noch unterstützt, darf nicht wiedergewählt werden. Ihre CDU ist heute eine völlig andere Partei als noch vor 15 Jahren, denn die von ihrer damaligen Vorsitzenden und Immernoch-Kanzlerin verordnete „Verjüngung, Modernisierung und Verweiblichung“ hat sie gänzlich zerstört. Und von der SPD brauche ich erst gar nicht anzufangen, denn sie hat ihr soziales Image gänzlich verloren.

Für mich klingt das alles nur noch nach billigem Populismus/Aktionismus und Hilflosigkeit.

Auch Ihre Ankündigung bzgl. des exorbitanten Bedarfs von jährlich bis zu 12 Milliarden Mundmasken – was ja der eigentliche Anlaß meines Schreibens an Sie sein sollte – hätte mal besser von der Kanzlerin selbst oder von Herrn Spahn als maßgebliche Verantwortliche kommen sollen. Inzwischen versucht sich China, wo das alles begann, durch großzügige „Spenden“ von Masken und Beatmungsgeräten weltweit politisch auch noch zu profilieren. Sicherlich ist Ihnen bewußt, daß China mit seiner Bevölkerung von rund 1,4 Mrd. seine Hände überall im Spiel hat und heute halb Afrika kontrolliert. Schauen wir mal, wie sich „die Pest“ in Schweden (siehe nachfolgende Artikel) verhält, das sich in der Handhabung der angeblichen Pandemie deutlich von allen anderen EU-Staaten absetzt.

Der Globalismus und die selbstzerstörerische Migrationspolitik Deutschlands werden scheitern, wenn sie nicht schon gescheitert sind. Aber lassen Sie uns positiv denken, denn es gibt eine Alternative, die es kann und ganz sicher auch schafft.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Hildebrandt

Na sowas: Schwedens Corona-Sonderweg scheint zu funktionieren

15. April 2020

Solche Ergebnisse wird wohl kein anderes Land aufweisen können. Die Deutschen sind reif für einen neuen Führer, das hat der „Coronatest“ schon jetzt ergeben.

Quelle: dts

Sollte Schweden das Unmögliche geschafft haben – und mit seinem weitgehend restriktionsfreien Kurs in der Corona-Krise tatsächlich mehr Erfolg haben als das übrige Europa, ja die ganze Staatengemeinschaft, die auf harte Shutdowns und Ausgangsbeschränkungen setzten?

Es sieht bislang danach aus. Ziel der Stockholmer Regierung ist das schnelle Erreichen der vielgerühmten „Herdenimmunität“, die dafür sorgen soll, daß die zunehmende Zahl an Genesenen eine Ausbreitung des Virus verhindert – und damit die Risikogruppen schützt.

Obwohl in Schweden weiterhin Versammlungen bis 50 Personen (bis zur Vorwoche sogar 500) gestattet blieben, vor allem jedoch alle Geschäfte, Shopping-Malls und Märkte geöffnet blieben, ja sogar Restaurants, Cafés, Bars, Clubs und Kinos ebenso wie Kindergärten und Schulen (bis zur 9. Klasse) – obwohl

also diese für den Rest der Welt derzeit geradezu paradiesischen Freiheiten herrschen, deutet alles darauf hin, daß „die Pandemie im Griff ist“, wie das Luxemburger „Tageblatt“ berichtet.

Sprachlose deutsche Journalisten

Deutsche Medien hatten vor 14 Tagen, als der schwedische Sonderweg für Befremden und Erstaunen auf dem Kontinent sorgte, bereits tatkräftig geunkt und nur spekuliert, das Königreich verspiele wertvolle Zeit und riskiere Menschenleben. Als warnendes Beispiel wurden England und die Türkei angeführt, deren Regierungen zunächst einen ähnlichen Weg der „kontrollierten Ausbreitung“ ohne allumfassenden Lockdown des öffentlichen Lebens eingeschlagen hatten – bis dann, angesichts steigender Covid-19-Erkrankungen und vor allem schwerer Verlaufsfälle, ein spätes Umdenken einsetzte und im Hauruckverfahren Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen erlassen wurden, die freilich dann zu spät kamen. Deshalb sei es ein gefährliches Experiment, mutmaßten viele, das die Schweden auf Kosten der Alten und Kranken durchführten, für die Covid-19 tödlich sein kann. Sicher konnte es der eine oder andere Journalist, dessen Tagewerk sich seit Wochen in immer alarmistischeren Reportagen und Meldungen erschöpft, gar nicht abwarten, bis endlich auch in Schweden die Infizierten- und Todeszahlen durch die Decke gehen – um dann altklug zu dozieren, man habe ja frühzeitig gewarnt, und wie klug sich dagegen im Vergleich das deutsche Krisenmanagement ausnehme.

Stockholm überrascht mit Erfolgen

Daraus wird wohl nichts: „Stockholm ist derzeit die freieste Stadt Europas“, konstatiert das „Tageblatt“, und berichtet, daß sich – aller Kritik zum Trotz – die Lage „derzeit deutlich zu beruhigen scheint“. Die Erfassung von nur 10.948 bestätigten Infektionsfällen im Land sind Folge einer extrem niedrigen Zahl von durchgeführten Tests; 919 Schweden sind bislang „an und mit“ Corona verstorben (also ohne daß Covid-19 hier nachweislich ursächlich war). Die Krankenhäuser berichten, die Lage habe sich nach ersten Fällen wieder beruhigt. Intensivstationen melden viele freie Betten, und „ein riesiges Feldlazarett, das vorsorglich in Stockholm aufgestellt wurde, wo die meisten infizierten Schwerkranken sind, bleibt weiter gänzlich geschlossen, wegen fehlenden Bedarfs, schreibt die Zeitung. Experten erwarten eine weitere Abflachung der Erkrankungskurve.

Keine zwingende Blaupause

Daß der alternative Weg ohne Stilllegung weiter Teile der Öffentlichkeit in Schweden funktioniert, bedeutet freilich nicht zwingend, daß er auch in anderen Staaten funktioniert hätte; die dortigen Erfahrungen lassen sich nicht auf dichtbesiedelte Flächenstaaten wie Italien oder Deutschland übertragen. Im dünnbesiedelten, eher ländlich geprägten Schweden sind Übertragungsket-

ten deutlich überschaubarer. Dennoch: Der Ansatz ist vielversprechend – und könnte für EU-Staaten wie Deutschland, wo die Menschen derzeit sehnlichst auf Lockerungen hoffen, ein Modell sein für die Überbrückungsphase der kommenden Monate, bis hoffentlich ein Impfstoff vorliegt. (DM)
cid:part8.524C33CC.7628F22F@t-online.de

Kurz, knapp, präzise – Fahrplan politischer Hilflosigkeit

20. April 2020

Die aktuellen Erkenntnisse kurz zusammengefaßt, kann man also sagen:

1. Im Prinzip dürfen Sie das Haus nicht verlassen, aber wenn Sie es müssen, dann können Sie.
2. Masken sind nutzlos, aber vielleicht müssen Sie eine tragen, sie kann Sie retten, sie ist nutzlos, vielleicht ist sie aber auch obligatorisch.
3. Die Läden sind geschlossen, mit Ausnahme derjenigen, die geöffnet sind.
4. Sie sollten nicht in Krankenhäuser gehen, es sei denn, Sie müssen dorthin gehen, dasselbe gilt für Ärzte. Sie sollten nur im Notfall dorthin gehen, vorausgesetzt, Sie sind nicht zu krank.
5. Dieses Virus ist tödlich, aber dennoch nicht allzu beängstigend, außer daß es manchmal tatsächlich zu einer globalen Katastrophe führt.
6. Handschuhe werden nicht helfen, aber sie können trotzdem helfen.
7. Jeder muß ZUHAUSE bleiben, aber es ist wichtig, RAUSZUGEHEN.
8. Es gibt keinen Mangel an Lebensmitteln im Supermarkt, aber es gibt viele Dinge, die fehlen, wenn man am Abend dorthin geht, aber nicht am Morgen.
9. Das Virus hat keine Auswirkungen auf Kinder, außer auf diejenigen, auf die es sich auswirkt...
10. Tiere sind nicht betroffen, aber es gibt immer noch eine Katze, die im Februar in Belgien positiv getestet wurde, als noch niemand getestet wurde, plus ein paar Tiger hier und da ...
11. Sie werden viele Symptome haben, wenn Sie krank sind, aber Sie können auch ohne Symptome krank werden, Symptome haben, ohne krank zu sein, oder ansteckend sein, ohne Symptome zu haben. Ah.
12. Um nicht krank zu werden, muß man gut essen und Sport treiben, aber essen, was immer man zur Hand hat, und es ist besser, nicht auszugehen, nun ja, aber nein ...

13. Es ist besser, etwas frische Luft zu schnappen, aber man wird sehr schief angesehen, wenn man frische Luft schnappt, und vor allem geht man nicht in Parks oder geht, ohne sich hinzusetzen, außer daß man das jetzt kann, wenn man alt ist (in welchem Alter?!?), aber nicht zu lange oder schwanger (aber nicht alt).
14. Man kann nicht in Altersheime gehen, aber man muß sich um die Alten kümmern und Lebensmittel und Medikamente mitbringen.
15. Wenn Sie krank sind, können Sie nicht ausgehen, aber Sie können in die Apotheke gehen. Wenn Sie in einem Pflegeberuf tätig sind, dann können Sie auch mit mehr als 38°C arbeiten, kommen Sie, nicht mehr als 38°C. 37,9 ist nicht schlimm, es sei denn, Sie sind kein Pfleger.
16. Sie können sich Restaurant-Essen ins Haus liefern lassen, das möglicherweise von Personen zubereitet wurde, die keine Masken oder Handschuhe trugen. Aber Sie müssen Ihre Einkäufe 3 Stunden lang draußen dekontaminieren lassen. Auch Pizza?
17. Jeder beunruhigende Artikel oder jedes beunruhigende Interview beginnt mit „Ich möchte keine Panik auslösen, aber...“.
18. Sie können Ihre ältere Mutter oder Großmutter nicht sehen, aber Sie können ein Taxi nehmen und einem älteren Taxifahrer begegnen.
19. Sie können mit einem Freund herumlaufen, aber nicht mit Ihrer Familie, wenn diese nicht unter demselben Dach lebt.
20. Aber man sagt Ihnen, daß es nicht gefährlich ist, mit dem richtigen „sozialen Abstand“ zu gehen. Warum können Sie also nicht mit anderen Freunden oder Familienmitgliedern gehen (einer nach dem anderen), wenn Sie draußen im richtigen Abstand sind?
21. Das Virus bleibt auf verschiedenen Oberflächen zwei Stunden lang aktiv, nein, vier, nein, sechs, nein, wir haben nicht Stunden gesagt, vielleicht Tage? Aber es braucht eine feuchte Umgebung. Oh nein, eigentlich nicht unbedingt.
22. Das Virus bleibt in der Luft – nun nein, oder ja, vielleicht, vor allem in einem geschlossenen Raum, in einer Stunde kann eine kranke Person zehn anstecken, wenn es also dumm fällt, sind alle unsere Kinder bereits in der Schule infiziert worden, bevor sie geschlossen wurde.
23. Wir zählen die Zahl der Todesfälle, aber wir wissen nicht, wie viele Menschen infiziert sind, da wir bisher nur diejenigen getestet haben, die „fast tot“ waren, um herauszufinden, ob es das ist, woran sie sterben werden...
24. Wir haben keine Behandlung, außer daß es vielleicht eine gibt, die anscheinend nicht gefährlich ist, es sei denn, man nimmt zu viel ein (was bei allen Medikamenten der Fall ist).

25. Wir sollten so lange eingesperrt bleiben, bis das Virus verschwindet, aber es wird nur verschwinden, wenn wir eine kollektive Immunität erreichen, also wenn es zirkuliert... aber dafür dürfen wir nicht länger eingesperrt sein?

So ist die Lage.

Wohl wahr, mein Freund. Meinen herzlichen Dank für die aktuellen Erkenntnisse in der kurz zusammengefaßten Fassung.

So, ihr Vögel aus Berlin ...

Von H.-W. G.

20. April 2020

Jetzt ist Schluß mit lustig. 5 Wochen haben wir auf vieles verzichten müssen, viele sind von euch in die Pleite gejagt worden. 5 Wochen lang habt ihr eine unvorstellbare Panik verbreitet und uns vermittelt, daß Kontaktverbot die einzige Möglichkeit wäre, den Virus zu bekämpfen. 5 Wochen lang habt ihr uns erzählt, wir müssen das nur machen, damit das Gesundheitssystem nicht überlastet wird. 5 Wochen haben wir euch versucht, zu glauben, aber jetzt sind wir nicht mehr bereit, das zu akzeptieren, und dafür gibt es mehr Gründe als ihr euch vorstellen könnt.

Fangen wir mal mit den ganzen Wissenschaftlern, Virologen und anderen Wichtigtuern an, von denen Sie sich beraten lassen. Da ist nicht einer dabei, der auch nur eine Frage mit 100%iger Sicherheit beantworten kann. Am schlimmsten ist da der „Wir gehen davon aus“ Tierarzt „Virologe“ Wieler vom Robert Koch Institut. Auf Pressekonferenzen beantwortet er fast alle Fragen mit „Wir gehen davon aus“.

Herr Wieler, ich sage Ihnen mal was... „Ich gehe davon aus“ heißt: Es könnte sein, Ich weiß es nicht, vielleicht, evtl., möglicherweise und und und. Mit anderen Worten: Sie haben keine Ahnung. Was aber viel schlimmer ist, mit ihrer Inkompetenz verbreiten Sie eine Panik unter der Bevölkerung, die eigentlich bestraft werden müßte. Sie und Ihre Kollegen waren es, die vor 5 Wochen uns vermittelt haben, daß man möglicherweise mit einer Million Toten rechnen müßten. Wenn es etwas milder laufen würde, wären es immer noch um die 100.000 Tote. Sie haben uns vermittelt, daß sich 80% der Bevölkerung infizieren könnten. Sie waren es, die gesagt haben, unser Gesundheitssystem muß entlastet werden. Wir haben nach 5 Wochen Panik, in den Krankenhäusern in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis, sage und schreibe 9% Intensivbetten belegt. In anderen Krankenhäusern ist es nicht viel anders. Da sind auch noch Patienten dabei, die aus Italien eingeflogen wurden. Respekt, Herr Wieler und ihr Wissenschaftler. Das nenne ich mal eine Trefferquote. Schämen Sie sich eigentlich nicht??

Und jetzt nenne ich Ihnen noch ein paar Argumente, die dieses Handeln absolut und in keiner Weise rechtfertigen.

- Es steht fest, daß die Todesfallquote etwa bei 0,37% liegt. Sie, Herr „Ich gehe davon aus“, Tierarzt Wieler, haben uns eine 10% Quote eingeredet.
- Jede Influenza auf der ganzen Welt ist bisher dramatischer verlaufen als dieser Corona-Virus.
- Professoren, die Todesfälle obduziert haben, haben festgestellt, daß viele mit Corona aber nicht an Corona gestorben sind. Hinzu kommt, daß alle erhebliche Vorerkrankungen hatten.
- Selbst wenn man durch diese verheerenden Maßnahmen 2000 oder 3000 Menschenleben gerettet hätte (vielleicht auch nur für eine kurze Zeit), steht es in keinem Verhältnis, Hunderttausende Existenzen zu vernichten.
- Bei der Influenza 2018 haben Sie vom RKI 338.000 Infizierte gemeldet mit 45.000 Krankenhausbehandlungen und 25.000 Toten. Da war nicht ein Krankenhaus überlastet. Selbst 2019 waren es 180.000 Infizierte mit 18.000 Krankenhausbehandlungen.

Das sind Zahlen von Ihnen, Herr Tierarzt „Ich gehe davon aus“ Wieler, und da wurde nichts unternommen. Wer ein bißchen rechnen kann, muß doch merken, daß die Zahlen beim jetzigen Corona-Virus wie Hohn klingen.

- Es wird dramatisch davon gesprochen, daß man den Geschmacks -und Geruchssinn zeitweise verlieren kann. Geht's noch?? Bei jeder Erkältung oder Grippe ist bei mir der Geschmacks -und Geruchssinn weg. Also was wollt ihr uns mit diesem Quatsch sagen??
- In Schweden ist fast alles offen, und die Quote ist nicht unwesentlich höher als bei uns. Komisch oder?? Aber genau Ihr schlaunen Wissenschaftler und Politiker wolltet denen ein schlechtes Gewissen einreden, damit Sie auch so fatal falsch handeln wie Ihr.
- Was passiert eigentlich bei der nächsten Influenza (die definitiv kommen wird) hier im Land. Macht Ihr da den Laden wieder dicht??

Frau Merkel, jetzt mal zu Ihnen. Sie waren es, die uns vor 5 Wochen gesagt haben, daß man bei einer Verdoppelung von 12-14 Tagen wieder langsam zur Normalität zurückkommen könnte. Wir sind heute bei einer Verdoppelung von 25 Tagen, und nichts ist passiert. Wissen Sie, was ich von Ihnen und Ihren anderen Wichtigtuern halte?? Absolut nichts. Ach so, bevor es in Vergessenheit gerät. Ihr Vogel aus Bayern, mit Namens Söder, der jetzt den harten Hund in seinem Land spielt. Der war es doch, der sein Volk am 16.03.2020 noch zur Wahlurne gejagt hat, um einen Tag später den Katastrophenfall auszurufen. Unfaßbar!!!! Sie genehmigen, daß 80.000 Osteuropäer in unser Land kommen, um die Ernte zu retten. Und ihrem eigenen Volk verbieten Sie, sich mit den eigenen

Familien zu treffen. Absolut peinlich und erniedrigend. Von der Flüchtlingspolitik will ich gar nicht reden, aber Sie sind es, die dem eigenen Volk pausenlos Backpfeifen verteilen.

Und jetzt zu denen, die laut aufschreien und sagen, in Italien, Frankreich, Spanien und in den USA sterben so viele Menschen. Ganz einfach. Es sterben in diesen Ländern tagtäglich auch nicht mehr Menschen als ohne den Corona-Virus. In Italien z. B. sterben jeden Tag etwa 1.000-1.200 Menschen. Diese Quote war die ganze Zeit nicht viel anders. Aus jedem Todesfall wird aber dort ein Corona-Toter gemacht. Obduziert wird fast niemand. Man hat nur medial versucht mit Bildern von Krankenstationen, Särgen und vielem mehr, Panik zu verbreiten.

Abschließend erwarte ich, daß hier so schnell wie möglich alles auf 100% hochgefahren wird, damit weitere schlimme wirtschaftliche Schäden vermieden werden. Ich hoffe auch, daß das Volk langsam den Durchblick bekommt und den Druck erhöht.

Werde wach, Deutschland!

Einfach schön. Danke dafür!

In Deutschland ist Sicherheitsvorsorge keine „Chefsache“ – sondern „Nebensache“

Von Dieter Farwick, BrigGen a.D. und Publizist *)

21. April 2020

In diesem Beitrag geht es mir nicht in erster Linie um die „Corona-Krise“, sondern um die deutsche Sicherheitsvorsorge in allen für die innere und äußere Sicherheit relevanten Politikfeldern – u.a. die Sicherheit in der Abwehr einer militärischen Aggression, die Vorbereitung der „Inneren Sicherheit“ zum Erhalt des sozialen Friedens gegen Gegner von innen, der Energiesicherheit, der Bewältigung von Krisen – wie Naturkatastrophen oder länger andauerndem Stromausfall oder ein Massenanfall von Verwundeten nach einem Zusammenstoß zweier ICE aufgrund menschlichen Versagens und der Bewältigung einer Epidemie/ Pandemie.

Jeder dieser Notfälle kann isoliert oder in Kombination mit anderen Notlagen auftreten.

Jede Krise hat besondere Merkmale, aber es ergeben sich Herausforderungen an den gesamten Staat und die gesamte Gesellschaft.

Vor anderen Überlegungen und Maßnahmen muß das notwendige Bewußtsein geweckt werden, daß solche Notfälle möglich und wahrscheinlich sind. Ein hei-

Ber Sommer 2020 kann bereits unter bestimmten Bedingungen einen länger andauernden Stromausfall auslösen. Daher gilt für alle Menschen und Institutionen/Organisationen, die mit „Sicherheit“ zu tun haben, der Auftrag: „Expect the unexpected!“ (Erwarte das Unerwartete“)

Die sträflichen Versäumnisse der Regierung

Die ersten Meldungen über einen schweren chemischen Unfall in China erreichten deutsche Behörden Ende Dezember 2019/ Anfang Januar 2020.

Die chinesische Regierung informierte die WHO, die keine weltweite Warnung herausgab. Ein schwerer Fehler.

Es gab erste Bilder aus Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei. Das öffentliche Leben war bereits stark eingeschränkt. Die Straßen waren leer, die 60 Millionen Einwohner hatten Ausgangsverbot. Es durften sich nur Menschen mit medizinischen Berufen mit Nase-Mund-Masken öffentlich bewegen, auch um alte und kranke Menschen zu versorgen, was gut klappte, besonders durch Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Als nächste Maßnahme wurde Wuhan komplett unter Quarantäne gestellt.

Diese Maßnahmen im „fernen China“ hätten in Deutschland erste Alarmglocken läuten lassen müssen.

Am 28. Februar trat der Krisenstab der Regierung zum ersten Mal zusammen, bestehend nur aus Vertretern der Ministerien Gesundheit und Wirtschaft. Verlorene Zeit.

Das gilt auch für die erste TV-Ansprache der Kanzlerin am 18.3.2020. Sie brachte wenig Substanz, aber erhielt viel Anerkennung in der Bevölkerung.

Dieser Krisenstab sollte bei Bedarf zusammentreten. Ein solcher Mini-Krisenstab ist ein schlechter Scherz, da andere Ministerien offiziell nicht beteiligt waren.

Ein solcher Krisenstab hätte schon lange als ständiges Gremium arbeiten müssen. Dazu wird im Schlußkapitel eingehend Stellung genommen.

Die ersten Bestandsaufnahmen der personellen und materiellen Vorbereitung für Notfälle waren für das „reiche“ Deutschland sträflich vernachlässigt.

Es fehlte an ausgebildetem Personal, an persönlicher Schutzausrüstung, an Intensivbetten sowie an Beatmungsgeräten.

Bei einer Zahl von Bundesbürgern von 80 Millionen wären mindestens eine Milliarde Schutzmasken notwendig gewesen, um die ersten Tage abdecken zu können.

Der Nachschub aus China stockte, da Lieferketten unterbrochen waren – und noch sind. Es entstand ein weltweiter Schwarzmarkt mit horrenden Preisen durch zum Teil unseriöse Lieferanten.

Besondere überlebenswichtige Medikamente und Wirkstoffe sind ausschließlich in China und Indien produziert worden, weil die deutsche Pharmaindustrie diese wegen Gewinnmaximierung nach Asien „outgesourced“ hat. Für mich ein krimineller Akt gegenüber der deutschen Bevölkerung. Dazu mehr in dem Schlußkapitel.

Informationspolitik der Bundesregierung

Es gab und gibt in Deutschland keine offizielle Stelle, die für die Information der Regierung alleine zuständig ist.

7 Tage in der Woche mit fast 24 Stunden wird die Bevölkerung mit Informationen überschüttet mit Fachausdrücken – wie Herdenimmunität, Anti-Körper, Verdoppelungsrate oder Reproduktionsrate.

Zum Teil ergaben sich Widersprüche in der Bewertung des Robert-Koch-Institutes (RKI). An einem Tag wurde ein „vorsichtiger Optimismus“ geraten. Am nächsten gab es die ernste Warnung vor dem bevorstehenden Peak der Infektionen.

Generell versuchten Spahn und Wieler (RKI), die Deutschen zu beruhigen: „Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Wir sind bestens aufgestellt.“

Die Realität sah bald anders aus. Schlecht für den Ruf des anerkannten RKI.

Diese Sorglosigkeit hatte enorme Spätfolgen. „Ischgl“, „Heinsberg“ und „Tirschenreuth“ wurden zu Hot Spots, die den Virus nach ganz Europa exportierten. Waren „Skilaufen“, „Karneval/Fasching“ und „Bierzeltgaudi“ die vielen Opfer wert?

So hieß es am Anfang von dem täglich auftretenden Gesundheitsminister Spahn und dem Präsidenten des Robert-Koch-Institutes, daß Kinder und Jugendliche gegen das Corona-Virus immun seien. Das war mehr als leichtfertig. Mittlerweile wird angenommen, daß Kinder zumindest Träger des Virus sein können. Es gibt auch erste Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus gibt es erste Vermutungen, daß der Virus auch „fliegen“ kann.

Zu Beginn gab es die „offizielle“ Aufforderung, Mund-Nase-Masken zu tragen. Nachdem man wohl feststellte, daß es in absehbarer Zeit nicht möglich wäre, ausreichend Masken zu bekommen und man damit in Konkurrenz zum Ärzte- und Pflegepersonal geriete, wurde von dem Tragen der Maske sogar abgeraten.

Nach dem letzten Treffen im Kanzleramt am 15.03.2020 wurde vehement wieder das Tragen von „Alltagsmasken“ dringend empfohlen, aber nicht befohlen. Jetzt ist Bayern wieder vorgeprescht und hat das Tragen der Mund-Nasen-Maske in der Öffentlichkeit zur Pflicht gemacht.

Einige Städte, z. B. Jena, und Gemeinden haben schon vorher das Tragen solcher Masken angeordnet.

Bei diesem Treffen wurde für die phasenweise Öffnung von einem „Korridor“ gesprochen, der eingeführt würde.

Nach weniger als 24 Stunden wurde dieser Korridor zerbröselte.

Die Bundesländer pochten auf ihre Kulturhoheit und preschten vor oder hielten sich zurück.

Solche Widersprüche verunsichern die Bevölkerung und führen zu Verschwörungstheorien, die nicht hilfreich sind.

Die Corona-Leugner

Diese bilden einen harten Kern, der hinter der „Coronakrise“ böswillige Einzelpersonen oder weltweite Organisationen sieht, die eine „neue Weltordnung“ mit einer „Weltregierung“ zu ihrem Vorteil entstehen lassen soll.

Um solchen Theorien vorzubeugen, sollte jede Nachrichtensendung mit dem Hinweis beginnen und enden:

„Wir kennen das Virus noch nicht genau und wissen nicht, wann Medikamente und Wirkstoffe zur Verfügung stehen.“

Es gibt Staaten, wie Taiwan, Südkorea und Singapur, die sehr schnell entschieden und gehandelt haben und einen strikten Lock oder Shut-Down durchgesetzt haben. Aber auch diese Länder warnen trotz ihrer Erfolge vor einer Rückkehr des Virus, den man nicht genau kennt. Aktuell hat es Singapur mit einer neuen Welle hoher Infektionszahlen zu tun.

Wer ist glaubwürdiger?

Ich habe mich entschieden und neige eher dazu, den Spitzenärzten, die in der Verantwortung und tagtäglich mit den Erkrankungen zu tun haben, zu glauben. Wenn sie falsch liegen, werden sie zur Rechenschaft gezogen – bis hin zur Entlassung und Aberkennung der Approbation.

Die selbsternannten Experten, die besondere Medikamente und Wirkstoffe als „Wunderheilung“ anbieten, können sich irren – ohne Konsequenzen.

Ein besonders gravierender Mangel in der Bevorratung von Narkosemedikamenten – z. B. Propofol – wird bereits im Herbst 2019 gemeldet. Dieser Mangel hat sich noch verschärft. Siehe Spiegel Nr. 16 vom 11.04.2020

Politische Entscheidungsträger handeln auch nach persönlichen Interessen. Sie bekommen häufig von „ihren Virologen“ die Empfehlungen, die sie wollen.

Der Verantwortliche neigt eher zu vorsichtigem und step-by-step-Vorgehen.

Entscheidend bleibt der Erfolg, der erst nach langer Zeit nach einer go und stop – oder „Yo-Yo-Periode“ beurteilt werden kann.

Angst oder Hysterie sind so schlechte Ratgeber oder Aussagen wie „das haben wir schon immer so – oder noch nie so gemacht“.

Geduld und Demut sind gefragt.

- Die Corona-Krise ist ein Beispiel für die Vernachlässigung der Sicherheitsvorsorge in Deutschland.
- Dabei hat es ernste Warnungen gegeben. In einem Strategiepapier des BMI vom Ende März 2012 wurde auch ein „worst case-Szenario“ behandelt, das für Deutschland von 1,0 bis 2,7 Millionen Toten ausging.

Es fand zu wenig Beachtung.

Was ist zu tun?

Nach der Krise ist vor der Krise.

Sicherheitsvorsorge ist zuerst die Wahrnehmung, daß unser Land sehr verwundbar ist.

– Energiesicherheit

Deutschland kann bereits im nächsten heißen Sommer Probleme in der Stromversorgung und in der Wasserversorgung bekommen.

Auch da gibt es kaum ausreichende Vorkehrungen. Wie kann ein Bauer bei Stromausfall seine tausend Kühe zweimal am Tage melken? Per Hand?

– Datensicherheit

In Deutschland gibt es täglich tausende Cyber-Angriffe – z. B. auch auf den Bundestag, auf unsere Datensysteme, die meistens erfolgreich sind. Sie dienen auch der Erpressung, Spionage und Sabotage.

Die schlimmsten Fehler und Versäumnisse sind zeitnah zu korrigieren.

– Bildungssicherheit

Es gibt zu wenig Vorkehrungen technischer und personeller Art.

Das moderne und notwendige E-Learning erreicht nicht alle Schüler und Studierende.

Die Chancengleichheit wird gefährdet.

Schon nach wenigen Wochen herrscht ein Bildungschaos. Wenn in einer kleinen Wohnung mit Schulkindern und einem Homeoffice die Nerven blank liegen, gibt es keine Nachhaltigkeit.

Im internationalen Vergleich werden unsere Kinder weiter abgehängt.

- Der entscheidende Fehler ist die Tatsache, daß Deutschland keinen Nationalen Sicherheitsberater hat, der permanent mit einem interdisziplinären Team von Staats- und Völkerrechtlern, Historikern, Medizinern, Finanzexperten und Militärs zusammenarbeitet. Bei Bedarf wird externer Sachverstand hinzugezogen.

Der Leiter darf weder Politiker noch Diplomat sein. Er braucht langjährige Erfahrungen als nationaler und internationaler Troubleshooter und sollte mehrsprachig sein.

Mit seinem Team muß er permanent und systematisch die innen- und außenpolitische Entwicklung beobachten und bewerten.

Er muß das Vertrauen der wichtigsten Entscheider haben.

Er muß der Regierung ein pro-aktives Handeln ermöglichen.

Dieses Team und die politischen Entscheider müssen regelmäßig informiert werden, damit sie lernen, „voraus“ zu denken im Sinne einer Gesamtstrategie:

- Die Regierung muß klare Vorgaben machen – besonders für die Bevorratung von technischen Geräten – wie z. B. Beatmungsgeräte, Schutzbekleidung und Intensivbetten sowie für überlebenswichtige Medikamente und Wirkstoffe.
- Um die große Dunkelziffer zu reduzieren, müssen die Möglichkeiten zum Testen, Impfen und Messung der Antikörper im Blut deutlich erhöht werden.
- Dieser Vorrat muß dezentral in die Landkreise verteilt werden. Es muß regelmäßige Überprüfungen und Übungen geben. Als erfahrener Truppenführer weiß ich, daß im Ernstfall nur klappt, was im Frieden überprüft und geübt wird.
- Nur Übungen zeigen Schwachstellen auf – sei es in der Kommunikation oder in der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pflegepersonal.
- Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht haben wichtige Organisationen – wie die Freiwillige Feuerwehr, das Technische Hilfswerk – wichtiges Personal verloren.
- Nicht nur die Bundeswehr braucht dringend die Wiederbelebung des Grundwehrdienstes, dieses Mal für Männer und Frauen. Letztere sind besonders geeignet für die Betreuung von Pflege- und Altersheimen, die in einer Krise besonders benachteiligt sind – siehe die hohe Zahl von Toten und Schwersterkrankten.

– **Transportsicherheit**

Das praktizierte Verfahren „just in time“ hat den Vorteil, daß es den Empfängern der Güter eine eigene, teure Lagerhaltung erspart.

In der jetzigen Krise hat sie jedoch eine bedenkliche Krisenanfälligkeit gezeigt. Selbst in Europa hat sich erwiesen, daß Lieferketten nachhaltig unterbrochen werden können.

Eine fehlende Schraube aus Polen oder Italien kann die angestrebte Wiederaufnahme der Produktion nachhaltig verzögern.

Das System „just in time“ muß krisenfester angelegt werden.

Produktionsleiter müssen prüfen, ob es nicht angeraten wäre, einen gewissen „Handvorrat“ für wichtige Schlüsselteile anzulegen.

Auch der Lieferant aus Polen oder Italien sollte einen bescheidenen Vorrat in der Nähe seiner Firma anlegen.

Es müssen auch alternative Transportmöglichkeiten und -wege erkundet sein.

Sicherheitsvorsorge muß in Deutschland wieder zur „Chefsache“ werden – in der Politik, in Wirtschaft und Industrie, Transportwesen etc.

Es muß ein Dienstposten „Sicherheitsvorsorge“ eingerichtet werden, der die befohlene Lagerhaltung, den „Alarmkalender“ und Stellenausschreibungen, die den Einstieg von Personalsersatz oder Neueinstellungen erleichtern, auf dem Laufenden halten muß.

Der Chef oder die Chefin muß sich regelmäßig von seinem Computer entfernen und sich durch überraschende Stichproben überzeugen, ob seine/ihre Anordnungen befolgt werden. Das hat mit „Erbsenzählerei“ nichts zu tun, sondern zeigt das Interesse an der Umsetzung der Auflagen für die Sicherheitsvorsorge.

– Eine wichtige Aufgabe für Entscheider ist die Priorisierung verschiedener Vorhaben.

– In Deutschland gibt es zwei Denkschulen: Dem Gesundheitsschutz des Personals muß Vorrang eingeräumt werden. Die andere Auffassung will den „Betrieb“ zum Laufen bringen. Beide Dogmen sind falsch.

Schon im März hat das britische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ aufgezeigt, daß es eine Balance zwischen beiden Auffassungen geben muß. Die Verantwortlichen stehen vor einem „grim calculus – Covid-19 presents stark choices between life, death and the economy“.

Siehe: „The Economist“ vom 02.04.2020

– Was hat es für einen Sinn, wenn das Personal komplett und gesund ist, aber Ersatzteile für die Produktion fehlen oder die Lieferketten unterbrochen sind?

– Oder wenn in einem anderen Extrem die Maschinen laufen könnten, das Schlüsselpersonal jedoch krank zu Hause ist?

Forscher der Hemholtz-Gesellschaft – Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig – haben ein Szenario entwickelt, das den Covid-19-Erreger vielleicht einhegen könnte. Den kompletten Shutdown. Schärfer als bisher. Aller Voraussicht nach in vier, fünf Wochen nur noch köcheln. Mit so wenig Infizierten, daß wir lokale Experimente wie Schulöffnungen wagen könnten. Aber dafür müßten die Politiker geduldiger sein und auf die Wissenschaft hören. Aber nicht nur mit einem Ohr.

Siehe Spiegel 17 vom 18.04.2020 „Die ewige Seuche“

– Das gilt aber auch für die Medien und für die geplagten Eltern.

Die Menschen sollten nicht vor jedem Treffen im Kanzleramt hoffen und bangen. Man sollte in größeren Zeiträumen denken. Wir müssen uns mit der „neuen Normalität“ abfinden, die durch vorsichtige Lockerungen und

temporäre Rückschläge gekennzeichnet sein wird – für mindestens ein Jahr. Oder sogar länger?

„Erwartungen zu wecken, die man später enttäuschen müßte, das wäre nicht gut. Es wäre sogar sehr gefährlich“.

Siehe Spiegel Nr.16 vom 11.04.2020

– „Eine Studie der Harvard-Universität prognostiziert, daß die Menschen womöglich bis ins Jahr 2022 zumindest immer wieder mit Abstandsregeln leben müssen“.

Siehe Spiegel Nr. 17 vom 18.04.2020

Demut, Gelassenheit und Zuversicht kann man lernen.

*) Brig.General a.D. Dieter Farwick arbeitet seit seiner Pensionierung als Publizist.

**Ex-US-Militärarzt Dr. Rashid Buttar:
Die Menschheit soll durch unter Haut gespritzte Chips
und durch 5-G-Technologie überwacht werden**

Von Freddy Kühne *)

22. April 2020

USA gaben 3.7 Millionen Dollar für Virenforschung in Wuhan aus. Trump kündigt Untersuchung an

Falls Sie sich erinnern: „99Thesen“ hatte in einem Artikel vor Zwangsimpfungen gewarnt, wegen der Möglichkeit weltweit mit einer Massenimpfung alle Menschen mit einem Nanochip zu impfen: Dieses Ziel soll eines der Hauptziele der Agenda ID 2020 sein. Dazu gehört dann auch letztlich sogar die Abschaffung des Bargeldes.

Und nun schauen Sie sich bei Interesse das nachfolgend verknüpfte Video an, in welchem ein Arzt, der früher bei den US-Streitkräften diente, interviewt wird:

Im Interview mit Next News Network richtet der Ex-US-Militärarzt Dr. Rashid Buttar, der über Akkreditierungen von drei medizinischen Verbänden verfügt, den Vorwurf an die Adresse von Dr. Fauchi, Bill Gates und der WHO, am Ziel der Überwachung durch gechipte Menschen zu arbeiten. Er sagt, daß es diese Nanochiptechnologie bereits seit circa 4 Jahren bei US-Soldaten gäbe, damit man sie auf 5-Fuß genau auch hinter feindlichen Linien jederzeit orten kann. Des weiteren beschuldigt er im Interview Dr. Fauchi und Co, Gelder der USA nach China umgeleitet zu haben, um mit diesen Geldern dort virologische Forschungsarbeiten durchführen zu lassen. Dr. Rashid Buttar behauptet, die Umleitung dieser Gelder nach China sei nicht rechtens abgelaufen. Auch der sogenannten Weltgesundheitsorganisation WHO gibt Dr. Rashid Buttar kräftig

einen mit. Am Ende dieses Beitrags finden sie zum Thema „Die WHO ist korrupt“ einen Videobeitrag.

In Wuhan gibt es laut Recherchen von Peter Helmes – einem langjährigen Politikberater der CDU/CSU-Bundestagsfraktionen, Wahlkampfmitarbeiter von Franz-Josef Strauß und ehemaligem Bundesgeschäftsführer der Jungen Union Deutschlands – indes tatsächlich ein privates Virenlabor von Gates sowie ein staatliches Labor der chinesischen Behörden. Gemäß den Recherchen von Helmes ließ Gates in einem Planspiel auch das Coronavirus in Südamerika ausbrechen.

Helmes recherchierte sogar die Adresse von Bill Gates Labor: WuXi Pharma-Tech Inc. Adresse: 666 Gaoxin Road East Lake High-tech Development Zone Wuhan 430075, China

<https://www.wuxiapptec.com/about/location>

US-Regierung gab 3.7 Millionen Dollar für Virenforschung am Institut für Technologie in Wuhan aus

Gemäß einem Bericht von Techstartups vom 13. April 2020 hat die US-Regierung dem staatlich-chinesischen Labor in Wuhan – dem Wuhan-Institut für Technologie – das unter Verdacht steht, für den Coronavirus-Ausbruch verantwortlich zu sein – 3.7 Millionen Dollar Unterstützung garantiert. Dieses Labor soll mit dem circa 1600 Kilometer entfernten Tierversuchslabor in Yunnan kooperiert haben. Der US-Zuschuß war Teil eines Coronavirus-Experiments an Säugetieren, die in den Höhlen von Yunnan gefangen wurden. Die US-Finanzierungs-Verträge dazu wurden übrigens bereits im Jahre 2015 – also noch unter der Obama-Clinton Administration abgeschlossen.

Die US-Regierung gab demnach diese Programme und das Geld über das US-Agrarministerium frei, ohne jedoch selbst eine genaue Kontrollmöglichkeit über die Verwendung der Gelder und über die Ausgestaltung der Forschungsziele und -abläufe zu haben. Nun – vielleicht war diese Unkontrollierbarkeit damals sogar auch beabsichtigt.

Dr. Fauchi selbst soll über diese Programme informiert gewesen sein. Er gilt seit Jahrzehnten als Virenexperte der USA. Seit Januar 2020 gehört Dr. Fauchi zudem der Covid-19 Taskgruppe des Weißen Hauses an. In dieser Funktion hatte er noch am 29. Februar 2020 die Sterblichkeitsrate auf „eher bei 1 Prozent denn bei zwei Prozent“ liegend eingeschätzt und damit die Gegenmaßnahmen der Trump-Regierung gebremst.

Quellen Wikipedia + Techstartups.

Hatte man so Trump – möglicherweise bewußt – in die Irre geführt, damit sich das Virus auch in den USA schneller und besser ausbreiten kann?

Zuerst hatte man angenommen, das Virus sei auf dem Tiermarkt in Wuhan ausgebrochen...

Nun muß es ja nicht so sein, daß die Labore von Gates und der chinesischen Regierung vollkommen getrennt voneinander gearbeitet und geforscht haben. Theoretisch denkbar wäre ja auch ein Know-How Transfer zwischen beiden Laboren: Ein solcher könnte über Personalabwerbung, Personalgestellung oder Personaleinschleusung – oder eine offizielle Kooperation – vorgenommen worden sein.

Wie dem auch sei: Wir werden die Wahrheit wohl niemals vollständig erfahren, denn alle Seiten werden es auf die andere Seite schieben, oder werden sich in Schweigen hüllen.

US-Präsident Trump kündigt Untersuchung der Virenforschungsprogramme in Wuhan an

Noch im Jahre 2017 gelang es Bill Gates laut eigener Aussage, die vom damals neu gewählten US-Präsidenten Trump angedachte Überprüfung der Programme von „NIH“ und „Pepfar“, durch persönliches Vorsprechen beim Präsidenten zu verhindern.

US-Präsident Trump jedenfalls hat eine Untersuchung der Finanzierung dieser Programme „NIH“ und „Pepfar“ nun vorgestern – also am 20. April – angekündigt, bzw. mitgeteilt, daß er diese Untersuchung gerade eingeleitet hat.

Vermutlich hat man vor dem US-Präsidenten bisher Details und Inhalte dieser Geheimprogramme verborgen, und er hat erst vorgestern – oder kurz davor – von ihnen erfahren.

„Amazing Polly“ – eine kanadische investigative Youtuberin – klärt Sie im unten beigefügten Video über einige Details dazu auf, wenn Sie mögen.

Entzug von Zugangsrechten oder Teilentzug von Funktionsrechten auf sozialen Netzwerken von Virologen, Epidemiologen und Ärzten, die anders denken und reden

Seltsam ist es nur, daß Virologen und Epidemiologen und Ärzte, die ihre warnenden Stimmen erheben, Email-Accounts entzogen werden wie bei Prof. Bhakdi oder man auch den Zugang zu ihren Konten bei Youtube und Facebook abschaltet oder deren Verwendungsmöglichkeiten einschränkt, wie man es schon bei so vielen (Jörg Gebauer, Peter Helmes, Imad Karim u.a.) und nun auch bei Dr. Rashid Buttar gemacht haben soll.

Solche Abschaltungen hätten wir in einer Demokratie noch vor 10 Jahren für unmöglich gehalten. Aber inzwischen kennen wir das mit den Abschaltungen seit 2015 ja auch in Deutschland. Ein prominentes Beispiel war ja der Journalist Imad Karim.

Erst durch teures und zeit- und nervenaufwändiges Beschreiten von Rechtswegen wurden viele der gesperrten Konten inzwischen wieder freigegeben.

Am Ende ist das Covid-19 Virus möglicherweise tatsächlich ungefährlicher, als es jetzt von bestimmten medizinisch-pharmazeutischen Netzwerken (Gavi, WHO uva.) dargestellt wird: Die Angst vor dem Virus würde dann von diesen medial geschürt, die Medien mißbraucht, um sowohl die wirtschaftlichen-finanziellen Interessen von bestimmten Großinvestoren als auch deren Agenda von der Überwachung aller Menschen durch Schüren von Angst umsetzen zu können.

Fazit: Grund-, Bürger- und Freiheitsrechte scheinen immer stärker auf die Unterstützung der wachsamem, mündigen, mutigen und aufgeklärten Bürger angewiesen zu sein!

PS: Zu den weltbekannten Verschwörungstheoretikern und/oder Populisten gehören Robin Hood, Jeanne d'Arc, Martin Luther, die NS-Widerstandskämpfer General von Stauffenberg, Carl Goerdeler, Bonhoeffer, Anne Frank oder die DDR-Bürgerrechtler Wolf Biermann, Vera Lengsfeld, Angelika Barbe und viele andere ...

Original: <https://99thesen.com/2020/04/21/ex-us-militaerarzt-dr-rashid-buttar-die-menschheit-soll-durch-unter-haut-gespritzte-chips-ueberwacht-werden/>

****) Freddy Kühne betreibt das Blog <http://99thesen.com> und ist regelmäßiger Kolumnist bei uns.***

Corona: Ein ganzes Volk auf Sigmund Freuds Couch

Von Michael van Laack *)

24. April 2020

Manche haben Panik, andere machen Panik, einige demonstrieren Gelassenheit. Fragt man jedoch gezielt nach, trifft man auch bei diesen auf eine keineswegs sehr tief vergrabene Panikschicht der einen oder anderen Sorte. Urängste erwachen bei vielen, seien es nun Atheisten oder Angehörige welcher Religion auch immer. Angst vor dem Sterben bzw. dem Tod; vor dem Ableben geliebter Menschen; Furcht vor dem Verlust von Wohlstand und Sicherheit, Freiheit oder Demokratie.

Bereits sehr früh (im ersten Märztritte!) habe ich diese Zeit eine „bleierne“ genannt. Und das ist sie für die allermeisten. Allen drückt etwas auf der Seele. Die Kompensation dieses Drucks ist selbstverständlich so vielfältig wie die Individuen, denn jede „Seele“ ist anders besaitet!

Entlang einiger Freud-Zitate werde ich – was mich betrifft letztmalig – das Thema Corona anfassen in Bezug auf Restriktionen und Reaktionen darauf. Zu politischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen werde ich vielleicht das ein oder andere schreiben in den nächsten Wochen und Monaten, aber ich mag weder

mit den Regierungswölfen heulen, noch mich jenen Hyänen weiterhin in den Weg stellen, deren Ziel es ist, Unfrieden und Unzufriedenheit zu stiften, Gesellschaft zu spalten und unsere Republik in den Grundfesten zu erschüttern.

„Der Mensch ist eben ein
»unermüdlicher Lustsucher«,
und jeder Verzicht auf eine einmal
genossene Lust wird ihm sehr schwer.“

Das Leben in vollen Zügen genießen und sich so Befriedigung verschaffen. Vor Corona für sehr viele Menschen eine Selbstverständlichkeit. Ganz egal, ob es nur das Sonnenbad am Baggersee ist, Unternehmungen und Gespräche mit Freunden, ein gutes Essen, schöne Kleidung, die perfekte Frisur, die Ausfahrt mit dem von vielen bewunderten Cabrio... Vieles davon ist selbstbefriedigend oder generiert Bestätigung des Selbst durch Dritte. So lange wir es haben, nehmen wir es gar nicht als solches wahr. Erst dann, wenn es uns fehlt, wenn wir es nicht mehr bekommen können, fällt uns auf, daß z. B. der Herkules-Grillteller beim Griechen, der Theaterbesuch, die Pilates-Selbsterfahrungsgruppe, das Bundesliga-Spiel im TV oder das Flaschenbier unter Kollegen an der Trinkhalle das gleiche Resultat liefert wie Sex: Lustgewinn.

In Corona-Zeiten fehlt ein großer Teil dieser (Selbst)-Befriedigung, (Selbst)-Darstellung und (Selbst)-Bestätigung. Privat und beruflich. Es müssen Schuldige her, die diese Mängel verursacht haben. Das Virus ist keine Person, wir können es nicht zur Verantwortung ziehen. Also müssen andere her. Politiker oder Mediziner bieten sich da selbstverständlich in vorderster Front an.

„Die Religiosität führt sich biologisch auf die langanhaltende Hilflosigkeit und Hilfsbedürftigkeit des kleinen Menschenkindes zurück, welches, wenn es später seine wirkliche Verlassenheit und Schwäche gegen die großen Mächte des Lebens erkannt hat, seine Lage ähnlich wie in der Kindheit empfindet und deren Trostlosigkeit durch die regressive Erneuerung der infantilen Schutzmächte zu verleugnen versucht.“

Diesen Artikel schreibe ich nicht aus Sicht eines Katholiken, der ich ja nun mal bin und bis zu meinem biologischen Tod zu bleiben beabsichtige. Das ändert aber nichts daran, daß sich mit Freud erklären läßt, warum so viele Menschen sich gerade in der Krise verlassen fühlen von der Kirche, der Synagoge, der Moschee oder dem Tempel. Gar regelrecht verraten! Denn augenscheinlich ist den Führern der jeweiligen Religion die Weisung des Staates wichtiger als die jeweiligen Gebote, die Gottesdienste, das Ausleben des Glaubens in gleichgesinnter Gemeinschaft.

Gerade in Zeiten der Bedrängnis, der Furcht vor der Seuche, vor Arbeitsplatzverlust oder gar jenem der bürgerlichen Existenz zeigt sich die Bindekraft von Religion – ihr Zufluchtpotential – überdeutlich. Nicht nur bei denen, die regel-

mäßig Gottesdienste besuchen (den so genannten Praktizierenden). Nein, mit Blick auf schwere Krankheit und Tod sind es in diesen Zeiten oft die so genannten „Lauen“, die nur noch gewohnheitsmäßig Kirchensteuer Zahlenden, sogar ausgesprochene Leugner der Allmacht welchen Gottes auch immer. Sie spüren unterbewußt, wie wichtig Religion in Krisenzeiten ist. Allerdings eben nicht nur für das Individuum, sondern als Klebstoff. Als Kitt, der das Gemeinwesen zusammenhält. Wirklich zugestehen wollen Atheisten das aber selbstverständlich nicht; so tritt ihr unterbewußtes Erkennen heraus, in dem sie die Freiheit als oberstes Prinzip zur Begründung ihrer Forderungen einführen.

„Worte und Zauber waren ursprünglich ein
und dasselbe. Auch heute besitzt
das Wort eine starke magische Kraft.“

In dieser Krisenzeit sehen wir einmal mehr die Wirkmächtigkeit des Wortes. Um den richtigen Weg wird gerungen mit gewaltigen Kräften von jenen, die berufen sind, und jenen, die sich für auserwählt halten. Zauberworte bestimmen die Debatte:

„Coronoia“, das magische Wort der radikalen Gegner der aktuellen Einschränkungen. Ein Wahn läge über den Regierenden, der sie dazu zwingt, die radikalen Entscheidungen zu treffen. Oder ihre Lust am Herrschen sei übermächtig, vergleichbar mit der Sexsucht, die eben auch rücksichtslos mit den Nächsten umgeht, um ihre Gier nach mehr zu befriedigen. Der Glaube an das Wahnhafte in den unsere Befriedigungsmöglichkeiten einschränkenden Akteuren macht viele anfällig für falsche Propheten jeglicher Couleur.

„Social distancing“ ist ein anderes dieser magischen Worte. Haltet Abstand voneinander, und alles wird gut. Es ist der Glaube an eben dieses „gut werden“, der so viele die geforderten Abstände freiwillig einhalten läßt; der den Sinn von Maskenpflicht nicht hinterfragt; der sich keine Gedanken darüber macht, warum es in Kaufhäusern mit 799 qm ungefährlicher sein soll als in Geschäften mit 801 qm.

Freiheit ist immer relativ

Das Wort, dem der größte Zauber innewohnt, ist allerdings „Freiheit“. Denn jedes Individuum, ja gar jede Materie, strebt scheinbar nach ihr: nach selbstbestimmter Bewegung. Unberücksichtigt lasse ich, daß letztendlich das Universum nach Bewegungslosigkeit, nach Ruhe strebt. Das ist hier ja kein Traktäthen zur Kernphysik. Also: Jede Bewegung ist Ausdruck des Willens, sich den Gesetzen der Schwerkraft nach Belieben zu entziehen und nicht entsprechend der Weisung Dritter Bewegungen zu vollziehen und Akte zu setzen.

In unseren Zeiten wird dieses Zauberwort von allen Seiten mißbraucht. Von der Regierung, die Freiheit bloß in Aussicht stellt, aber sie niemals vollständig gewähren kann, denn Gesetze schränken Freiheit immer ein. Strafen ebenso.

Die Regierungsgegner schüren Ängste: „Man will Euch die Kraft nehmen, die der Freiheit innewohnt. Ihr sollt entzaubert werden, zu Sklaven der Freiheitsdiebe. Corona ist Lüge, ist Panik, ist Werkzeug zum Erreichen eines Totalitarismus.“ Übersehen wird hier, daß jene, die so nach Freiheit rufen, am Ende der Geschichte an der Spitze Herrscher über die Freiheitsbewegten sein wollen. Denn wer manipulative Tools einsetzt, um Unzufriedenheit und Widerstand zu generieren, wird sich dieser Tools auch dann wieder bedienen, wenn – um in Deutschland zu bleiben – „das Regime Merkel hinweggefegt ist.“ Freiheit ist diesen Leuten immer nur die eigene Freiheit. Sie kennen keine Freunde, sie brauchen nur Steigbügelhalter.

„Auf die Dauer kann der Vernunft
und der Erfahrung nichts widerstehen.“

Aktuell sehe ich nur Unvernünftige. Auf der einen Seite die Regierenden, die heute ihr Geschwätz von gestern nicht mehr interessiert. Sie nennen das „Die Lage ist dynamisch.“ Sie könnten auch sagen „Wir betreiben ‚learning by doing‘, weil wir nicht die geringste Ahnung haben, was richtig und was falsch ist.“

Das spüren die Bürger selbstverständlich, die in der Mehrheit keineswegs so dumm sind, wie es manche Entscheider sich wünschen. Denn letztendlich ist es ja doch (trotz des überproportionalen Freiheitsgeschreis) klare Führung, was die meisten Bürger erwarten. Doch in diesen Tagen spüren viele, daß diese Führung nur ein mit Wasserfarben von zahlreichen Haltungsjournalisten prachtvoll gezeichnetes Pseudo-Ölgemälde ist.

Dies wiederum treibt viele an, jenen Vertrauen zu schenken, die das Virus und den Rest der Problemwelt mit einfachen Worten erklären zu können vorgeben und einfache Lösungen anbieten. Das ist der Grund, warum so vielen hauptberuflichen Zweiflern und Verschwörungstheoretikern Glauben geschenkt wird. Die Bevölkerung spürt die Verunsicherung ihrer Führung. Diese Verunsicherung greift über, und so sucht man nach Heilsbringern, die sich als „vernünftig“ verkaufen, oft aber Erfahrung nur suggerieren und mit zahlreichen magischen Worten arbeiten.

Ich hoffe, daß dieser Zustand nur von kurzer Dauer sein wird und Vernunft bei den Bürgern (wieder) die Oberhand gewinnt, deren Abwesenheit es ja hauptsächlich ist, die Angst und Furcht auslöst.

Zum Ende – weil mir für diesen Artikel einfach kein guter Schluß einfallen mag – ein weiteres Wort des Psychoanalytikers Freud, das manchen Leser überraschen oder gar irritieren mag.

„Gewollte Vereinsamung
und Fernhaltung von den anderen
ist der nächstliegende Schutz
gegen das Leid, das einem
aus menschlichen Beziehungen
erwachsen kann.“

***) Michael van Laack ist vielgelesener Kolumnist des Blogs „Philosophia Perennis“, den Dr. David Berger betreibt und mit dem ich einen regelmäßigen Austausch pflege.**

Corona: Widerspruch zur Maskenpflicht

Von Toni Trixi

25. April 2020

Hiermit lehne ich das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ab und widerspreche der Maskenpflicht meines Bundeslandes.

Dies begründe ich wie folgt:

I. Grundgesetz

1. „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.“ (**Artikel 2, Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland**)

Mit der Maskenpflicht ist man dazu gezwungen, ein Objekt an seinem Körper zu tragen, das das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit wie folgt einschränkt. Ein Mund-Nasen-Schutz verdeckt wesentliche Teile eines Gesichtes, insbesondere die Mundpartie. Vom Mundbereich geht jedoch ein essentieller Teil der Mimik – der zwischenmenschlichen Sprache – aus. Ist die Mimik durch einen Mund-Nasen-Schutz verdeckt, ist es nicht möglich, mit seinen Mitmenschen frei zu kommunizieren und seine Persönlichkeit frei zu entfalten. Daher verstößt die Maskenpflicht gegen Art. 2, Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und ist demnach unzulässig.

II. Gesundheitliche Gründe

1. Durch das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes steigt die Rückatmung von Kohlendioxid signifikant an. Das kann zu folgenden, unmittelbaren Gesundheitsrisiken führen. Eine Doktorarbeit, die 2004 bei der Technischen Universität München eingereicht und 2005 von der Medizinischen Fakultät angenommen wurde, hat „die Auswirkungen des Tragens u.a. von einfachen Schutzmasken untersucht.“ Das Ergebnis: „Sofort nach Anlegen einer normalen dünnen OP-Maske atmet man viel mehr ausgeatmetes CO₂ ein. Es kommt zu Müdigkeit, schnellerer Atmung, Herzunregelmäßigkeiten, Konzentrationsschwäche,

schlechterer Feinmotorik.“ Da die Pflicht, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, in allen Bundesländern „aus gesundheitlichen Gründen“ abgelehnt werden darf und die gesundheitlichen Gründe hier dargestellt wurden, nehme ich von diesem Recht Gebrauch und lehne das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes aus gesundheitlichen Gründen ab.

2. Wie unter III. (1) & (2) von Experten bestätigt, überwiegt die Gefahr, sich bei unsachgemäßer Benutzung eines Mund-Nasen-Schutzes mit dem Virus zu infizieren, seinen Nutzen. Da ich ohne Unterrichtung durch medizinisches Fachpersonal keine sachgemäße Benutzung des Mund-Nasen-Schutzes sicherstellen kann, lehne ich das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes aus gesundheitlichen Gründen ab.

III. Experten-Meinungen

1. Der Notfallhilfedirektor der Weltgesundheitsorganisation (im Folgenden mit „WHO“ abgekürzt) Michael Ryan hat im Namen der WHO davon abgeraten, einen Mundschutz zu tragen, wenn man nicht selbst krank ist. „Es gebe keinerlei Anzeichen dafür, daß damit etwas gewonnen wäre. Das Risiko, sich beim falschen Abnehmen zu infizieren, birgt eine größere Gefahr als der Nutzen des Mundschutzes.“ (31.03.2020)
2. Der Vorsitzende des Weltärztesbundes Frank Ulrich Montgomery hält eine gesetzliche Pflicht zum Tragen eines Mundschutzes für falsch. „Wer eine Maske trägt, wähnt sich in Sicherheit.“ Bei unsachgemäßem Gebrauch können Masken sogar gefährlich sein. „Im Stoff konzentriert sich der Virus, beim Abnehmen berührt man die Gesichtshaut. Schneller kann man sich kaum infizieren“, warnt Montgomery. (23.04.2020)
3. In einer Studie vom 20.03.2020 hat die Bauhaus-Universität Weimar untersucht, wie effektiv ein Mundschutz im Vergleich zu keinem und in den Ellenbogen-Husten ist. Das Ergebnis: „Hustet der Träger in eine handelsübliche Staubschutzmaske, strömt die Atemluft genauso wie ohne Schutzmaßnahme primär nach vorn aus. Würde eine andere Person davor stehen, bringt die Maske überhaupt nichts.“ Selbst ein chirurgisch-medizinischer Mundschutz bietet keinen 100prozentigen Schutz. Dagegen erweist sich das Husten in den Ellenbogen als sehr effektiv: „Die Tröpfchen haben keine Möglichkeit zu entweichen. Wenige Partikel können entweichen.“
4. Das Robert-Koch-Institut weist im Artikel „COVID-19: Hygiene- und andere Schutzmaßnahmen. Schutz vor Ansteckung“ darauf hin, daß „es keine hinreichenden Belege dafür gibt, daß das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes das Risiko einer Ansteckung für eine gesunde Person, die ihn trägt, tatsächlich verringert.“

Virologe Prof. Dr. Christian Drosten stellte in einem Interview klar, daß ein Mundschutz die Verbreitung des Coronavirus nicht aufhält. „Damit hält man das nicht auf. Die technischen Daten dazu sind nicht gut.“ (29.01.2020)

Wie aufgeführt lehne ich aus gesundheitlichen Gründen und in Betrachtung der Aussagen von Fachexperten das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ab und weise vorsorglich darauf hin, daß der Zwang zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes gegen Art. 2, Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt.

Außerdem erkläre ich, im Falle einer Ordnungswidrigkeitenanzeige gegen die Zahlung eines Bußgeldes Einspruch einzulegen und der Zahlung erst nachzukommen, wenn höchststrichterlich festgestellt worden ist, daß eine Maskenpflicht grundgesetzkonform ist. <https://t.me/coronafakten>

Mit Dank an Toni Trixi für diese Übermittlung. Peter Helmes

IG MED: „Verschlepptes Krisenmanagement und grobe Fehleinschätzungen“ – Vernichtende Kritik an Bundesgesundheitsministerium und -minister

13. Mai 2020

Ärzteinteressengemeinschaft erhebt schwere Vorwürfe

In den letzten Wochen durfte man teilweise atemlos verfolgen, wie Politik und Medizin sich entweder widersprechen, sich gegeneinander ausspielen lassen oder miteinander kungeln – also die ganze Bandbreite der Tricks und Kniffe aus Politik und Verbänden erleben.

Allerdings ebenso nicht zu überhören sind die zunehmend lauter werdenden Warnungen besonnener Fachleute, insbesondere aus der Ärzteschaft.

Nun meldet sich ein Verband zu Wort, dessen ärztliche Mitglieder in der Auseinandersetzung die sterilen Gummihandschuhe abgelegt haben und mit „schlagkräftigen“ Argumenten antreten. Und diese Argumente haben es in sich, wie der weiter unten stehende Text zeigt.

Bei der IG MED handelt es sich nach der eigenen Verbandsdarstellung um niedergelassene Ärzte aller Fachrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet, die „den gefährlichen Entwicklungen im Gesundheitssystem der letzten Jahre Einhalt gebieten und für würdige Bedingungen für unsere Arbeit“ kämpfen wollen (IG MED = Interessengemeinschaft Medizin).

Selbstkritik üben sie zuerst an „sämtlichen Körperschaften, Standesvertretungen und Berufsverbänden“, die lange tatenlos zugesehen hätten, „wie sich die Rahmenbedingungen unserer ärztlichen Tätigkeit bis ins Unerträgliche ver-

schlechtern haben. **Damit muß endlich Schluß sein – wir nehmen das Zepter selbst in die Hand**“ – schreiben sie auf ihrer Homepage.

<https://www.ig-med.de/>

Nun tritt die IG MED mit handfesten Vorwürfen auf und attackiert insbesondere Bundesgesundheitsminister Spahn. In einem Schreiben an Kanzleramtsminister Dr. med. Helge Braun MdB erhebt sie nicht nur die erwähnten schweren Vorwürfe, sondern fügt auch einen alarmierenden Analysebericht der betr. Arbeit bzw. Versäumnisse hinzu.

Harter Vorwurf: Auf die Pandemie kaum vorbereitet

Das Bundesgesundheitsministerium bzw. dessen betroffene Abteilungen Z, Teile der Abteilung 6 sowie die Referate L3 und L6 sowie der Bundesgesundheitsminister selbst hätten es versäumt, sich auf die drohende und derzeit wirkende Pandemie ausreichend vorzubereiten.

„Das Management der vorhandenen Wissensquellen wurde vernachlässigt, die notwendige Entscheidungsgrundlage somit vermeidbar geschmälert und daher inadäquat agiert. Daraus resultierten vermeidbare und vorwerfbare Versäumnisse, die zu einer Gefährdung des medizinischen Personals, der Aufrechterhaltung der Organisationsstrukturen im Gesundheitswesen und damit auch der betroffenen Patienten und indirekt auch der gesamten Bevölkerung beigetragen haben“, schreiben die Autoren an das Kanzleramt.

Dadurch hätten sich – vermeidbare – Mangelsituationen (z. B. bei dringend benötigten Schutzmaterialien) ergeben. *„Hierdurch wurde das gesamte medizinische Personal vermeidbar massiv gefährdet und konsequent sogar die Überforderung des Gesundheitswesens insgesamt wahrscheinlicher gemacht. Die notwendige Versorgung mit Schutzmaterial wurde zudem deutlich verteuert, was seinerseits – namentlich wegen der vorangegangenen Warnungen aus den diversen Planungsphasen – ohne weiteres zu vermeiden gewesen wäre.“*

Auch die Warnungen der Pharmazeutischen Industrie und des Medikamentengroßhandels bezüglich der Lieferfähigkeit lebenswichtiger Arzneimittel seien nicht ausreichend gehört worden.

„Wären die Warnungen von diesen Seiten rechtzeitig berücksichtigt worden, hätte eine rechtzeitige Bevorratung oder zumindest eine entsprechende vertragliche Reservierung von Schutzmaterial und Medikamenten erfolgen können, was zu einer deutlichen Entspannung in der Versorgung potentiell infektiöser Patienten geführt hätte. Die Gefährdung des medizinischen Personals hätte minimiert werden können. Auch eine Arzneimittelreserve hätte eingerichtet werden können und müssen.“

Noch deutlicher wird der Angriff auf den Bundesgesundheitsminister direkt: Durch eine fehlerhafte Risikoeinschätzung sei es zu einer Verschleppung der notwendigen Maßnahmen gekommen.

D. Ilka Enger, die Vorsitzende der IG MED, erklärte zur Begründung des Schreibens an den Kanzleramtsminister: „Wenn man alle die Erkenntnisse genutzt hätte, die man bereits 2007 und noch einmal 2013 gewonnen hatte, dann wäre Deutschland besser gerüstet in die Covid-Pandemie gegangen.“ **So aber habe das Bundesgesundheitsministerium in seinem Wissensmanagement „kläglich versagt und wichtige Empfehlungen jahrelang in den Schubladen verstauben lassen.“**

Durch die Versäumnisse im Bereich der Vorhaltung von Schutzmaterialien wie Mund-Nasen-Schutz, FFP2-Masken und Schutzkleidung sei gerade das ärztliche Personal und dort besonders die ambulant tätigen Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten, aber auch alle anderen in medizinischen Berufen Tätigen, „einem Risiko ausgesetzt“ worden, „das in der Verantwortung des Bundesgesundheitsministeriums lag und liegt“.

Das Gesundheitswesen in unserem Land sei durch „Kostendämpfungsmaßnahmen kaputt gespart und unzureichend vorbereitet“ worden. „Und auch in der Krise wird weiterhin am falschen Ende gespart: Statt einheimische Firmen mit der Herstellung von Schutzmaterial zu beauftragen, setzt man weiterhin auf den chinesischen Import und riskiert dabei auch die Belieferung mit ‚Schrott-Masken‘“.

Hier der Wortlaut des gesamten Schreibens an Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun:

(Hervorhebungen durch Peter Helmes)

Bundeskanzleramt Herrn Kanzleramtsminister Dr. med. Helge Braun -persönlich- 11012 Berlin

(Absender: Vorstand der IG MED e.V., Postadresse: Aussiger Str. 11 93073 Neutraubling

E-Mail: vorstand@ig-med.de - Datum: 05.05.2019)

Betrifft: Richtlinienkonformität der amtlichen Aufgabenerfüllung durch die Bundesgesundheitsminister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesgesundheitsministeriums in Fragen des Schutzes der Bevölkerung vor den Gefahren einer Pandemie, insbesondere in Gestalt drohender Virusinfektionen in der Zeit seit dem Jahr 1996

Bezug: Gesundheits- und Ordnungsrecht im Allgemeinen sowie insbesondere Infektionsschutzrecht

Sehr geehrter Herr Kollege Braun,

nach Artikel 65 Satz 1 des Grundgesetzes bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und trägt für deren Einhaltung die Verantwortung. Wir wenden uns daher hier an Sie als den zuständigen Minister im Bundeskanzleramt, um mit Ihrer – als Fachkollege auch erwartbar medizinisch qualifizierten – Hilfe aufarbeiten zu können, welche Fehler in den uns und unsere Patienten betreffenden Lebensbereichen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie gemacht worden sind und wer genau dafür zur Rechenschaft gezogen werden muß.

Als rechtsfähige Vereinigung von Leistungserbringern im Gesundheitswesen haben auch wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern die jüngsten Ereignisse um die sog. „Corona-Krise“ mit wachsender Sorge beobachten und begleiten müssen. In dem Bestreben, aus Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, sind wir aktuell damit befasst, diejenigen Personen und Organisationen zu ermitteln, deren Handeln vor und während der „Corona-Krise“ vermeidbare Probleme hat entstehen, entstandene Probleme sich hat vergrößern und bestehende Probleme nicht hat unmittelbar bereinigen lassen.

Nach unserem Eindruck war die Handhabung der „Corona-Krise“ 2019/2020 durch das Bundesgesundheitsministerium nicht nur bereits in der Vorvergangenheit, sondern in ihrer konkreten Entstehungsphase, in der Alarm- und in der Risikophase vorwerfbar unzulänglich. In der Zeit seiner Amtsverantwortung treffen diese Vorwürfe augenscheinlich, wie sogleich im Einzelnen ausgeführt, insbesondere auch Herrn Minister Jens Spahn persönlich.

Wir bitten Sie hiermit um Ihre amtliche Prüfung, ob und inwieweit die nachstehend spezifizierten Koordinierungs-, Planungs- und Umsetzungsmängel der Genannten mit den dem Ministerium und den Ministern von der Frau Bundeskanzlerin seit ihrem Amtsantritt jeweils gesetzten Richtlinien in Einklang standen, gegen sie verstießen, ob es Nachjustierungen oder Kritik gab, wie diese artikuliert wurde und wann welche Konsequenzen daraus gezogen wurden.

Angesichts der überragenden Bedeutung der aktuellen Pandemie für Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger, für die Verantwortlichen im gesamten Gesundheitssystem sowie für unsere Volkswirtschaft insgesamt erwarten wir Ihre baldmöglichste Antwort. Unser Petikum ist getragen von der Hoffnung, daß die Freiheit der Information und die Sorgfalt Ihrer Antwort uns künftig helfen wird, der Gesundheit jedes einzelnen Menschen wie auch der Bevölkerung in Zeiten der Pandemie besser zu dienen, Leben zu erhalten, Gesundheit zu schützen und wiederherzustellen, Leiden zu lindern, und allen Betroffenen den nötigen Beistand zu leisten.

Dies vorausgeschickt, stellen wir fest:

Zeitlicher Hintergrund

Nach dem weltweiten Ausbruch des Virus H5N1 im Jahre 1996 wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Leitfaden („Influenza Pandemic Plan“) erstellt, um für künftige Fälle vergleichbarer Gefährdung eine weltweit bessere Handhabbarkeit zu ermöglichen. Ergebnis dieser Arbeit war, daß im Jahre 1999 eine Empfehlung für nationale Pandemiepläne veröffentlicht werden konnte. In der weitere Folge wurde auch in Deutschland im Jahre 2005 ein zweiteiliger nationaler Pandemieplan erstellt, dessen 2. wissenschaftlicher Teil im Jahre 2016 angefügt werden konnte. Im Folgejahr, 2017, wurde der 1. Teil dieses deutschen Pandemieplanes nochmals aktualisiert. All dies geschah in dem Wissen und Bewußtsein, daß die erneute pandemische Ausbreitung eines hochkontagiösen Virus bevorstehen könnte. Diese Befürchtung wurde unterlegt durch „kleinere“ Ausbrüche wie die SARS-1-Pandemie im Jahr 2002/2003 mit insgesamt 1.000 Todesfällen weltweit, die MERS-Pandemie 2012 bis 2014 mit ca. 500 Infizierten und 145 Todesfällen, sowie Ausbrüchen von Influenza A, wie der Vogelgrippe (H5N1), seit 2005 mit wiederkehrenden lokalen Ausbrüchen, der sog. Schweinegrippe (H1N1) 2009/2010, und einer Grippesaison 2017/2018 mit den höchsten Todesraten der letzten 30 Jahre.

Es kann daher – nach einer somit bald fünfundzwanzigjährigen (!), einschlägigen Befassung aller fachlich zentral zuständigen Stellen des Bundesgesundheitsministeriums – vernünftigerweise nicht davon ausgegangen werden, daß seinen Mitarbeitern, insbesondere in den Referaten L3 und L6, der Abteilung Z (dort namentlich der Unterabteilung Z 2) sowie der Abteilung 6 (mit der Unterabteilung 61 und den Referaten 611, 612, 613, 614 und 615) die Gefährdungslage durch erwartbare pandemische Entwicklungen einer Influenza- und/oder Corona-Virus-Infektion seit dem Sommer 2018 noch unbekannt oder unbewußt gewesen wäre.

Die tatsächliche Handhabung vor und während der nun intensiv diskutierten „Corona-Krise“ des Jahres 2020 durch die Verantwortlichen in dem Bundesgesundheitsministerium ist von einer ordnungsgemäßen Handhabung, wie sie nach der umfangreichen Vorbefassung ohne jeden vernünftigen Zweifel pflichtgemäß geboten gewesen wäre, in rechtserheblicher Weise nachteilig abgewichen. Der Ist-Zustand und die Ist-Entwicklungen im Bereich des Krisenmanagements blieben in substantiell schadenauslösender Weise hinter den Soll-Zuständen und den Soll-Entwicklungen zurück, die nicht nur in dem nationalen Pandemie-Plan (Teile 1 und 2) und zusätzlich in den ergänzend gewonnenen Analysen des Auswertungsberichtes der länderübergreifenden Krisenmanagementübung („Lükex 2007“) beschrieben worden waren. Verfehlt wurden auch die Anforderungen, die sich aus der weiteren ausführlichen Risiko-Analyse Bevölkerungsschutz Bund, Anhang 4 „Pandemie durch Virus Modi-SARS“

(Bundestagsdrucksache 17/12051) ergeben hatten und alleine deswegen auch den entsprechenden Stellen des Bundesgesundheitsministeriums hinlänglich rechtzeitig vor der Pandemieentstehung des Jahres 2020 und während seines Fortganges bekannt gewesen sein mußten. Im Einzelnen:

Bevorratung mit Medikamenten, Impfstoffen und (Schutz-)Materialien

Eine Ermittlung des Bedarfs an persönlicher Schutzausrüstung für Behördenmitarbeiter, für die ambulante Versorgung und für die Rettungsdienste oder gar eine entsprechend bedarfsgerechte Bevorratung dieser Schutzausrüstungen fanden seit Abschaffung der vorangegangenen Bevorratung mit Sanitätsmaterial für medizinische Notlagen in den 1990er Jahren im Rahmen des Zivilschutzes durch den Bund überhaupt nicht mehr statt. Sogar vorhandenes Material wurde bei Ablauf seines Verfallsdatums nicht ersetzt.

Eine entsprechend organisierte Bedarfsermittlung und sachgerechte Bevorratung der notwendigen Ausrüstungen bzw. Materialien für einen erwartbaren Pandemiefall hätte jedoch nach den vorstehend beschriebenen Erkenntnissen pflichtgemäß bewirkt werden müssen.

Der nationale Pandemieplan Teil 1 beschreibt nämlich nicht ohne Grund auf Seite 8 in seiner Tabelle 1.1 genau diese notwendigen Maßnahmen in den verschiedenen Pandemiephasen. In der sog. Interpandemische Phase – also bereits vor Auftreten einer Pandemie – hatten demnach Planungen für eine potentielle künftige Pandemie zu erfolgen und eine sog. „Preparedness“ hergestellt zu werden. Zu dieser zählen danach unter anderem ausdrücklich „Reservierung, Einkauf, Lagerung von Medikamenten, Impfstoffen und Materialien“. Dies umfaßt planadäquat Schutzmaterialien wie Schutzmasken, Schutzbrillen und –visiere, Schutzkleidung und Desinfektionsmittel.

Im Jahr 2007 wurde eine weitere länderübergreifende Krisenmanagementübung „Lükex 2007“ durchgeführt. **Ihr amtlicher Auswertebereicht zeigte bereits erhebliche Defizite bei der Bedarfs- und Ressourcenermittlung von persönlicher Schutzausrüstung (PSA)** und gab ausdrückliche Empfehlungen nicht nur zur Erfassung des Ausstattungsbedarfes für die ambulante Versorgung und den Rettungsdienst, sondern zusätzlich für die gemeinsame Beschaffung von PSA in Behörden. Gleichzeitig wurden in diesem Auswertebereicht ausdrücklich Arbeitsschutzkonzepte zur Ausstattung mit Schutzmasken angeregt.

In der Simulation einer Pandemie mit einem modifizierten SARS-Virus (Modi-SARS) wurde darüber hinaus explizit auf die Bedeutung der Vorhaltung persönlicher Schutzausrüstung hingewiesen, die erwartbar auf eine dann auch verstärkte Nachfrage treffen würde. Dezidiert warnten die Experten: Engpässe würden entstehen. Die jetzt in der „Corona-Krise“ des Jahres 2020 aufgetretenen, massiven Probleme mit fehlender Bevorratung von PSA in allen Berei-

chen der Gesundheitsversorgung belegen, daß die gewonnenen Erkenntnisse der Übung Lükex 2007 und die Belehrungen aus der Bundestagsdrucksache 17/12051 offenkundig nicht zu der positiv als geboten bekannten Bevorratung mit persönlicher Schutzausrüstung geführt hat. Es wurde erkennbar kein Bedarf ermittelt. Es wurde daher auch keine ausreichende Bevorratung mit Schutzausrüstung vorgenommen. Schutzausrüstungen fehlten somit zum maßgeblichen Zeitpunkt an allen notwendigen Stellen. Genau diese Ausrüstungen hätten aber nachweislich zu einem sachgerechteren Krisenmanagement der Covid-19-Pandemie und zur substantielleren Abmilderung aller ihrer fatalen Folgen unmittelbar ursächlich beigetragen.

Einbeziehung und Vernetzung systemrelevanter privatwirtschaftlicher Bereiche

Trotz ausdrücklich und nachweisbar ausgesprochener Warnungen insbesondere der Hilfsmittellieferanten, die das Ministerium früh im Februar 2020 per Mail auf drohende Lieferengpässe bei Schutzmaterialien hinwiesen, erfolgten keine sachgerechten Reaktionen. **Der Bundesgesundheitsminister gab im ZDF stattdessen in einem Interview bekannt, daß er (und/oder seine Mitarbeiter?) nicht alle Mails bearbeiten habe können, die ihn während der Corona-Pandemie erreichten. Der Hinweis auf den Schutzmasken-Engpaß sei daher – mithin: eingeräumtermaßen – übersehen worden.**

ZDF heute, 25.03.2020

Nachdem das Bundesgesundheitsministerium die Beschaffung des nötigen Schutzmaterials sowie der Masken, der Schutzkleidung und des Desinfektionsmittels an sich gezogen hatte, änderte sich die Lage dennoch nicht. Stattdessen gab es nun Schwierigkeiten bei der Beschaffung wegen hoher Kosten für bestelltes und verschwundenes (!) Material sowie Lieferungen nicht zertifizierter wie auch gänzlich unbrauchbarer Materialien.

Im weiteren Verlauf der Pandemie wurden dann sogar Angebote innerdeutscher Hersteller, kurzfristig in die Produktion von Schutzmaterialien einzusteigen und damit eine nicht steuerbare Importabhängigkeit zu beenden, von Seiten des Bundesgesundheitsministeriums zurückgewiesen.

Bericht Welt online 24.04.2020

Infolge dieser ursprünglichen Untätigkeit und der später zusätzlichen Managementfehler des Ministeriums ergaben sich in der Praxis vor Ort überall Mangelsituationen bezüglich der benötigten Schutzmaterialien. Hierdurch wurde das gesamte medizinische Personal vermeidbar massiv gefährdet und konsequent sogar die Überforderung des Gesundheitswesens insgesamt wahrscheinlicher gemacht. Die notwendige Versorgung mit Schutzmaterial wurde zudem deutlich verteuert, was seinerseits – namentlich wegen der vorangegangenen Warnungen aus den diversen Planungsphasen – ohne weiteres zu vermeiden gewesen wäre.

Entsprechendes gilt für die Warnungen der Pharmazeutischen Industrie und des Medikamentengroßhandels bezüglich der Lieferfähigkeit lebenswichtiger Arzneimittel. Wären die Warnungen von diesen Seiten rechtzeitig berücksichtigt worden, hätte eine rechtzeitige Bevorratung oder zumindest eine entsprechende vertragliche Reservierung von Schutzmaterial und Medikamenten erfolgen können, was zu einer deutlichen Entspannung in der Versorgung potentiell infektiöser Patienten geführt hätte. **Die Gefährdung des medizinischen Personals hätte minimiert werden können.** Auch eine Arzneimittelreserve hätte eingerichtet werden können und müssen.

Die Einbeziehung deutscher Hersteller und Lieferanten hätte ebenfalls zu einer Entspannung auf dem Schutzmaterialmarkt beigetragen und die Unabhängigkeit von fragilen globalen Lieferketten erhöht. Letzteres ist durch die Äußerungen verschiedener Heilmittellieferanten, unter anderem des Geschäftsführers der Franz Mensch AG, Georg Theiler, belegt. Empfehlungen zur Einbeziehung privatwirtschaftlicher Unternehmen in die Krisenbewältigung waren im Abschlußbericht der Lükex 2007 ausdrücklich ausgesprochen worden. Warum sie keine Berücksichtigung in der anschließenden Krisenvorsorge durch das zuständige Bundesgesundheitsministerium gefunden haben, ist nicht nachzuvollziehen.

Kostentragung und Verteilung von Verantwortlichkeiten

Unverständlich ist, warum in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres und Sicherheit Regelungen zur Kostentragung für die Vorhaltung von entsprechenden Materialressourcen, aber auch für die Ausbildung, die Vorhaltung, die Freistellung und Entschädigung von benötigten Personalressourcen nicht getroffen wurden. Diese Verantwortlichkeiten hätten einer erweiterten Klärung zugeführt werden können und müssen. In der möglichen (Rechts-)Vorsorge hätten Rechtsvorschriften, Verfahren der Haftungs-, Entschädigungs-, Regress- und Ausnahmeregelungen ausgestaltet werden können und müssen. Warum das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesinnenministerium entsprechende Moderations- und Koordinierungsrollen nicht konzipiert haben, ist nicht nachzuvollziehen. Insbesondere war dem Bundesgesundheitsministerium dezidiert empfohlen worden, sich im Rahmen einer nationalen Impfstrategie insbesondere um die verfassungsrechtliche Prüfung einer Impfpriorisierung und einer Konkretisierung des Kreises prioritär zu impfender Personen zu bemühen, um zunächst für Personen der kritischen Infrastruktur eine Impfung gewährleisten zu können.

Richtigerweise hätten entsprechende Regelungen erarbeitet werden können und müssen, um im Krisenfall einen reibungslosen Ablauf und eine zeitgerechte Personalrekrutierung zu gewährleisten. Bis zur Stunde gibt es keine verfassungsrechtliche Prüfung einer möglichen Priorisierung der zu impfenden Personenkreise und einer ordnungsgerechten Impfstrategie, so daß auch hier eine

substantielle Rechtsunsicherheit besteht, die bei rechtzeitigem und pflichtgemäßem Vorbereitungshandeln vermeidbar gewesen wäre.

Letzteres ist namentlich deswegen unverständlich, weil im nationalen Pandemieplan ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, daß in der interpandemischen Phase auch Regelungen zur Kostentragung und zur Verteilung von Verantwortlichkeiten getroffen werden müssen. Lükex 2007 wiederum verweist explizit darauf, daß umfangreicher Handlungsbedarf in der (Rechts-)Vorsorge besteht. Der Bundesebene wird auch hier nicht ohne Grund eine bedeutende Moderations- und Koordinierungsrolle zugewiesen. Wie anhand der Unsicherheiten bezüglich der Regelungen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene mit teils ausgesprochen unterschiedlichen Regulierungsverfahren erkennbar, wurde auch diese Koordinierungstätigkeit – namentlich von dem Bundesgesundheitsministerium – verfehlt.

Risikoanalyse und Früherkennung

Auf Basis der Pandemie-Einschätzung der WHO und auf Grundlage auch der Äußerungen des Bundesgesundheitsministers ergeben sich nach allem weitere Hinweise auf eine deutlich fehlerhafte Risikoeinschätzung durch das Bundesgesundheitsministerium mit daraus kausal resultierenden Verschleppungen der notwendigen Maßnahmen.

Sowohl in der interpandemischen Phase als auch in der sog. Alarmphase spielt die Einschätzung der Lage in einem internationalen Kontext eine entscheidende Rolle für das frühe und konsequente Krisenmanagement mitsamt der Vorbereitung für entsprechende Maßnahmen in der Bevölkerung.

Am 31.12.2019 wurde die WHO über einen auffälligen Erkrankungscluster von Pneumonien in Wuhan informiert. Am 30. Januar 2020 wurde von dem Generalsekretär der WHO ein „Public Health Emergency of International Concern“ (PHEIC) festgestellt. Am 11. März 2020 stufte die WHO den Covid-19-Ausbruch als „Pandemie“ ein. Rund sechs Wochen zuvor, am 28.01.2020 wurde der erste Fall einer Covid-19-Infektion in Bayern gemeldet. An diesem Tag bezeichnete der Bundesgesundheitsminister die Gefahr für eine Ausbreitung in Deutschland dennoch als gering – also nur zwei Tage bevor die WHO die Covid-19-Infektion bereits als PHEIC bezeichnete und die Bedrohungslage als „hoch“ einstuft.

Am 23.02.2020 wurde der Karneval von Venedig vorzeitig beendet, während in Deutschland noch immer nur unzureichende Maßnahmen zur Eindämmung der seit nun mehr als drei Wochen bestehenden PHEIC stattfanden. Es wurde weder über ein Verbot von Karnevalsveranstaltungen, noch über eine Reisebeschränkung während der Fastnachtsferien nachgedacht. Noch am 14.03.2020 – sechs Wochen nach Ausrufung der PHEIC durch die WHO und drei Tage nach Ausrufung der Pandemie – wurde vom Gesundheitsminister geäußert, daß keine weiteren Einschränkungen in

Deutschland geplant seien. Nur 3 Tage später begannen die Ausgangsbeschränkungen und der Lockdown in Deutschland.

Aus alledem läßt sich vernünftigerweise einzig der Schluß ziehen, daß sowohl das die Bundesregierung beratende Robert-Koch-Institut als auch insbesondere das Bundesgesundheitsministerium selbst die Gefahrenpotentiale der Covid-19-Pandemie noch weit über den Zeitpunkt der PHEIC-Deklaration in nicht zu verantwortender Weise unterschätzt haben. In Zusammenschau mit den zuvor pflichtwidrig unterlassenen Vorbereitungsarbeiten für eine mögliche Pandemie wurde damit vorwerfbar eine substantielle und massiv schadenauslösende Verzögerung notwendiger Maßnahmen verursacht.

Die möglichen Auswirkungen einer solchen zeitlichen Verzögerung werden in der Bundestagsdrucksache 17/12051 eindrücklich beschrieben. Jeder, der die Drucksache gelesen hatte – also: pflichtgemäß mindestens jeder zuständige Bedienstete des BMG – mußte diese Konsequenzen lange vor Ausbruch der „Corona-Krise“ kennen. Die erst spät ergriffenen Maßnahmen haben somit auch absehbar dazu beitragen, daß die Auswirkungen eines verlängerten Lockdown die wirtschaftliche Situation in Deutschland extrem verschlimmern mußten.

Informationspolitik und Kommunikation

Bei allem hat zusätzlich die Informationspolitik des Bundesgesundheitsministeriums zu einer Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen und ebenfalls sowohl zur Verzögerung notwendiger Maßnahmen als auch deren konsequenter Befolgung geführt. Das Robert-Koch-Institut hatte erst mit großer zeitlicher Verzögerung die Anpassung des Risiko-Niveaus vorgenommen. Bis zum 25.02.2020 schätzte man das Risiko der Pandemie als mäßig ein. Diese Einschätzung wurde erst zum 30. März 2020 auf „hoch“ korrigiert (d.h. drei Wochen nach Ausrufung der Pandemie durch die WHO).

Die Kommunikation bezüglich der zu ergreifenden Hygienemaßnahmen war weithin unverständlich und perplex. Exemplarisch dafür dürfen die Äußerungen zum Nutzen von sog. Community- und Mund-Nasen-Schutz-Masken (MNS) gelten. Wissenschaftliche Untersuchungen zum Nutzen von MNS lagen lange Zeit nicht vor, wie dies im Abschlußbericht von Lükex 07 eindringlich vorgetragen wurde.

Mit einer stringenten Kommunikation wäre die Verunsicherung der Bevölkerung weitaus geringer gewesen und die Akzeptanz von Hygienemaßnahmen hätte erhöht werden können. Auch Auswüchse wie Hamsterkäufe hätten potentiell eingedämmt werden können. Bereits in Lükex 2007 wurde auf die Notwendigkeit einer guten, stringenten und eindeutigen Öffentlichkeitsarbeit explizit hingewiesen. Ebenso wurde bereits in diesem Abschlußbericht explizit von dem Bundesgesundheitsministerium gefordert, den Nutzen von

Mund-Nasen-Schutzmasken wissenschaftlich zu eruieren und entsprechende Empfehlungen bei den Hygienemaßnahmen zu ergänzen. Nichts dahin geschah.

Erlaß des Infektionsschutzgesetzes

Am 25.03.2020 wurde auf Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums durch das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ unter anderem das Infektionsschutzgesetz grundlegend verändert. Sowohl die parlamentarische als auch die föderale Kontrolle wurden mit diesem Gesetzentwurf geschwächt und dem Bundesgesundheitsminister weitreichende Befugnisse, zumindest in der Zeit bis zum 31. März 2021, zugebilligt. Dies steht in diametralem Gegensatz zu den Empfehlungen aus Lükex 2007, die explizit eine Verbesserung der Information der parlamentarischen Struktur und deren Einbeziehung empfiehlt.

Diese sämtlichen objektiv belegten (und weiter belegbaren) Hergänge sind dem Minister und seiner Organisation auch subjektiv vorwerfbar; sie hätten es seit fast 25 Jahren ohne weiteres pflichtgemäß bei gehöriger Sorgfalt besser wissen können und entsprechend anders handeln müssen.

Würde das BMG sich dieses ihm hindernisfrei zugängliche Wissen in seiner Organisationsstruktur aktualisiert und präsent gemacht haben, dann hätte es allerspätestens Ende Februar 2020 entsprechende Maßnahmen veranlassen können. Dies hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einer Verkürzung des allgemeinen Lockdown und zu mildernden Maßnahmen im Sinne geringer belastender Eingriffe in Grundrechte und wirtschaftliche Abläufe beigetragen.

Ergebnis: Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Bundesgesundheitsministerium, insbesondere die Abteilungen Z, Teile der Abteilung 6 sowie die Referate L3 und L6 sowie der Bundesgesundheitsminister selbst es versäumt haben, sich auf die drohende und derzeit stattfindende Pandemie adäquat vorzubereiten. Das Management der vorhandenen Wissensquellen wurde vernachlässigt, die notwendige Entscheidungsgrundlage somit vermeidbar geschmälert und daher inadäquat agiert. Daraus resultierten vermeidbare und vorwerfbare Versäumnisse, die zu einer Gefährdung des medizinischen Personals, der Aufrechterhaltung der Organisationsstrukturen im Gesundheitswesen und damit auch der betroffenen Patienten und indirekt auch der gesamten Bevölkerung beigetragen haben.

Wir ersuchen um Überprüfung der dargestellten Sachverhalte, um eine anschließend adäquate Verbesserung und Änderung der Verwaltungsprozesse gemäß den Erkenntnissen aus den angeführten Quellen sowie um Klärung, ob die tätig gewordenen Verantwortlichen ungeachtet ihrer fatalen Fehlleistungen

noch die Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeiten an bisheriger Stelle weiter erfüllen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Ilka M. Enger Dr. med. Steffen Grüner Annette Apel

Dr. med. Christian Kegel Bernhard Salomon

Quellen:

- Influenza Pandemic Plan; Leitfaden der WHO (1999)
- Nationaler Pandemieplan Teil 1 aus dem Jahr 2005, aktualisiert im Jahr 2017, Teil 2 aktualisiert 2016
- Drucksache 17/12051 des deutschen Bundestages, Anhang 4 „Pandemie durch Virus „Modi-Sars“ 10.12.2012
- Auswertungsbericht der dritten länderübergreifenden Krisenmanagementübung „Lükex 2007“
- Annual report on global preparedness for health emergencies des Global Preparedness Monitoring Board der Weltgesundheitsorganisation (WHO), September 2019

Zum Schluß

Fehler, Verantwortung, Konsequenzen – eine schonungslose Betrachtung

21. April 2020

Corona: Was kommt jetzt – und in der Zeit nach Covid-19?

Im folgenden Essay werden Konsequenzen aus der Corona-Pandemie beschrieben, mit denen wir rechnen müssen, aber auch solche, die **wir Bürger** für die Zukunft von der Politik erwarten bzw. einfordern sollten. Dazu fordern wir ein Höchstmaß an Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Diese Ehrlichkeit bezieht sich zu allererst auf die Benennung der wahren Ursachen der Entwicklung.

Fehler nicht vertuschen und Verantwortliche benennen!

Es besteht in der deutschen Bevölkerung eine überwältigend große Übereinstimmung darüber, daß dem maoistisch-kommunistischen China bei dieser Corona-Pandemie eine Schlüsselrolle zukommt. Doch es wäre zu einfach, alle Vorwürfe bei China „abzuladen“. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe wei-

terer Fehler, die klar analysiert und benannt werden müssen und aus denen Lehren zu ziehen sind. Die Zeit der salbungsvollen Worte und der eitlen Selbstdarstellung ist vorbei.

Beginnen wir mit dem Ausgangspunkt des Virus, der Volksrepublik China. Hätte China rechtzeitig und ehrlich informiert, wäre der Welt viel Elend erspart geblieben. Doch Chinas Politik ist zynisch. Das galt für die früheren rotchinesischen Regime, das gilt erst recht für das derzeitige unter Xi Jinping. Er scheint noch zynischer zu agieren als weiland Mao Tsetung, der einmal sagte, Rotchina könne es sich leisten, Millionen Menschen in einem Krieg zu verlieren, es blieben immer noch genügend zurück. Und wie unter Mao, so steht auch heute die Politik Pekings unter der Maxime, DIE Vormachtstellung in der Welt zu erreichen.

Die **fortschreitende Vormachtstellung Chinas in der Weltpolitik** muß deshalb wirksam bekämpft und gestoppt werden. Das „Seidenstraßen-Projekt“ muß verhindert und rückentwickelt werden auf den vorher existierenden Stand. Kooperationen mit China sollen in Zukunft nur dann stattfinden, wenn China sein Unrechtsregime aufgibt und die auch von China unterzeichnete Menschenrechtserklärung bedingungslos einhält.

In den Institutionen der UNO darf China nur dann präsidiale Positionen im Rahmen eines an den Menschenrechten orientierten Handelns einnehmen, wenn sich die chinesische Politik dahin gehend öffnet, die personalen Freiheitsrechte der Bürger zu garantieren.

„Insgesamt werden vier von 15 UN-Organisationen von Chinesen geführt, in sieben anderen sind sie als Vize aktiv. Kein anderes Land der Welt engagiert sich in den Organisationen der Staatengemeinschaft so intensiv wie die Volksrepublik.

Wäre China ein freies Land, in dem die intellektuelle Kraft von 1,4 Milliarden Menschen in politische Entscheidungsprozesse münden würde, dann hätte dieses Land der Welt viel zu geben. Doch Pekings Autokraten geht es in keinem dieser Gremien um die Entwicklung internationaler Standards und Mechanismen zur Förderung einer prosperierenden Weltbevölkerung.

Es geht einzig um die wirtschaftlichen Interessen der Kommunistischen Partei, die damit ihre Macht im eigenen Land festigen will“.

Zitat aus: <https://www.n-tv.de/politik/Peking-unterwandert-die-Staatengemeinschaft-article21701965.html>

Hierzu gehört auch, daß die Volksrepublik China ihre kriegerisch-aggressiven Aktionen gegen die Bevölkerung in **Hongkong** einstellt und die Bürgerrechte aller Hongkong-Chinesen respektiert. Hierzu gehört aber auch, daß China die **Nationalchinesische Republik (Taiwan)** als unabhängiges demokratisches Land anerkennt.

Gleichzeitig ist es unumgänglich, daß China alle Konzentrationslager und Massenvernichtungsaktionen gegen das Volk der Uiguren oder gegen sonstige chinesische Bürger z. B. aus der Opposition unterläßt und abschafft.

China muß ab sofort größte Transparenz in all seinen außen- und innenpolitischen Belangen herstellen. Aggressive Absichten gegen andere Länder der Weltbevölkerung müssen konsequent gebrandmarkt und bekämpft werden.

Für jedwedes Forschungsprojekt – vor allem bei gefährlichen Viren, Bakterien, Substanzen – muß eine internationale, frei zugängliche Beobachtung erlaubt und ermöglicht werden.

Die Weltbevölkerung erwartet von China insbesondere ein Ende der Fälschungen.

Das bedeutet, daß China die gefälschten Zahlen zu Corona-Opfern und -Erkrankten sofort und ohne weitere Lügen berichtet und sich endlich zusammen mit Bill Gates zur gemeinschaftlichen Urheberschaft dieser Corona-Pandemie bekennt. China darf nicht weiterhin jeden Tag neue Zahlen als Korrektur der eigenen, bisherigen Falschangaben veröffentlichen. Die korrekten Zahlen liegen den Chinesen seit vielen Wochen vor! Warum dann das Theater mit diesen Beschönigungen?

Es dürfte mittlerweile keine Zweifel mehr daran geben, daß die Pandemie-Viren aus einem virologischen Labor in Wuhan freigesetzt wurden.

n-tv-18.04.20

UNO-Generalsekretär Guterres muß sich zu seinem Irrtum bekennen, China trotz besseren Wissens um die chinesischen Manipulationen als eine „im Kampf gegen Corona vorbildliche Nation“ bezeichnet zu haben.

Der Blick über China hinaus

Die Suche nach den Fehlern Chinas darf den Blick nicht auf die Fehler verstellen, die nahezu weltweit von den verschiedenen Regierungen gemacht wurden.

Mitverursacher der vielen Fehlerquellen finden sich auffällig im Umfeld von Bill Gates. So muß die von Bill Gates mitfinanzierte **Johns-Hopkins-University-CSSE** scharf kritisiert und für zukünftig ähnliche Positionen der Datenverwaltung bei Pandemien o.ä. gesperrt werden. Es geht nicht an, solch wichtige Aufgaben einer von Bill Gates privat finanzierten Privat-Universität zu übertragen.

Der irreführende Satz bei der Feststellung der Todesfälle: „**im Zusammenhang mit Corona verstorbene Personen**“ muß in Zukunft wegfallen. Stattdessen sollte es zukünftig lauten: „**nachgewiesenermaßen an Corona-Virus verstorbene Personen**“. Dann blieben nur zehn Prozent der täglich von der Johns-Hopkins-University weltweit zahlenmäßig falsch gemeldeten Todesfälle übrig.

Wir fürchten schon lange nicht mehr nur die Viren, sondern die lange vor der Pandemie geplanten Änderungen unserer Verfassungen und Grundgesetze hin zu autoritär-totalitären Regierungsformen!

Hierzu liegen mittlerweile zahlreiche, dem Regierungsverhalten der Kanzlerin Merkel widersprechende wissenschaftliche Zahlen vor – auch zum völlig unnötigen „Lock-Out“:

<https://www.youtube.com/watch?v=Vy-VuSRoNPQ&feature=youtu.be>

Unnötiger von Merkel verordneter Lock-Down

Seit der ersten Märzwoche gehen die Zahlen der Wiedergenesenen, der gesunden Menschen, deutlich hoch. Zieht man diese Zahlen von den insgesamt mit Corona infizierten Menschen ab, so ergibt das ebenfalls deutlich abfallende Kurven. Das zeigt: Wir sind weit entfernt von einer drohenden Pandemie/Epidemie in Deutschland. Mitte März lag die Ansteckungs-Rate bereits deutlich unter 1,0, bei ca. 0,9 u. 0,8 und ist nun (19.04.20) auf 0,7 abgefallen. Ein neu Infizierter steckt deutlich weniger als einen weiteren Patienten an. Die Epidemie klingt sehr rasch ab und ist voraussichtlich in wenigen Wochen überstanden!

Das heißt aber auch: Der von Merkel **verordnete Lock-Down** war **NICHT nötig** und erbrachte virus-epidemiologisch und statistisch keine Besserung irgendwelcher Zahlen, die ja sowieso schon derart gut und niedrig waren – bereits VOR dem Lock-Down.

Es bleibt festzuhalten, daß dieser Lock-Out nachweisbar nichts gebracht hat außer einem schweren Schaden für unsere Wirtschaft, eine rasant steigende Arbeitslosigkeit und eine Entkopplung der Kontakte aller Menschen untereinander durch die strengen Kontaktverbote – mit schlimmen sozialen Konsequenzen sowie physischen und ganz besonders auch psychischen Folgen.

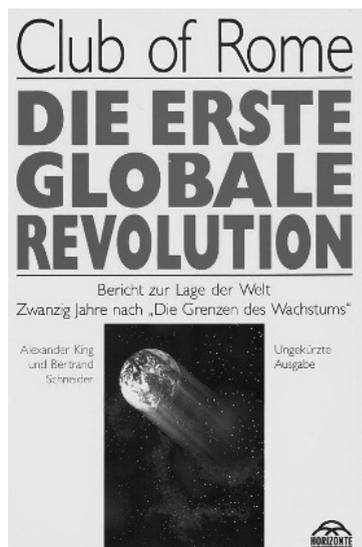
Prof. Dr. Stefan Homburg von der Leibnitz-Universität Hannover bezieht sich in seinem Interview (vgl. Link oben) auf die offiziell vom Robert-Koch-Institut veröffentlichten Zahlen und Kurven. Zu einem gleichlautenden Ergebnis kommt der Bonner Virologe Prof. Dr. Streck.

Konsequenz: Alle Lock-Down-Maßnahmen der Kanzlerin und der von ihr hierzu angestifteten Länderchefs müssen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.

Wenn diese Maßnahme im Moment unkritisch und völlig unnötig einfach weiter bestehen bleiben, so muß sich hinter diesen Maßnahmen als Motivation etwas völlig anderes verbergen als die „Abwehr“ einer wie auch immer gearteten Infektion oder Epidemie/Pandemie mit Corona-Viren (Covid-19).

Es dürfte allen durchschnittlich intelligenten Menschen mittlerweile völlig klar sein, daß die sog. „Corona-Pandemie“ und ihre Bekämpfung nur ein einziges Ziel verfolgten:

Das war ein weltweiter Angriff auf unser Wirtschaftssystem und auf unsere demokratischen Verfassungen durch eine Handvoll links-grüner Ideologen, die durch diesen weltweiten „Staatsstreich“, diese aggressive Attacke gegen die Freiheit und Unversehrtheit friedlich zusammen lebender Völker mit dem Ziel, die „Erste globale Revolution“ – so der Titel der Ideologie-Kampfschrift des Club of Rome (1992) – weltweit durchzusetzen unter Installation einer Weltregierung, die von wenigen machthungrigen Individuen gelenkt und geleitet werden soll – u.a. durch Bill Gates und dessen Stiftungen, und durch alle von ihm und anderen Großfinanciers abhängigen Stiftungen (von Soros bis Rockefeller usw.), wobei der „maoistisch-kommunistischen Weltmacht China“ eine Führungsrolle zukommen soll, nicht nur im Rahmen des „Seidenstraßen-Projekts“.



Seit 1974 versucht der „Club of Rome“, der in Deutschland nur über eine Handvoll Mitglieder (ca. 40-45) verfügt, die in insgesamt mindestens 36 bedeutenden Institutionen Schlüsselpositionen innehaben (WHO, IPCC, UNO, PIK, Mercator-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung, Akademie Leopoldina, EU-Kommission, Bundesregierung (Gerd Müller, Bundesminister) u.v.m.).

Im WBGU entwickelten die Club of Rome-Mitglieder Schellnhuber, Leggewie, Messner, Schneidewind, Rahmstorf, Göpel, Kemfert, Edenhofer u.v.m. ihre einheitlich abgefaßte links-grüne Ideologie von der nun angeblich notwendigen drastischen Beschneidung unserer demokratischen Verfassungen in Europa und weltweit unter dem Titel: „Die große Transformation“ und „die Urbanisation“ durch künstliche Schaffung von fünf-sechs

Metropolis-ähnlichen Riesenstädten unter Entvölkerung der ländlichen Regionen.

Siehe auch: Siemens 2.0: <https://press.siemens.com/global/de/feature/siemensstadt-20>

Kanzlerin Merkel (siehe Rede in Davos: Januar 2020) und die gesamte Bundesregierung sind mittlerweile mehr oder weniger brennend begeisterte Vertreter dieser Ideologie, die uns in eine links-grüne, totalitäre Zukunft führen wird. Diese „Fahrt in unseren Untergang“ muß sofort gestoppt werden – von allen Verteidigern unserer Freiheit, unseres Wirtschaftssystems und unseres Grundgesetzes!

Alle Verfassungsfeinde in Politik, Medien und Gesellschaft müssen konsequent strafrechtlich verfolgt und hart abgeurteilt werden, damit der Weg hin zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten wieder freigekämpft werden kann. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß im „Vertrag von Lissabon“ von diesen Ideologen sogar die Todesstrafe wieder eingeführt wurde.

Das EU-Parlament muß in seiner Handlungssouveränität – auch im Hinblick auf Gesetzentwürfe und – Verabschiedungen – erneut gestärkt und wieder mit eigenen gesetzgeberischen Befugnissen ausgestattet werden. Der Europäische Rat (Gremium der Regierungschefs) und die EU-Kommission müssen in ihren mittlerweile „allmächtigen Zuständigkeiten“ deutlich beschnitten werden.

Die „direkte Mitwirkung in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion“ der sog. „**Zivilgesellschaft**“ in Form von meist vom Ausland finanzierten sog. NGOs muß ab sofort beendet und verboten werden.

Sog. „Rätesysteme“ mit der Bezeichnung „**House of Lots**“ (vgl. WBGU-Gutachten 2011-Claus Leggewie/H.J. „John“ Schellnhuber) sind verfassungswidrig und müssen untersagt werden.

Vom Ausland fremdfinanzierte NGOs müssen – schon aufgrund ihres fehlenden politischen Mandats – als politisch auch Gesetze mitbestimmende Kaderschmieden rot-grüner, intoleranter Ideologen mit sofortiger Wirkung verboten werden. Ihr Vermögen soll dem Staat zufallen.

Der vom Club of Rome wortwörtlich am 11.12.2019 an Ursula von der Leyen diktierte „European Green Deal“ (vorher „Green New Deal“ genannt) muß ersatzlos gestrichen werden.

Das Erreichen von „Klimazielen“ nach dem „Pariser Abkommen“ ist staatsverbindlich unterschrieben worden, ohne Überprüfung der realen Verhältnisse und unter völlig unkritischer Übernahme der unwissenschaftlichen Behauptungen des IPCC. Hierzu muß es einen NACHFOLGE-VERTRAG geben, in dem wir UNSERE Aktivitäten in Relation setzen zu Chinas Anstrengungen“.

Wenn China von 21.000 Kohlekraftwerken 2.100 dieser Werke stilllegt, ohne neue Kohlekraftwerke zu bauen, dann sind das **10%** – und wenn WIR von 33

Kohlekraftwerken dann 3,3 still legen, dann sind das AUCH 10%. Da es sich hier dann um **Prozent-Richtlinien** handelt, spielen die Bevölkerungszahlen absolut keine Rolle. (Mit der Bevölkerungszahl jonglierte der Club of Rome und erfand Pseudo-Argumente zugunsten Chinas).

Und im Umkehrschluß heißt das: Wenn WIR in Deutschland 33 Kohlekraftwerke schließen (das sind 100%), dann muß China zeitgleich ebenfalls 100% seiner Kohlekraftwerke abschaffen – das sind dann 21.000 Werke.

Unsere Aktivitäten bei der Abschaffung fossiler Energiegewinnungsmethoden müssen prozentual in gleichem Maße erfolgen wie zeitgleich in China. Erst diese Koppelung garantiert Gerechtigkeit! Auf einer solchen Prozentbasis erübrigt sich dann auch das Heranziehen von Bevölkerungszahlen, die bei prozentualer Regelung keine Rolle mehr spielen.

Das Ziel der „großen Transformation“

Die grün-sozialistische Ideologie von der „großen Transformation“ hat zum Ziel, alle bisher unsere Wirtschaft maßgeblich prägenden Industriezweige – allen voran die Autoindustrie – massiv zu schwächen oder ganz zu vernichten. Die Neo-Revolutionäre glauben, daß erst nach der massiven Schwächung dieser früher stolz wachsenden Industriezweige die in der Transformation vorgesehene sog. „ökologisch-grüne“ Marktwirtschaft mit ihrem maximal erlaubten „Ein-Prozent“-Wachstum als neue Wirtschaftsform eingeführt und errichtet werden kann. Auf europäischer Ebene lautet dieser „European Green Deal“ so, wie er der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vom Club of Rome am 11.12.2019 bereits vorgeschrieben worden war (Sandrine Dixson-Declève – Co-President The Club of Rome¹ Lagerhausstrasse 9, 8400 Winterthur, Switzerland

E-mail: sdixson@clubofrome.org Phone: +32 477 449 439 or +41 52 244 0808
www.clubofrome.org 11.12.2019 – THE PLANETARY EMERGENCY PLAN

Hinsichtlich der Mobilität planen die Ideologen der „großen Transformation“, jedwede Mobilität in Zukunft weltweit nur noch auf Basis kollektivistischer „Transportmittel“ (Busse/Bahnen/Straßenbahnen) durchsetzen zu wollen und die Privat-PKW drastisch zu reduzieren, um sie schließlich ganz zu verbieten – auch PKW mit Elektro-Antrieb. Für Kurzstrecken von 1-2 km sollen die Bürger auf Fahrräder zurückgreifen.

Die „Lock-Down-Phase“ in der Pandemie-Bekämpfung diene hauptsächlich auch dafür, der Welt zu zeigen, daß man „auf Privat-PKW“ verzichten kann.

Nach der nun als gescheitert anzusehenden „Pandemie-Lock-Out“-Phase ergibt sich als Lehre aus der Corona-Pandemie bezüglich der „Mobilität“ folgende Konsequenz:

Alle kollektivistischen Politik-Ansätze jedweder Mobilitätsänderungen sind gescheitert und müssen ersatzlos gestrichen werden. Das gilt für den ÖPNV – für Züge und Busse, die zukünftig nur noch unter strengsten Hygiene-Kautelen genutzt werden dürfen:

Eine Vision des Irrsinns

Alle 30 Minuten: Desinfektion aller Haltegriffe, Sitze, Gänge, Türen, WCs und Tische in Speisewagen; Mundschutzpflicht während der ganzen Fahrt und zwei Meter Sicherheitsabstand zum nächsten Passagier müssen eingehalten werden, was nur dann garantiert ist, wenn um die Sitze herum je 2,50 Meter Sicherheitsabstand besteht. Diese Sicherheitsabstände der Passagiere zueinander müssen auch beim Ein- und Aussteigen beachtet werden.

Das **sicherste** Gefährt in Pandemie-Zeiten ist der Privat-PKW mit einer Innenraumluft-Regelung unter Abriegelung des Innenraums durch Klimaanlage mit Virus-Bakterien- und Pollenfiltern.

INDUSTRIE: Für viele Produkte, die von den Nationen ausgelagert wurden und mittlerweile in Billiglohnländern (u.a. China/Indien) hergestellt werden, müssen wir zurück zu **nationalen Lösungen** bei der Produktion, um wieder unabhängig zu werden von erpresserischen Zwangsmaßnahmen der Herstellerländer gegen unsere Nationen.

Bei der Produktion von E-Autos sollten auch hier nationale Lösungen ermöglicht und bevorzugt werden. Das Gleiche gilt für alle überlebenswichtigen Produkte wie Mundschutz und Desinfektionsmittel, Medikamente, medizinische Notfall-Instrumente, Beatmungsgeräte usw.

Obwohl Deutschland unter Kanzlerin Merkel 2012 in Wuhan für das reiche China eine deutsch-chinesische Klinik „der Freundschaft“ mit 6.000 Betten baute (Chefarzt Prof. Eckhard Nagel), unterließ es China, unser Land wenigstens ausreichend und zeitnah mit in China produzierten Mitteln (Mundschutz/Schutzkleidung usw.) zur Bekämpfung der Pandemie auszustatten.

Zumindest wissen wir jetzt, wie maoistisch-kommunistische „Solidarität“ in Wirklichkeit aussieht! „Wer China vertraut, hat auf Sand gebaut“!

Und wir wissen nun in der postviralen Zeit, welchen Ländern wir mit größtem Mißtrauen begegnen dürfen. Die deutsche Klinik in Wuhan ist doppelt so groß wie die größte deutsche Klinik, die Charité in Berlin, die „nur“ über 3.000 Betten verfügt.

Wie will Kanzlerin Merkel das alles vor uns Bundesbürgern auch nur ansatzweise rechtfertigen angesichts der von China über die ganze Welt ausgebreiteten Corona-Virus-Katastrophe – und der danach fast völlig ausgebliebenen, fehlenden Solidarität Chinas mit Deutschland?

Da stellt sich die Frage: „Wann wird Bill Gates sich verantworten müssen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit?“

Die meisten Bürger unserer Bevölkerung hegen keine Zweifel mehr, daß das „Bill-Gates-„**Event 201**“ am 18. Oktober 2019 in New York nicht zufällig ausgerechnet acht Wochen vor Ausbruch der Viruspandemie in Wuhan/China stattfand. (Redakt. Hinweis: *„In October 2019, the Johns Hopkins Center for Health Security hosted a “pandemic tabletop exercise” known as Event 201. Event 201 partnered with the World Economic Forum and the Bill & Melinda Gates Foundation to explore a fictional simulation of a deadly coronavirus strain that originated from pigs in Brazil...“*

<https://discussglobal.com/bill-melinda-gates-foundation-event-201-simulated-coronavirus-outbreak/>

Und das Angebot von Bill Gates, exklusiv die Menschheit zwangsweise impfen zu wollen mit einem Impfstoff auf mRNA-Basis (so ist es geplant) inkl. eines Nano-Chips, der dann auch als Kontroll-Chip unter der Haut implantiert werden soll, muß energisch zurückgewiesen und verhindert werden. **(Red. Anm. zu mRNA-Vakzine:** Das bedeutet: Impfen mit Genen. Die Impfstoffe stimulieren Immunreaktionen gegen Tumor-assoziierte Antigene und regen Abwehrzellen an, die Krebszellen zu bekämpfen.

Siehe auch: <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/ausgabe-212018/impfen-mit-genen>

Immer mehr Menschen haben sich der Protestaktion: „Gib Gates keine Chance“ angeschlossen. Ich erwähne das hier vor allem noch einmal so deutlich, damit die Regierung nicht auf die irrsinnige Idee kommt, die „Bill-Gates-Chip-Impfungen“ zu fördern und programmatisch zu übernehmen.

Seit der Verabschiedung des Maastrichter – und noch mehr – des Lissabonner Vertrags haben sich europaweit politische Gruppierungen (sog. NGOs) außerhalb der Parteien und Parlamente – ohne jedes politische Mandat – unter der Falschbezeichnung: **„Zivilgesellschaft“** infiltrativ und subversiv in fast allen demokratischen Entscheidungsgremien festgesetzt und bestimmen über unsere Köpfe hinweg, unter welchen neo-ideologischen Zwängen wir in Zukunft leiden sollen und müssen, wenn wir uns nicht weiterhin energisch durch Mobilisierung der Massen dagegen wehren!

Die demokratischen Parteien wurden zunehmend in ihrer Bedeutung entmachtet von solchen Thinktanks und NGOs, wie man nach der Europawahl am Fall des von ganz Europa mit Mehrheit gewählten Manfred Weber sehen konnte, als sich Ursula von der Leyen auf den Posten der EU-Kommissions-Präsidentin hochhieven ließ, obwohl sie sich bei den Europawahlen nicht dem Votum der Wähler gestellt hatte und somit nun ohne politisches Mandat die europäische Politik in enger Verbindung zum Club of Rome bestimmt.

Die demokratischen politischen Parteien müssen wieder das zentrale Diskussionsforum werden zur Ausarbeitung von Gesetzen und politischen Reformen.

Deshalb nochmals: NGOs, die vom Ausland her direkt oder indirekt von milliardenschweren sog. „Anthroposophen“ („Menschenfreunden“) wie Soros u.a. finanziert werden, müssen verboten werden – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Finanziell untragbare utopische grün-rote Ideologien von einer **Klimarettung** – einer Abwehr eines „CO₂-verursachten Klimawandels“ – und auch die „**Huldigung**“ eines gerade auf uns zukommenden „Anthroposophen“ wie Bill Gates müssen strikt unterbunden werden.

Die Ziele einer freien Wirtschaft: Wachstum, Wohlstand, Werte-Bezug und soziale Abfederung, wie sie die Soziale Marktwirtschaft vorsieht (streng nach den Vorgaben durch Müller-Armack, Ludwig Erhard u.a.), müssen in einer **Renaissance eben dieser unserer Sozialen Marktwirtschaft** wieder zur vollen Blüte gebracht werden einschließlich des Ausbaus von Mitbestimmungsgesetzen und Vermögensbildungs-Programmen in Arbeitnehmerhand u.v.m.

Das Grundgesetz muß vor „systemändernden Transformationen der einzelnen Grundgesetzartikel“ durch eine strengere Kontrolle seitens des **Bundesverfassungsgerichts** wirkungsvoll geschützt und verteidigt werden.

Zum Schutze unserer Freiheit und unseres Grundgesetzes müssen alle bereits von den „Transformatikern“ angedachten Grundgesetz-Änderungen sofort und endgültig gestoppt werden – wie z. B. die Verankerung der Biodiversität (Arten-Erhalt) im Grundgesetz und der grün-linken Definition von „Nachhaltigkeit“, die für sich allein keinen Grund-Wert wie „Freiheit“ oder „Gerechtigkeit“ darstellt.

Da der Genderismus (die unselige Erfindung einer gewissen Judith Butler, einer Schülerin des Judenhassers Paul de Man-Yale-University) keinerlei Wirkung bezüglich einer „**Klimarettung**“ mit sich bringt, sollte diese Irrlehre schnellstens abgeschafft werden.

Für unseren demokratischen Staat gilt nun in der postviralen Zeit (post viral time- pvt) als Lehre aus der Katastrophe, daß wir schnellstmöglich zu Freiheit und Demokratie zurückkehren – denn keine dieser hirnrissigen grün-rot-totalitären Ideologien (von Schellnhuber bis Gates), **sondern nur unser freiheitlich-sozialer Rechtsstaat hat die Virus-Pandemie bestens gemeistert.**

Hätten wir den links-grünen Ideologen von der „großen Transformation“ unser Vertrauen geschenkt und wären ihnen auf den Leim gegangen, so wäre ein Großteil unserer Bevölkerung möglicherweise zu Tode gekommen. Bezeichnenderweise konnten die rot-grünen „Gutmenschen“ bis heute kein einziges Konzept zur Krisenbewältigung vorlegen und stürzten in der Wählergunst von ehemals 25% Zustimmung im freien Fall, der noch anhält, auf gerade noch 15%

bei Umfragen ab, während konservativ-freiheitliche Kräfte zusammen auf deutlich über 55%-60% Zustimmung kommen. Die selbst ernannten grün-roten „Umweltschützer“ haben auf voller Linie versagt und erhalten jetzt die Quittung!

Die Virus-Pandemie hat uns eindrucksvoll gezeigt, daß wir unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat energisch gegen alle Feinde von innen und außen stärken müssen:

Das in den letzten zehn Jahren heftig gebeutelte und ständig mißachtete Subsidiaritätsprinzip muß überall dort wieder eingeführt und streng verfassungsrechtlich und politisch garantiert werden, wo es von Rot-Grün bereits weitgehend vernichtet wurde oder immer noch massiv bedroht ist.

Der **Föderalismus** als Schutz gegen zu großen zentralen Einfluß der Bundespolitik auf Hoheitsrechte der Länder und Kommunen muß wiederhergestellt, weiter ausgebaut und verteidigt werden. Wer gegen den Föderalismus und gegen unsere demokratische Verfassung vorgeht, muß mit aller Härte als Verfassungsfeind verfolgt, angeklagt und abgeurteilt werden.

Für alle wahren Demokraten gilt:

Die bisher bereits durchgeführten Reformen und Gesetzesänderungen in Richtung der Ideologie der „**großen Transformation**“ – **von Mobilität bis Urbanisation** – sind hauptsächlich daran schuld, daß sich die Corona-Pandemie so drastisch ausbreiten konnte. Zukünftig sollten per Gesetz **die** Staaten regreßpflichtig gemacht werden für jeden entstandenen Schaden, auf deren Territorium die Virus-Pandemie ausbrach und ihren Anfang nahm.

Die bereits heute zu verzeichnenden Schäden für Gesellschaft, Wirtschaft und Gesundheit der betroffenen Weltbevölkerung gehen ins Uferlose.

Soweit einigen Einzelpersonen wie z. B. **Bill Gates** oder ähnlich reichen „Weltverbesserern“ eine **wesentliche Mitschuld** nachgewiesen werden kann, sind auch diese Personen mit ihrem gesamten Vermögen einschl. evtl. vorhandener Stiftungsvermögen zu 100% in vollem Umfang haftbar zu machen – neben der strafrechtlichen Verfolgung wegen „**Verbrechen gegen die Menschlichkeit**“! Das ist ein Minimum an Gerechtigkeit, das wir alle, die betroffene Weltbevölkerung, einfordern müssen.

Und auch für Politiker, die mit Fehlentscheidungen diese Ideologen mit unterstützt und gefördert haben, wodurch diese Katastrophe ja erst ermöglicht wurde, müssen zur Verantwortung gezogen werden und die von ihnen angerichteten Schäden aus ihrer Privattasche mitfinanzieren.

Diesbezüglich sollte schon sehr bald ein Gesetzesentwurf erarbeitet und verabschiedet werden, der alle Politiker bei Fehlentscheidungen zum Nachteil für unser Volk mit erheblichem finanziellen Schaden für uns alle in vollem Umfang in die Pflicht nimmt, auch mit ihrem Privatvermögen zu haften. Das gilt vor allem auch bei Verletzung des Amtseides und der Amtspflichten.

Verbände, Vereinigungen und Clubs – wie z. B. die DUH („Umwelthilfe“) oder der „Club of Rome“ und seine „Untergliederungen“ („Fridays for Future“; IPCC; PIK; Mercator-Stiftung; Bertelsmann-Stiftung, „Leopoldina“, Hertie-School, „Alfred-Wegener“, „Helmholtz“ (in vielen Vorständen) u.v.m., in denen in hohen Positionen „Weltverbesserer“ sitzen, die als ideologisch motivierte Brunnenvergifter wesentlich an diesem Globalangriff auf die freie Welt und auf ihre Demokratien und Wirtschaftssysteme beteiligt waren und sind, müssen mit sofortiger Wirkung verboten und zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Regeln dieser Schutzmaßnahmen für unsere Demokratie und weitere Maßnahmen müssen schnellstmöglich angedacht, formuliert und weitestgehend realisiert werden.

Die deutsche Bevölkerung hat sich während der Pandemie in höchstem Maße diszipliniert und vorbildlich verhalten. Dafür gebührt allen Mitbürgern ein großer Dank! Jetzt ist die Politik gefordert!



Der Autor

Peter Helmes

Geboren 1943 in Bad Hönningen/Rhein. Abendstudium der Volks- und Betriebswirtschaft, Marketing, Organisation und Philosophie. 1959 Eintritt in Junge Union und CDU (zeitweise auch CSU). Zwischen 1969 und 1996 verschiedene leitende Stationen in der CDU/CSU, u. a. als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Generalsekretär des Weltverbandes der JU, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Mit-Organisator der jährlichen Stern-Fahrten nach Berlin und der Protestkundgebungen zum „17. Juni“

und „13. August“ (Mauerbau) mit bis zu 20.000 Teilnehmern.

Bei der Bundestagswahl 1980 Mitglied im Wahlkampfstab von Franz Josef Strauß als Bundesgeschäftsführer der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“, aus der die Konservative Aktion hervorging, die er gemeinsam mit Joachim Siegerist, Gerhard Löwenthal, Ludek Pachmann, Ludwig Eckes, und RA Dr. Ossmann gründete und die die Vorläuferin der jetzigen „Deutschen Konservativen“ war.

Von Ende 1980 bis 1986 arbeitete er in der freien Wirtschaft als Hauptgeschäftsführer eines bundesweit tätigen Bauinvestors mit rd. 400 Mio. Umsatz. Seit 1996 ist Helmes selbständiger Publizist. Ab 1991 lehrte er 20 Jahre lang als freiberuflicher Dozent am Verbands-Management Institut der Universität Freiburg (CH) zu den Themen Lobbying und Umgang mit den Medien. 1979 verlieh ihm für seine „Verdienste um die europäische Integration“ Gaston Thorn (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission) den „Pour le Mérite Européen“. 1983 erhielt er die „Lobkovicz- Medaille“ für Verdienste um den Mittelstand.

Helmes ist Verfasser vieler Broschüren und Bücher zu den Themen Die Grünen, Europa, Gewerkschaften, Mittelstand und Medien sowie Chefkorrespondent des „Deutschland-Magazin“ bei den Deutschen Konservativen e.V., Hamburg.

Peter Helmes erreichen Sie postalisch über Die Deutschen Konservativen, Postfach 76 03 09, 22053 Hamburg oder direkt per: E-mail:

Peter.Helmes@t-online.de

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!

„Wir müssen uns rückbesinnen auf unsere Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft und Zusammenhalt der Bürger und unsere repräsentative Demokratie mit allen Mitteln schützen und gegen diese Staatsfeinde verteidigen.“

Und noch etwas - für Christen und Humanisten gleichermaßen: Im Mittelpunkt unseres Gesellschaftsbildes steht der Mensch, nicht der Staat. So muß es bleiben, wenn wir nicht endgültig im Sozialismus verkommen wollen.“

Peter Helmes

